

# Holzzeit

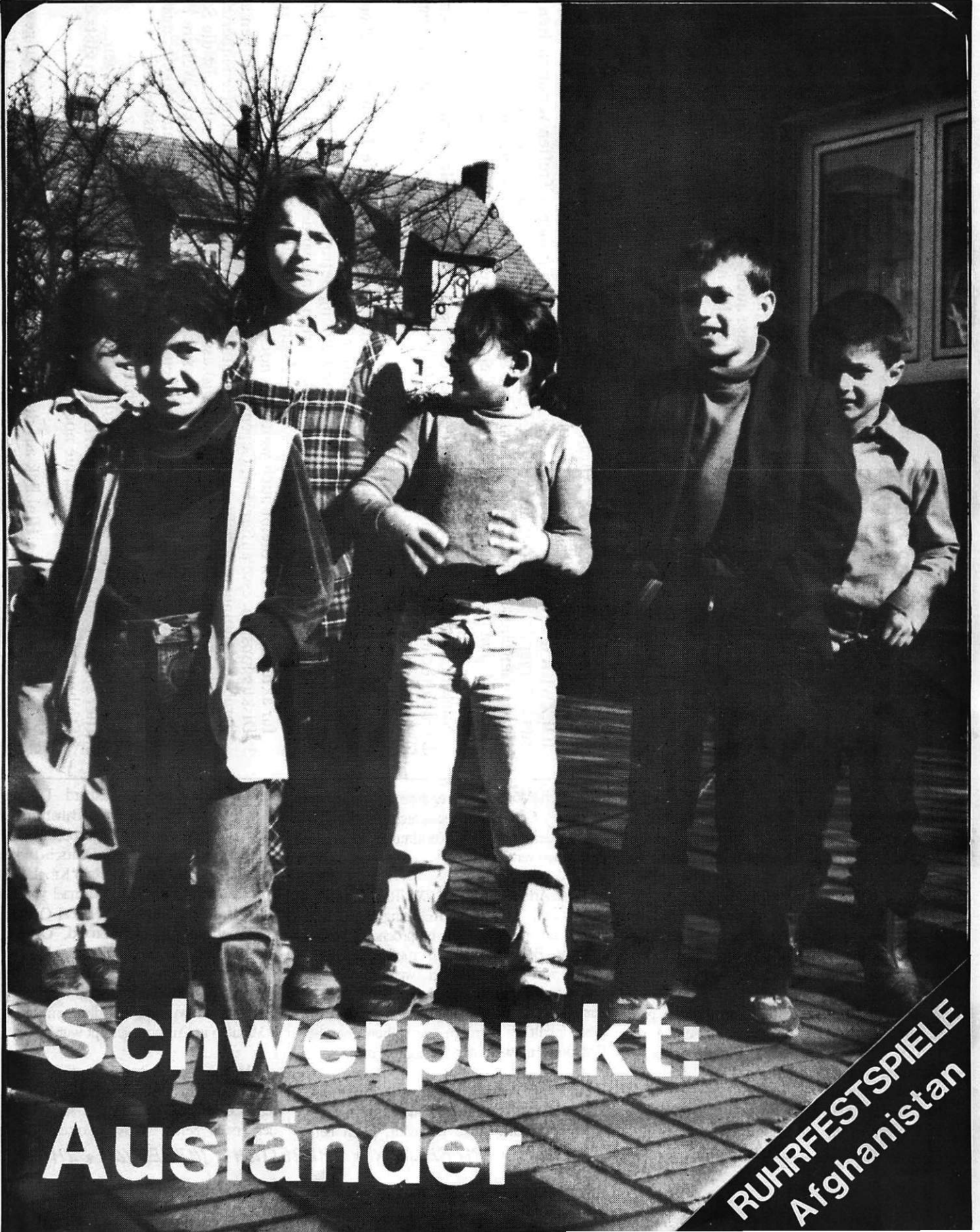
ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

Heft 66

7. Jahrgang

24. Mai 1982

DM 1,50



**Schwerpunkt:  
Ausländer**

**RUHRFESTSPIELE  
Afghanistan**

Schon Ende des letzten Jahres begannen wir auf Treffen außerhalb der normalen Redaktionssitzungen in-tern über Inhalte, Ziele und Bedeutung des HOLZWURM zu diskutieren. – Schnell tauchten eine Reihe von Kritikpunkten an uns selbst, aber auch Verbesserungsvorschläge auf, die wir in einem Konzept für das Fortbestehen des HOLZWURM zusammentragen wollten. Basis sollten unsere Erfahrungen der letzten Jahres sowie weitergehende Wünsche und Vorstellungen sein.

Wir entschlossen uns zu einer Pause, die uns die Zeit und Ruhe geben sollte, die aus inhaltlichen Schwierigkeiten resultierende Diskussion über eine Konzeption zu einem Ende zu bringen. Zusätzlich zur Er-stellung einer Konzeption gelang es uns in der Pause auch – durch einen Zuschuß des Netzwerk Ruhr-gebiet Ost –, unsere Finanzen zu sanieren; jetzt ist bloß noch unklar, ob das alles wirklich den erhoff-ten Erfolg bringen wird.

Einer der wichtigsten Punkte in unseren Diskussionen war nämlich der, daß unsere Art, miteinander zu diskutieren, sich festgefahren hat auf bestimmte Strukturen, die unsere Zusammenarbeit sehr behindern. Eine Lösung dieses Problems ist für uns in unserer Kleingruppe nicht mehr zu erreichen, wir denken, daß nur die Aufnahme neuer Leute in unsere Redaktion den erhofften frischen Wind bringen wird. In diesem Sinne haben wir am 18. April im Haus ein Treffen veranstaltet, zu dem alle Abonnenten ein-geladen waren und wo wir die Konzeption vorstellen wollten, sowie die Bereitschaft zur Mitarbeit beim HOLZWURM abschätzen wollten. – Nur: wie schon bei früheren Treffen versammelten sich Leute, die be-reits auf irgendeine Art mit dem HOLZWURM zusammengearbeitet haben und zudem größtenteils anderen Gruppen angehören und dort aktiv sind. Eine einzige "normale" Abonnentin - eine magere Ausbeute. Die Diskussion lief dementsprechend wie auf einer unserer schlechteren Redaktionssitzungen ab.

Nun zur Konzeption selbst: sie spaltet sich grob gesagt in zwei Teile – einmal die Eckpfeiler, die die inhaltlichen Anforderungen an den HOLZWURM charakterisieren und für uns unumgänglich er-füllt werden müssen:

1. Lokaler Bezug; hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, sollen lokale Themen verarbeitet werden, über-regionale Themen sollen auf die lokale Situation bezogen werden.
2. Zusammenhänge aufzeigen; Aufgreifen der Meinung Betroffener. Aufzeigen verschiedenster Aspekte zu einem Thema, Abkehr von der bisher praktizierten Aneinanderreihung einzelner Artikel, die die Pro-bleme nur unzureichend anreißen können, zugunsten einer schwerpunktmäßigen Berichterstattung, für aktuelle Themen bleibt auch weiterhin noch Platz.
3. Diskussionsprozesse aufgreifen; Gegenpol zu unserer früheren Masche, selbst Themen aufzugreifen und darüber Meinungen/Berichte zu schreiben. Stattdessen soll mehr eine Betroffenenberichterstattung versucht werden. Das Problem, welche Diskussion aufgegriffen werden sollen, ist die Sache der Redak-tion. Kontakte zu Initiativen und ein Pressespiegel sind erste Anhaltspunkte. Weitere Forderungen bzw. Notwendigkeiten: Diskussionsprozesse erkennen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, Beteiligung des Holzwurm an den Diskussionen, Erfahrungen anderer auswerten.
4. Gegenöffentlichkeit sein; Verbreitung unterliebener Nachrichten.
5. Es werden nur Artikel veröffentlicht, die der Redaktion zur Besprechung vorlagen.
6. Hier sollte eigentliche die grundsätzliche Zielsetzung des Projektes stehen, doch gibts es bisher nur Stichpunkte und Schlagworte, die noch gefüllt werden müssen.

Der andere Teil wurde im Hinblick auf die Forderungen verfaßt, neue Mitarbeiter zu gewinnen, da wir ansonsten eventuell das Projekt einstellen müßten. Unsere Überlegungen zu diesem Problem haben da-zu geführt, daß wir, die alte Truppe, uns bereit erklären, weiterhin den technischen Kram des Holzwurm abzuwickeln, neben der je nach Wunsch gestalteten inhaltlichen Mitarbeit.. Für Leute, die neu dazukom-

Der HOLZWURM – Zeitschrift für Reckling-hausen – greift Themen auf und versucht die-se in einem größeren Zusammenhang darzu-stellen, um eine kenntnisreiche Meinungsbil-dung ohne Vorurteile zu ermöglichen. Die Themen und die "aktuellen" Artikel sollen sich weitgehend auf den lokalen Bereich be-ziehen. – Diskussionsprozesse und Erfah-rungen sollen aufgegriffen und einer Öf-fentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Reaktion besteht aus den unten ge-nannten Leuten, die die Artikel geschrieben und/oder besprochen haben. Die Redaktions-sitzungen sind für jeden offen. Leute, die kon-zentriert mitarbeiten wollen, können dies tun, indem sie Artikelentwürfe lesen und ihre Meinung in die Diskussion einbringen.

Eine nach Möglichkeit regelmäßige Teilnahme an diesen Gesprächen *soll* nicht ausgeschlos-sen werden. Fehlende Kontinuität kann das Erscheinen verzögern.

Wer Artikel im HOLZWURM veröffent-lichen will, muß diese frühzeitig einreichen, damit sie gelesen und besprochen werden können. Bei Unklarheiten muß mit Rück-fragen von uns gerechnet werden. – Dies gilt natürlich nicht für Leserbriefe. Selbst-darstellungen von Gruppen werden von ihnen selbst inhaltlich getragen, sie sollten aber für Tips und Hinweise der Redaktion offen sein.

An dieser Ausgabe haben redaktionell und/oder als Artikelschreiber/innen mitgewirkt: Arno Appelloff, Anke Behrendt, Erich Beh-

rendt, Dirk Bracke, Eckhard Dieckerhoff, Dirk Farwick, Conrad Fink, Bahattin Gemici, Uwe Gorecky, Jürgen Gosejacob, Trixie Hinz, Gabriele Karbe für den Deutsch-Türkischen Verein, Thomas Klonek, Ralf Kropla, Katha-rina Lautsch, Tom Lutz, Michael von der IG 3. Welt, Maria Neuhaupt, Nehezi Özer, Diet-rich Stahlbaum, Ulrich Stöckl, Ömer Türk, und alle die, die jetzt vergessen wurden, die, die Tips gegeben haben, die, die technisch mitgearbeitet haben, und die, von denen wir noch nichts wußten, als dies um 1 Uhr und 9 Minuten in Duisburg getippt wurde.

Wir drucken selbst (mit einer Druckma-schine), in einer Auflage von 2.000 Exempla-ren. Der Preis dieses Heftes steht oben auf der ersten Seite, ein Abo kosten (12 Hefte)

men wollen, haben wir sogenannte Minimalanforderungen aufgestellt:

- + Kontinuierliche Mitarbeit/Teilnahme an den Redaktionssitzungen auf Grundlage der Eckpfeiler
- + Vorbereitung durch Lesen von Artikelentwürfen und Infos auf die Sitzung
- + Beteiligung an der Diskussion von Artikelentwürfen und weiteren Themen
- + Mitarbeit beim Lay-out (der Gestaltung der Ausgaben, soweit zeitlich möglich)

Lesern, die sich jetzt angesprochen fühlen, schicken wir gerne eine vollständige Konzeption zu, außerdem sind Interessenten zu den Redaktionssitzungen eingeladen. Die nächsten Termine stehen (hoffentlich) im Impressum. Ansonsten anrufen.

Gruß und Kuß

P. S.: Einige Leute gucken sich den Laden zur Zeit an, und haben schon Interesse an einer kontinuierlichen Mitarbeit angemeldet.

Noch 'n Kuß

Ruhrfestspiele	4
Magazin	6
Leserbriefe	8
Autonomes Zentrum -Selbstdarstellung-	10
Schwul + Lesbisch -Selbstdarstellung-	11
Daku: Kein Kommentar	12
Thema "Ausländer" -übersicht-	14
Verhindert die IDEE	49
Demokratische Sozialisten	50
Medizin im Krieg	52
Von Kabul nach Bochum	54
Fotografiert euren Alltag	56
S. Debus	57
Solidaritätsfasten	59
Freiwirtschaft	60
Termine	62

kostet DM 17. Dieser Betrag ist mit genauer Absenderangabe auf das Konto 1891 der Stadtparkasse Recklinghausen zu überweisen/einzuzahlen.

Wir haben keine festen Erscheinungstermine. Wir versuchen jedoch monatlich zu erscheinen, soweit die Redaktion der Meinung ist, die vorliegenden Artikel haben eine genügende Qualität und die Artikel seien genügend besprochen worden.

Private Kleinanzeigen bis fünf Zeilen drucken wir kostenlos ab. Preise für Anzeigen sind schriftlich mit einer kurzen Erläuterung anzufordern.

Artikel, die mit einem Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung

der gesamten Redaktion wieder. Sie ist aber der Meinung, daß der dort vertretene Standpunkt den Lesern nicht vorenthalten werden sollte.

Alle genannten und nicht genannten Personen arbeiten am Projekt ehrenamtlich und unentgeltlich. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden allein für den HOLZWURM verwendet.

Die nächsten Redaktionssitzungen:

Der HOLZWURM ist Mitglied im Verband De-

mokratischer Zeitungen und Zeitschriften NRW.

Dem Gesetze genüge getan sei mit folgenden Angaben: Herausgeber sind Erich Behrendt, Ralf Kropla, verantw. f. Themen teil

Ralf Kropla, für den "Rest" Erich Behrendt. Die Adresse lautet:

HOLZWURM  
Zeitschrift für Recklinghausen  
Auf dem Graben 2  
4350 Recklinghausen

Schriftlich sind wir immer erreichbar, telefonisch selten unter der Nummer 1 56 98. Von Anrufen während der Redaktionssitzung, bitten wir weitestgehend abzusehen.

## PAZIFIST MARMULLA

Immer mehr der Lächerlichkeit geben sich führende SPD-ler preis. Was sagte Landrat und frischgewählter Stadtverbandsvorsitzender Marmulla: "Die SPD hat eine Partei zu sein, die inhaltliche Orientierungen gibt und nicht bevormundet."

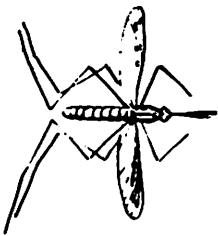
Klingt ja richtig doll, was da Marmulla auf dem Stadtparteitag formulierte. Aber was war da wenige Tage später aus gleichem Munde zu vernehmen: Marmulla macht Front gegen "Zusammenhänge zwischen den Gewaltaktionen von Grünen, Alternativen, Protestlern und der DKP." – Und dann kommt zum Schluß der Hammer!

"Für Demokraten scheidet die Anwendung von Gewalt – und das in jeder Form – als Mittel der Politik nach innen wie nach außen aus. Das muß immer wieder deutlich gemacht werden."

Ja, wie sollen wir das denn verstehen, Herr Landrat? Helmut Marmulla als Pazifist? Oder verstehen Sie sich vielleicht nicht als Demokrat? Und was sagt Ihr "Superrüster" und "Bundeswehr-Fan" Horst Niggemeier dazu?

Wenn Sie sich als Demokrat verstehen, wovon man ja ausgehen kann, dann liegt offenbar nur ein Schluß nahe: Sie gehören offenbar mit zu den ersten, die den langen Marsch durch die Institutionen überstanden haben.

Bravo, Herr Landrat. Vielleicht sieht man sich ja bei einer der nächsten Friedensdemos.



## WAZ PROPAGIERT ATOMSTROM

Schwer tut sich die WAZ mit dem Umweltschutz. Wird im Lokalteil schwer auf den Putz gehauen, wenn mal wieder giftige Chemikalien gesichtet wurden, propagiert sie in ihrem überregionalen Teil den Ausbau der Atomenergie wie kaum eine andere Tageszeitung in NRW. Kommentar vom 20. März diesen Jahres zur erneuten Strompreiserhöhung der VEW:

*"Die VEW bittet die Stromkunden zur Kasse. . . Auch die Energieversorgungsunternehmen (EVU) müssen sich schließlich an ihren Abnehmern schadlos halten, wollen sie auf ihre Kosten kommen.*

*Bei der VEW kommt indes der Kassierer häufiger als bei anderen Stromversorgern. Kein Wunder: Anders als die meisten EVU verfügen die VEW über keinen billigen Strom aus Kernkraft. Und das westfälische Unternehmen*

*sitzt auch nicht wie sein rheinischer Konkurrent auf der Braunkohle, die im Preis selbst den Atomstrom noch schlägt."*

Woher der Kommentator zu wissen meint, daß die Atomenergie billig sei, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Denn selbst Atomkraftbefürworter werden nicht abstreiten, daß zur Zeit die Atomenergie wesentlich teurer ist als Kohle, Öl u.a. Gleicher Autor war dann auch einen Monat später "aktiv": Ein Zweiteiler sollte dazu dienen, das Problem der Entsorgung zu lösen. Die Fortschritte auf diesem Felde seien hierzulande größer als irgendwo anders in der Welt."

Nichts dagegen, wenn die WAZ auch Atomenergiebefürworter zu Worte kommen läßt. Nur sollte dann den Gegnern derselbe Platz auch eingeräumt werden.



## ALTSTADTSCHMIEDE

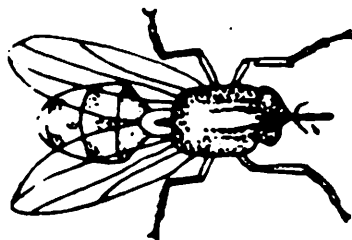
Nicht gerade problemlos ist die Situation in der Altstadtschmiede. In der Buchhaltung des Trägervereins ist wohl nicht alles in Ordnung und es besteht die Gefahr, daß vorläufig keine öffentlichen Zuschüsse mehr gezahlt werden.

Außerdem hat die Anschaffung einer neuen Heizung und weiterer Investitionen dazu geführt, daß der Verein verschuldet ist. In der Vergangenheit hatte das Selbstverwaltungsgremium der Altstadtschmiede, der Ständige Ausschuß, wiederholt Kritik an der Geschäftsführung geübt, nicht zu Unrecht, wie sich jetzt herausstellt.

Denn was ist schon eine "Selbstverwaltung", die das Geld nicht selber verwaltet.

Diese Finanzprobleme sollten allerdings in der Schmiede nicht dazu führen, inhaltliche Probleme der Arbeit zu vernachlässigen. In den vergangenen Jahren sind immer wieder Mitarbeiter aus der Schmiede ausgestiegen, weil ihnen der "Kurs nicht paßte".

Aber vielleicht ist ein Ansatz dazu in der Äußerung von Werner Pesarra, hauptamtlicher Sozialarbeiter, zu sehen, "die Zukunft müsse man jedoch unter das Motto stellen, nach außen die Aktivitäten etwas zu reduzieren, im Inneren dagegen zu forcieren".



## MISSHANDELTE FRAUEN

Weiterhin bemüht sich der Recklinghäuser Verein "Frauen helfen Frauen", eine Einrichtung zu schaffen, die mißhandelten Frauen und ihren Kindern als Zufluchtsstätte dienen kann. Auf eine öffentliche finanzielle Unterstützung hoffte man bis jetzt vergebens. Zwar wird die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung offiziell nicht bestritten, konkrete Maßnahmen blieben allerdings bis jetzt aus.

Größere Chancen an Gelder zu kommen, hat da offensichtlich das Diakonische Werk, das beabsichtigt, einzelne Wohnungen anzubieten.

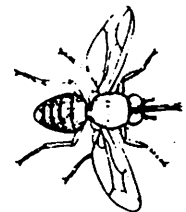
"Aus diesem Grunde erfolgte auch die Abkehr vom ehemals und andernorts noch immer favorisierten zentralem Frauenhaus. Nachbarschaft und Bürgernähe sollen den Frauen gewohnte Kontakte erhalten und schnelle Rückkehr in die Familie erleichtern." (WAZ 26.2.1982).

Wenn diese dezentrale Unterbringung von mißhandelten Ehefrauen dazu dienen soll, eine schnelle Rückkehr in die Familie (kann ja wohl nur der Mann gemeint sein) zu erleichtern, dann dürfte wohl klar werden, daß ein Autonomes Frauenhaus in Recklinghausen dringender denn je nötig ist.

Kontakt: Frauenzentrum RE  
Am Lohtor 1  
Tel. 1 54 57

Treffen ist jeden Mittwoch um 18.30 Uhr.

Als weitere Hilfe für mißhandelte Frauen ist dort auch eine Broschüre erhältlich, die sich u.a. mit Themen wie: Rechtsanwälte, Ämter, Ärzte befaßt.



## BI – UMWELTSCHUTZ AUFGELÖST

Das einstige "Zugpferd" der autonomen politischen Bewegung, die Bürgerinitiative Umweltschutz, hat sich aufgelöst.

Nachdem in der letzten Zeit immer mehr Mitarbeiter ihre Arbeit eingestellt hatten, zogen die Verbleibenden offenbar einen Schlußstrich. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

## EINE VERÖFFENTLICHUNG UND IHRE FOLGEN

Gegen die Herausgeber der Jugendzeitschrift "Flaschenöffner" läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung und wegen eines Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz. (Recht auf das eigene Bild) Anlaß dazu war der Abdruck folgender Seite in der Aprilausgabe:



Wir dokumentieren an dieser Stelle das Foto mit dem entsprechenden Text, um unsere Leser eine eigene Urteilsfindung zu ermöglichen. Das Bild entstand anläßlich eines Prozesses gegen den Vorsitzenden und Sekretär der DKP im Kreis Recklinghausen, Werner Reumke. So sehr man sich auch gegen die wachsende Kriminalisierung politischer Bewegungen zur Wehr setzen muß, genauso müssen wir uns aber auch gegen die Bemühungen der "Flaschenöffner-Macher" wenden, sich als "autonomen Bestandteil der Friedensbewegung" zu verkaufen, "die sich von niemanden hat vorschreiben lassen, was sie schreiben darf oder nicht" (Presseerklärung des "Flaschenöffner" vom 10. Mai 1982) Vergleiche dazu auch einen Artikel in diesem Heft.

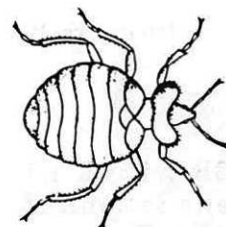
## JUSOS

Ihre Arbeit quasi eingestellt haben offenbar auch die Jungsozialisten in Recklinghausen. Wolfgang Gottschalk auf dem SPD-Stadtparteitag: "Wir werden aber erst wieder in der Öffentlichkeit auftreten, wenn wir konkrete Arbeiten vorlegen können."

Was da nun an Arbeit eingestellt werden soll, ist uns schleierhaft, ebenso die Bemerkung "wir".

Oder sollte Wolfgang nur versucht haben, noch eine Steigerung von "tot" zu finden?

Spätestens mit der Gründung der Demokratischen Sozialisten (man vergleiche nur mal die Recklinghäuser Thesen mit einschlägigen Juso-Beschlüssen) dürfte eine Begründung für die Mitarbeit in der SPD schwerfallen.



## HOCHLARMARKER LESEBUCH

Die Auseinandersetzung um das 'Hochlarmarker Lesebuch' (vergleiche HOLZWURM 1/81) macht nun auch in Recklinghausen mal wieder deutlich, wieso ein Mann wie F. J. Strauß bei der letzten Wahl beinahe Bundeskanzler geworden wäre.

Fast unglaublich, was da an angeblichen wissenschaftlichen Material und anti-kommunistischer Propaganda aufgeföhren wurde, um ein Buch und ein Projekt zu bekämpfen, das sich bemüht, Geschichte mal anders (und glaubwürdiger) darzustellen, als es auch heute noch in den meisten Schulbüchern geschieht.

Und was wurde da vor allem kritisiert? Der Verleger des Buches, der ASSO-Verlag, sei Mitglied eines DKP-Verbandes, so jedenfalls der Verfassungsschutzbericht. (Hartmut Ruge, stellvertretender Chefredakteur der Recklinghäuser Zeitung, der es mit der Wahrheit nicht immer genau nimmt, formulierte den Sachverhalt dann gleich um, und stempelte den ASSO-Verlag als DKP-Verlag ab.)

Allerdings gilt die angeführte Kritik weniger dem Verlag als vielmehr der Arbeit des Stadtteilkulturreferates. So wäre es auch ein Fehler, auf diese "Kritik" insofern einzugehen, indem man nur versucht zu beweisen, daß es kein DKP-Verlag sei. Denn schließlich und endlich kommt es ja auf das Buch an und seinen Inhalt.

"Der liberale Rechtsstaat garantiert die Grundrechte seiner Bürger." (Verfassungsschutzbericht 1978, Seite 3). – Bis auf folgende Ausnahmen .....



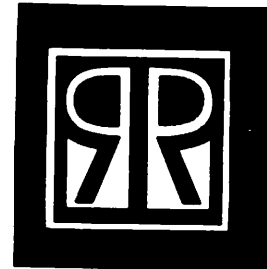
Tote in einem Massengrab im KZ Bergen-Belsen.

Der DGB nimmt nicht an der Bonner Friedensdemonstration teil, lanciert aber das Thema Frieden in seinem hauseigenen Theaterfestival. Was man nicht in Wirklichkeit tun kann, tut man im Theater. Welchen Wert hat eine Friedensdemonstration, die auf den Brettern stattfindet, die "die Welt nur bedeuten"? Sie gibt den Zuschauern das Gefühl, daß etwas stattgefunden hat.

Die Festspielleitung (DGB und Kulturdezernent) wählen das Aristophanes Stück "Der Frieden". Diese Komödie ist aber kein Anti-Kriegs-Stück. Es gibt ein Schlüsselwort in der griechischen Kultur. Es heißt: "prepon". "Prepon" ist die freiwillige Selbstregulation einer ganzen Kultur. Sie sorgt dafür, daß nur kriegerische, heroische Dinge ernst und würdevoll dargestellt werden. Beim Thema "Frieden" schüttelt man sich vor Lachen. Der Mann, der die Friedensgöttin sucht, ist eine Witzfigur. Aristophanes "Frieden" ist ein Theaterstück, das in eine Kultur integriert ist, in der der Krieg heilig ist. In dieser Kultur gibt es lediglich wie ein Ventil die Möglichkeit, bei bestimmten Gelegenheiten das Heilige in den Dreck zu ziehen.

Löpelmann, Spielleiter der Ruhrfestspiele, schreibt ein neues Stück auf der Grundlage des Aristophanischen "Friedens". Er muß

Aus dieser Erde quillen meine Freuden . . .



das Motiv der Friedenssuche als symbolische Reise übernehmen. Zwangsläufig entsteht so ein blutleeres

# ruhrfes

Theaterstück ohne volle Charaktere und ohne psychologische Szenen. Alles fährt sofort auf dem symbolischen Gleis ab. Das Stück ist eine Zusammenstellung von Spruchbändern, und die Sucherin muß in allen Szenen die altklugdämmlichen Fragen stellen: Hast Du Frieden?

Die Festspielleitung ist offenbar von dem Stück begeistert, denn Sie hat nichts eiligeres zu tun, als das Löpelmann-Opus drucken zu lassen. Der Öffentlichkeit wird ein schönes kleines Buch überreicht; man kann es in seine Bibliothek stellen, und man kann es in Schulklassen besprechen. Die Ruhrfestspiele haben endlich ihren Dichter.

Regie führt in Personalunion mit dem Stückeschreiber Götz Löpelmann. Aber Regie ist nicht vorhanden. Es gibt keine szenische Kontrolle. Alle Bühnensituationen sind voller Gezappel, sind voll von diffuser Störung.

Der Bühnenbildner, in Personalunion mit dem Regisseur und dem Stückeschreiber, bietet nur Ansätze. Es besteht keine Kontinuität zwischen den Bildern.

Der Spielleiter und die Truppe entwerfen ein schönes Programmbegleitheft. In präziser Form werden Goethe-Zitate mit Photographien zusammenmontiert, die die schlimmsten Entartungen der westlichen Zivilisation zeigen. Dabei füllt sich der semantische Kern der Klassiker-Zitate mit den apokalyptischen Inhalten des 20. Jahrhunderts, und die Sprache behält dennoch den hehren Tonfall des Klassikers einer Kultur. Der Leser versteht die neue Bedeutung der Sätze durch den Blick auf die Bilder und empfindet gleichzeitig den kulturellen Sinn der Versprache. Er wird sich der widersprüchlichen Möglichkeiten seiner eigenen Kultur Bewußt. Die gedun-

# stspiele

genen Künstler der Ruhrfestspiele sind hier einer Wahrheit auf der Spur. Aber die Festspielleitung (DGB, Kulturdezernent und Oberbürgermeister) verbietet das Programmheft.

Man spricht vom Eingriff in die "künstlerische Freiheit". Künstlerische Freiheit für vom Staat bezahlte Künstler? Wer glaubt ernst

haft an so etwas? Welches System ernährt ein Untersystem, durch das seine Existenz gefährdet sein könnte? Freiheit gibt es nur in einer Gegenkultur und auch dort nur zeitweise.

Spielleiter Löpelmann schreibt einen ausgezeichneten Leserbrief, in dem er den Priestern den tieferen Sinn seines Theaterstückes erklärt. Der Leserbrief ist wirklich großartig. Aber der Mitautor des verbotenen Programmheftes hat einmal gefordert: Künstler, rede nicht, gestalte!

Die Premiere verursacht mehrere Skandale: zunächst die totale Pleite auf der Ebene der künstlerischen Arbeit; dann die Blasphemie-Proteste. Dabei ist der kleine Blasphemie Skandal für die Zugkraft der Show noch ganz günstig. Tabuverletzungen ziehen immer noch.

Es erfolgen Erklärungen und Rücktrittsdrohungen. Dann verbagen sie sich alle wieder. Sie machen gemeinsam weiter. Schließlich sitzen sie alle in einem Boot, der DGB, der Oberbürgermeister, der Kulturdezernent und ihre Entertainer. Die Krisis ist durchgestanden. Die Öffnung schließt sich. Es geht weiter. Wir können sicher sein: Dieses Theater wird spielen, und für die Anwesenheit von Zuschauern wird auch gesorgt.

Heiner Mühlmann



Ein deutscher Fallschirmspringer, gefallen im Raum Torrente Idice am 20. 4. 1945.

Ach, unsre Taten selbst, so gut als unsre Leiden,  
Sie hemmen unsres Lebens Gang.

# Leserbrief

Hallo Redaktion HOLZWURM!

Ihr habt mal wieder Aufsehen erregt. Der HOLZWURM ist um fünfzig Pfennige teurer geworden. Vielleicht ist er auch um fünfzig Pfennige besser geworden?!?!

Aber eine Sache bei Eurer Zeitschrift ist so geblieben, wie ich sie von vor einem und zwei Jahren her schon kenne: Die aktuelle Information aus dem Kreis RE. Ich wohne seit geraumer Zeit nicht mehr in RE, aber durch die (fast) regelmäßige Information durch den HOLZWURM weiß ich immer "was läuft im Vest".

Nur an eins kann ich mich nicht gewöhnen: die fast profihafte Aufmachung durch den neuen Schrifttyp, den ihr seit einigen Monaten ausübt. Wie schön alternativ war da doch die Schreibmaschinenschrift (mit dem damals dazugehörigen Umweltschutzpapier).

Aber vielleicht gehören all' Eure Neuerungen zum Attribut der Mitgliedschaft im Verband demokratischer Zeitungen.

Wie Ihr Euch vielleicht erinnert, wurden früher mal Geschichten von mir bei Euch veröffentlicht. Die letzten wurden wohl abgelehnt, da sie ein bißchen kitschig waren. Aber versucht's mal mit der Beiliegenden, sie zu veröffentlichen.

Mit 'nem dicken Dank  
und solidarischen Grüßen  
Christoph Stolp

## EIN JAHR

ICH ERINNERE mich einer Straße, Stübberg, in Recklinghausen; ich erinnere mich einer verdammt alten Zeit. Und gerade durch die lang vergangene Zeit, erinnere ich mich.

Ich hoffe, daß ich mich in der Zukunft erinnern darf. Werden wir schon soweit verplant, daß im orwellschen Jahr Liebe verboten wird? Meine Erinnerungen, von denen ich im Moment atme, wären dann auch verboten. In der Welt von Morgen würde ich ersticken!

Zum eigenen Schrecken fahre ich in Gedanken mit dem Auto durch die Straße Stübberg. Nur sie fuhr mit dem Fahrrad durch diese Allee. Ich war glücklich, stellenweise alternativ zu sein. Aber der Spiegel meiner Gedanken zeigt ein wahres Gesicht: Ich bin oft zu faul mich wie Barbara zu verhalten.

Ja, Barbara, ich kenne sie auch noch heute. Aber sie ist eine andere geworden, wie ich selber. Ich kenne sie heute, wie die Bedienung aus meiner Stammkneipe.

Rollen heute genausoviel Fahrräder nach RE über die Straße Stübberg, so waren es gestern bestimmt genausoviel. Nur an ein paar Samstagen im letzten Jahr gehörte diese Straße uns. Kein Beweis

zeugt noch von unserer Anwesenheit. Wenn die Bäume aber reden könnten. Wir haben mit ihnen zusammen die Sonne eingatmet, gemeinsam den Mond aufgehen gesehen, und zusammen gesungen. Doch wer hört sie heute noch?

Ich zünde mir eine Selbstgedrehte an, und inhale den ersten Rauch. Weißer Nebel umgibt meine Nase. Die Straße wird auch mit dichten Nebel eingeschlüpfert. Es ist der Rauch der Neuerung. Der Weg dieser Straße verlief immer schon zwischen den beiden mächtigen Baumreihen. Doch es kamen noch mächtigere Herren und verstellten das Gesicht der Allee. Eine Autobahnunterführung stempelt die Baumreihe zum Krümelhain; und der Straßenverlauf führt nun unästhetisch und unsynchron zur alten, restlichen Baumreihe. Wir nahmen dieses alles wahr und konnten nichts dagegen unternehmen. Was weiß heute denn noch, wie Blumen ... heute gibt es keine Atempause, nur gelbe Rauchschwaden ziehen am Himmel. Viele haben den Unterschied zur Vergangenheit übersehen; aber das darf ich nicht, vergessen in dieser Zeit.

Vor einem Jahr legten wir nieder einen Zettel, zwischen zwei alten Linden. Befestigten ihn mit vier kleinen Kieselsteinen, für jede Ecke einen. Doch es kam das Frühjahr und bohrt mit einem grünen

Halm ein Loch in den Zettel. Der Sommer mit seinen hellen Strahlen bleichte unseren Zettel aus. Mit dem Herbst wurde der Satz auf dem Briefbogen zerfetzt. Und in der winterlichen Kälte wurde er zerfrosen, unsere Botschaft und zerfiel in tausend Krümeln, die in alle Richtungen verweht wurden. Der Zettel enthielt folgenden Inhalt:

Die Fähigkeit, das Erhabene zu empfinden, ist eine der herrlichsten Anlagen in der Menschennatur.

Friedrich Schiller

ICH ERINNERE mich dieser Geschichte, meiner Geschichte, lese sie und freue mich über die schönen Worte. Ich sitze auf dem Stuhl vor meinem Schreibtisch. Die Nacht hat schon lange Besitz von meiner Umgebung genommen und der Kassettenrecorder verstummte auch schon vor Stunden. Dann lehne ich mich zurück und sage, wie schön.

ABER

wenn ich dasitze, auf meinem Stuhl, diese Geschichte lese und erschrecke über die Wirklichkeit und den harten Worten, kann ich mich dann noch zurücklehnen?

Christoph Stolp





Leserbrief

Betr.: Türkendemo am 5.2.82

Liebe Freunde!

Am 5.2. rief der türkische Arbeiterverein Retid zu einem Fackelzug auf. Anlaß war die "Solidarität mit den verfolgten Gewerkschaftlern in der Türkei". 52 Gewerkschaftsfunktionäre des Gewerkschaftsbundes DISK stehen vor dem Militärgericht, ihnen droht die Todesstrafe. Ausgerechnet die faschistische Militärjunta wirft den Gewerkschaftlern vor, die "verfassungsmäßige Ordnung" stürzen zu wollen. Ein Hohn, wenn man weiß, daß die Generäle mit einem Putsch die Staatsgewalt an sich rissen, Parteien und Gewerkschaften verboten, tausende Menschen einkeckerten, folterten und umbrachten. Solidarität mit den Verfolgten aus dem Nato-Land Türkei ist bitter nötig, zwingend gerade durch die große Zahl türkischer Arbeiter in unserem Land. So war es erfreulich, daß sich deutsche Antifaschisten und Gewerkschaftsmitglieder dem Fackelzug anschlossen. Dies ist bekannt, der Grund für meinen Brief jedoch ein anderer.

Für die Leute aus dem Friedenskomitee war die Teilnahme natürlich keine Frage. Sie brachten auch ein Transparent mit, das sinngemäß lautete: Nieder mit der Militärdiktatur in der Türkei und in Polen. Sicher eine Forderung, der die überwiegende Meherzahl denkender Menschen be-

dingungslos zustimmt. Ausgerechnet diese Leinwand erregte den Unmut einiger türkischer Zugleiter. Sie baten und verlangten die Entfernung des Transparentes. Zu der Zeit hielten es zwei junge Mädchen, die geradezu platt waren, wegen der Nörgelei. Ich hätte mir den Brief sparen können, würde ich folgende zwei Informationen verschweigen. Die türkischen Kollegen kamen erst an, nachdem sie von führenden DKP-Leuten auf das böse Wort Polen aufmerksam gemacht wurden. Zum anderen ist das schon der zweite ähnlich gelagerte Fall auf einer Retid-Demo. Wörtlich hieß es: es wäre heute eine Demo für die türkischen Gewerkschaftler, man hätte die Rederei über Polen bis obenhin satt usw. Peinlich geradezu die übertriebene Dolmetscherei führender DKP/SDAJler mit den Friedenstreunden. Und siehe da, von dieser Seite fielen wegen fehlender Überzeugungsstärke auch persönliche Beleidigungen. Ich beiß mich jetzt noch in den Hintern, sowas nicht mit Humor zu nehmen.

Der Fackelzug fand statt, das Transparent wurde mitgetragen, die Recklinghäuser Bevölkerung entdeckte das Wort Polen nicht. Niemand will den türkischen Freunden in der Ausrichtung ihrer Demo reinreden. Doch spätestens seit der Bonner Friedensdemo sind derartige "Abgrenzungen" aus der Mode gekommen. Niemand hätte sich dort autoritär, schulmeisterhaft und bedrohlich gebärden können, ohne ausgelacht zu werden. In der Löhrgasse wurde im Gespräch einem türkischen Kollegen gesagt, er solle doch nicht gerade seine Freunde verprellen. Doch "Freunde" ver-


bat er sich geradezu. In dem Augenblick rief eine Frau aus der Bevölkerung in den Zug, daß die Türken sich alle nach Hause scheren sollten. Ich verrate kein Geheimnis, daß der zunehmende Ausländerhaß unsere Sorge ist, nicht die Unterschiede in der Beurteilung zu Polen.

Sicher ist auch anderen Leuten aufgefallen, daß ein Fackelzug von 200 Menschen zu wenig für diesen Anlaß war. Für mich sind die mangelhafte Organisierung gerade türkischer Arbeiter, fehlende Absprache mit deutschen Organisationen und das vor den Kopf stoßen deutscher Freunde zwei Seiten einer Medaille. Zugegeben erreicht der staatliche Terror in Polen noch nicht türkische Ausmaße. Verfolgte und eingesperrte Gewerkschaftler brauchen unsere Solidarität in der Türkei, in Polen, El Salvador und Bolivien.

Zum Heulen. Macht die Polizei mal keinen Terror, dann passiert's in den eigenen Reihen. Ich fragte mich nach Ende des Zuges (ausgerechnet vor dem Rathaus), was es bringt, mit Leuten zu marschieren, die mir die Richtung meiner Solidarität vorschreiben wollen.

Kann man ernsthaft für die türkischen Gewerkschaftler eintreten, die Unterstützung der Solidarnosc-Leute aber zu unterbinden versuchen?

Jürgen Wagner



**Netzwerk Ruhrgebiet-Ost e.V.**

**BEITRITTSERKLÄRUNG**

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

Mein Beitrag beträgt mtl. \_\_\_\_\_ DM

Ich überweise ihn  viertel-  
 halb-  
 ganzjährl.

Netzwerk-Konto: 70 608-469  
 PSchA Dortmund

Netzwerk Ruhrgebiet-Ost  
 c/o Initiativen-Laden  
 Lünsender Str. 23, 463 Bochum  
 Tel. 02 34/28 44 77  
 (do 19-22 Uhr)

# Autonomes Zentrum

Nach dem Scheitern des Projektes "Initiativenhaus" Auf dem Graben 2 wird das Haus von uns, der "Hausgruppe", als Autonomes Zentrum weitergeführt. Wir stammen größtenteils aus Recklinghäuser Initiativen und haben auch schon vorher im Haus mitgearbeitet. Wir wollen unabhängig von öffentlichen Mitteln Räumlichkeiten schaffen, die Gruppen zur Verfügung stehen, um selbständige politische Arbeit zu machen. Die Hausgruppe ist das Gemium, in dem alle Probleme gemeinsam besprochen und Entscheidungen getroffen werden. Hier ist allen, die unser Vorhaben unterstützen wollen, die Möglichkeit gegeben, ihre eigenen Vorstellungen einzubringen.

In Kürze wird nun ein weiterer Teil des Hauses seiner Bestimmung übergeben. Nach dem Wohnhaus, das seit Februar wieder vermietet ist, und den Arbeitsräumen vom Holzwurm soll nun ein politischer Buchladen und Gruppenraum eingerichtet werden.

Es gibt bisher vier Leute, die sich zusammensetzen wollen, um den Laden aufzubauen. Wer noch Interesse daran hat, kann ja mal mit uns Kontakt auf-

nehmen.

Im Plenum der Hausgruppe haben wir den Buchladen schon andiskutiert, um herauszufinden, wie der mal aussehen kann. Wir waren der Meinung, daß außer dem Verkauf von Büchern noch weitere Angebote gemacht werden können. Vorgeschlagen wurden gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Initiativen zu bestimmten Themen, Autorenlesungen und Informationen, vor allem über die un-



abhängigen Verlage, die den inhaltlichen Schwerpunkt des Ladens bilden sollen.

Unklarheit herrscht darüber, wie ein solches Vorhaben, das auch einen kommerziellen Charakter hat und vielleicht Gewinn abwerfen wird (worauf es auf jeden Fall angelegt ist), in das Gesamtprojekt einzubeziehen ist. Hat der Laden einen Sonderstatus im Haus oder ist er gleichzustellen mit den anderen autonomen Initiativen? Um diese Frage drehte sich im wesentlichen die Diskussion, und wir sind zu der Ansicht gekommen, daß zunächst die Ladeninitiative auf der einen und die Hausgruppe auf der anderen

**Im Zuge des Grundstückverkaufes an Opel Bieling sind wir vorerst gekündigt worden. Wir verhandeln derzeit mit Bieling wegen eines neuen Mietvertrages.**

Seite ihre eigenen Ideen klarer formulieren sollen, um zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen.

## Finanzen

Für das Jahr 1982 können die laufenden Kosten wie Miete, Heizung und Strom durch Spenden, Beiträge des Förderkreises und den Mieteinnahmen abgedeckt werden. Bei der Renovierung gibt es jedoch noch eine Finanzlücke, die durch

**Einmalige Spenden und regelmäßige Unterstützungen für das Projekt können auf das Konto des**

**Förderkreises Recklinghäuser Inis  
Konto Nr.: 100 60 40 000 bei der  
BfG (426 101 12)**

**eingezahlt oder überwiesen werden.**

Hinzugewinnen neuer Förderkreismitglieder geschlossen werden soll.

Dadurch, daß ein Teil des benötigten Isoliermaterials nicht zu einem ehemals in Aussicht gestellten niedrigen Preis zu bekommen ist, müssen wir ca. 500 DM mehr für die Isolierung der Decke ausgeben, was zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage geführt hat.

## Ausbau des Hauses

Neben der schon erwähnten Fertigstellung zweier weiterer Räume ist das Dach abgedichtet, die Dachrinne erneuert, die Außenwand zum Parkplatz der Stadtsparkasse teilweise verputzt und das Klo in Angriff genommen worden. Wir treffen uns zur Renovierung jeden Samstag um 10 Uhr im Haus und freuen uns über jede/n, die/der mithelfen will.

# SCHWUL & LESBISCH in

## ! Selbstdarstellung !

# RE

Hitler hat außer den Kommunisten drei Minderheiten in die KZ's geschickt und dies mit dem Schutz der Rasse begründet: die Juden, die Zigeuner und die Homosexuellen. Die letzteren, die mit einem rosafarbenen Winkel gekennzeichnet waren, wurden besonders abscheulichen Behandlungen unterzogen. Trotzdem sind sie die einzigen, die nach dem Krieg nicht das Recht auf "Wiedergutmachung" erlangten.

Auch heute noch wird jede Form von Sexualität, die nicht Menschen erzeugt, von den Mächtigen und den Organen der Meinungsbildung bekämpft. F.J. Strauß stimmte auf seine unverwechselbar eigene Art in den Chor des "gesunden Volksempfindens" ein, er sei "lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder". Minderheiten, z.B. Ausländer, werden außerdem gern von Massenmedien und rechtsgerichteten Gruppierungen zu Sündenböcken gemacht, um von den wahren Gründen der Krisen abzulenken.

Mindestens jeder 20. Mensch ist schwul. Auch in Recklinghausen kann man sich nicht offen als Schwuler zeigen, ohne Entlassung und andere gesellschaftliche Diskriminierung befürchten zu müssen.

Was Wunder, daß wenige Recklinghäuser in einer festen Partnerschaft mit einem Freund leben, sondern die meisten ein flüchtiges Abenteuer im Stadtpark oder auf dem Bahnhofsklo suchen, wobei sie dann noch höhnischerweise von der Polizei beobachtet werden (Hausverbot im Bahnhof, Razzien im Stadtpark). Manche gehen in eine Kneipe nahe am Bahnhof, die meisten fahren in die Subkultur nach Dortmund oder Essen. Oft lassen sie sich dort von anderen Schwulen auf ihren Fleischwert als Bettpartner für eine Nacht begutachten

Besser ist es doch, mit anderen eine Gruppe zu bilden, um sich bei der gemeinsamen Arbeit an einer driten Sache kennenzulernen (hier: beim Kampf gegen die gesetzlichen Benachteiligungen und Vorurteile gegenüber Schwulen und Lesben.).

Unsere Gruppe gibt es seit Anfang Februar. Wir treffen uns jeden Freitag um 20 Uhr im Autonomen Zentrum, Auf dem Graben 2 (hinter Opel Bieling), Tel. 1 56 98.

Wir Homosexuellen stellen uns die Aufgabe, unser "Anderssein" nicht mehr verstecken zu müssen. Wir wollen gerade denen gegenüber offen sein, denen wir uns verbunden fühlen, z.B. Eltern, Kollegen und Bekannten. Leider trägt auch ein Teil von ihnen zu unserer Unterdrückung bei.

Unsere Nahziele sind es deshalb, selbstbewußt zu werden, und unser Selbstverständnis zu klären. Wir wollen auch Mitgliedern beim coming-out, das ist das Entdecken des eigenen Schwulseins, helfen. Unter anderem unterhalten wir uns deshalb in der Gruppe über unsere Erfahrungen und geben uns gegenseitig Ratschläge.

Unsere politischen Ziele sind es, die allgemeine Unterdrückung der Schwulen und Lesben zu beenden. Dazu gehören:

- \* Abschaffung der §§ 174 - 176, damit die Homosexuellen den übrigen Mitbürgern gleichgestellt werden
- \* Entschädigung ehemaliger homosexueller KZ-Insassen
- \* ein Antidiskriminierungsgesetz (ähnlich wie in den Niederlanden) gegen schwulenfeindliche Hetze in den Medien und gegen Benachteiligung, z.B. am Arbeitsplatz, bei der Einstellung oder bei der Wohnungssuche
- \* Sendemöglichkeiten im Radio und im Fernsehen für Schwule
- \* Sexualunterricht, der Homosexualität als gesunde Spielart der Sexualität zeigt
- \* Unterstützung durch die Stadt Recklinghausen.

Wenn du unsere Vorstellungen unterstützen willst, komm doch mal vorbei!

Schwulen und Lesbengruppe RE



# DOKUMENTATION:

Die folgende Gegendarstellung schickte das Friedenskomitee RE an die Jugendzeitschrift "Flaschenöffner". Sie wurde nicht veröffentlicht. Stattdessen erschien eine Stellungnahme "In eigener Sache" in der Zeitschrift, die ebenfalls hier abgedruckt ist.



Gegendarstellung des Friedenskomitees Recklinghausen zu einem Artikel im "Flaschenöffner" mit dem Titel "Der Verfassungsschutz – Das unbekannte Wesen"

In der Februarausgabe des "Flaschenöffner", einem sich selber als "Jugendzeitschrift für den Kreis Recklinghausen" bezeichnenden Publikationsorgan der DKP Recklinghausen, meldet sich in einem Artikel mit der Überschrift "Der Verfassungsschutz – Das unbekannte Wesen" das DKP-Mitglied Erich B. zu Worte, um in "besorgter" Weise das Vorhandensein von Spitzeln des Verfassungsschutzes in den Reihen des Friedenskomitees Recklinghausens zu orten.

Als treffsichere Beweisführung für dies Dingfestmachen führt B. aus:

"Auch ist immer Vorsicht geboten, wenn in Friedensgruppen plötzlich sehr unterschiedliche Standpunkte ausgetragen werden und der kleinste gemeinsame Nenner nicht mehr im Vordergrund steht, sondern plötzlich weltpolitische Grundfragen aufgeworfen werden, die zu einer Spaltung der Bewegung führen können und die Aktionsfähigkeit hemmen. Gerade das sind beliebte Methoden der V-Leute des Verfassungsschutzes. Beispiele dazu gibt es leider in sehr vielen Städten. Ich, Erich B., bin auch der festen Überzeugung, daß die "Schnüffler" auch in Recklinghausen zur Zeit ihr schmutziges Geschäft betreiben. Wir sind ihnen aber auf der Spur!"

Warum so vorsichtig, Herr B? Wir vom Recklinghäuser Friedenskomitee wollen Ihnen behilflich sein, die Spur nicht aus den Augen zu verlieren, indem wir Ihnen einige gedankliche Konsequenzen Ihrer Ausführungen aufzeigen:

Wir meinen, daß die Existenz von Spitzeln im Friedenskomitee mit zwingender Logik beweisbar ist, denn alle Mitglieder des Komitees haben eine geradezu auffallende Vorliebe für "weltpolitische Grundfragen". Ja, wir geben zu: Wir sind sogar ausdrücklich dafür, daß unterschiedliche Standpunkte ausgetragen werden können. Nur mit einem Punkt Ihrer Schlußfolgerung klappt es bedauerlicherweise, je länger wir ohne Sie arbeiten, immer schlechter: Mit der Erlangung von Aktionsunfähigkeit des Komitees – was sollen wir tun? Eigentlich hätten wir doch schon mit dem Auszug Ihrer Partei aus dem Komitee zu keinerlei Aktionen mehr fähig sein dürfen? – stattdessen hat die Aktionstätigkeit zugenommen:

- o Aktionen zur Unterstützung des polnischen Volkes im Widerstand gegen die Militärdiktatur

- o Teilnahme an einer Demonstration gegen die sogenannte Sparpolitik der Regierung
- o Teilnahme an einer Demonstration in Dorsten gegen die politische Verfolgung von Mitgliedern der Friedensbewegung
- o Organisierung einer Kundgebung gegen die drohende Intervention der USA in El Salvador gemeinsam mit anderen Recklinghäuser Initiativen
- o Erarbeitung eines alternativen Aufrufs zum Ostermarsch 1982

Was haben wir falsch gemacht?

Doch nun genug gescherzt, dazu nehmen wir die Sache dann doch zu ernst.

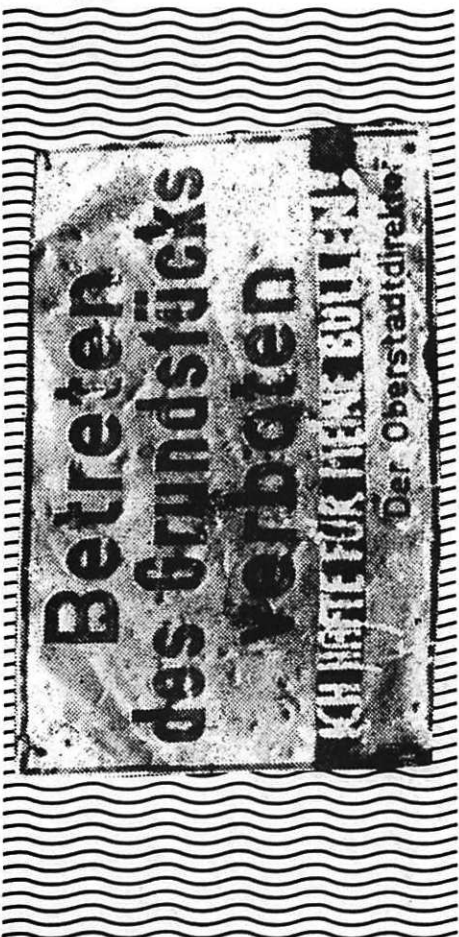
Herr B., Ihre "Aus"führungen, besser -würfe sind einzig und allein Ausdruck der Tatsache, daß Sie und Ihre Partei die politische Auseinandersetzung um die Grundfragen der Friedensbewegung nicht mehr zu führen in der Lage sind, da Ihnen kein einziges Argument mehr einfällt:

– Wie ist es auch möglich, sich als Sozialisten und Kommunisten zu bezeichnen, also als Menschen, die für die Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen bereit ist – aber gleichzeitig die Unterdrückung des polnischen Volkes durch eine antisozialistische und antidemokratische Militärdiktatur zu unterstützen?

– Wie ist es auch möglich, für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einzutreten, die Aggressionen der imperialistischen Supermacht USA zu verurteilen, gleichzeitig aber die Intervention der imperialistischen Supermacht UdSSR in der CSSR und Afghanistan zu unterstützen?

– Wie ist es auch möglich, in Worten für Demokratie einzutreten, in der Praxis aber sich permanent über demokratische gefaßte Beschlüsse selbstherrlich hinwegzusetzen (Beispiele: Verfassen des satirischen Briefs während der Zivilschutzwoche ohne Votum des gesamten Komitees, Neuschreiben und Verteilen eines Flugblattes des Friedenskomitees gegen den vorher im Komitee verabschiedeten Entwurf)?

## KEIN KOMMENTAR



Weil das eben nicht möglich ist, kam Ihnen eine (so schien es Ihnen) glänzende Idee: Wie wäre es, so dachten Sie, diese Leute vom Friedenskomitee alle als Verfassungsschutz-Spitzel zu diffamieren – dann ist es ja nicht mehr nötig, auf deren Auffassungen einzugehen, denn sind sie ja schon automatisch entlarvt. Im Ernst, Herr B., glauben Sie, daß Sie mit dieser Methode auch nur einen aufrichtigen Menschen überzeugen können? Wir nicht!

### In eigener Sache

Nach Erscheinen der Februar-Ausgabe des Flaschenöffners erhielten wir einen Brief von Wolfgang Tschentscher, Mitglied des Recklinghäuser Friedenskomitees. Wir haben diesen Brief an Wolfgang T. zurückschicken müssen, weil wir uns mit der Anrede nicht angesprochen fühlten, was wir mit folgendem Text dokumentieren wollen:



Abschließend sei Ihnen nur versichert, daß wir in Zukunft Ihre Sätze mit besonderer Sorgfalt lesen, da wir wissen, was wir von Leuten Ihres Schlages zu erwarten haben – von Leuten, die uns in einem Atemzug als Verfassungsspitzel oder NPD-Anhänger diffamieren, die man für vogelfrei erklären kann und mit gleicher Aufrichtigkeit die solidarische, brüderliche Zusammenarbeit anbieten, nämlich nur das Schlechteste.

Friedenskomitee Recklinghausen  
Im Auftrag Wolfgang Tschentscher

“In der Februar-Ausgabe des Flaschenöffners, einem sich selber als “Jugendzeit-schrift für den Kreis Recklinghausen” bezeichnenden Publikationsorgan der DKP Recklinghausen, meldete sich in einem Artikel ...”

Wir haben dem Herrn T. die Anschrift der DKP Recklinghausen übermittelt, damit er seinen Text noch an der richtigen Stelle loswerden kann. Wir sind als engagierte Jugendzeit-schrift schon des öfteren kritisiert worden von “Leuten”, die uns nicht gerade wohlgesonnen sind, deshalb noch mal grundsätzlich einige Informationen zu unserer Zeitung für den Leser:

- o Die Jugendzeitschrift Flaschenöffner ist seit ihrem Bestehen (1979) ein autonomer Bestandteil der demokratischen Jugendbewegung und seit dem engagierten Auftreten der Friedensbewegung aktiver Teil dieser (z.B. regelmäßige Berichterstattung über die Friedensbewegung, Herausgabe des Schwarzbuches “Pulverfass Kreis Recklinghausen“, durch Initiative des Flaschenöffners entstand im März '81 das Recklinghäuser Friedenskomitee).
- o Wir verstehen uns als eine radikal-demokratische Zeitschrift, die weltanschaulich an keine Partei oder Organisation gebunden ist. Bei uns spielen nur persönliche Meinungen der Redakteure eine Rolle. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
- o Für uns gibt es keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wir versuchen dem radikaldemokratischen Anspruch der Zeitung gerecht zu werden, wobei wir keine Abgrenzungsstrategien zu befahren haben. Unser Anspruch lautet, über demokratische Aktivitäten zu berichten und gesellschaftliche Hintergründe aufzuzeigen und in dem Sinne auch parteiliche Wertung abzugeben (z.B. bei Repressionsbeispielen von Mitgliedern der Friedensbewegung Jutta K. und Werner R.).
- o Zur Klarstellung sei auch noch gesagt, daß natürlich auch Kommunisten als gleichberechtigte Partner behandelt werden und wir keine Abgrenzungen vornehmen, auch wenn es uns bürgerliche Kreise vorschlagen.





In der Türkei:

von Bahattin Gemici

MAMA

Mama, Mama  
Liebste Mama,  
Wer sind die Männer mit den Gewehren?  
Was wollen sie jetzt in der Nacht?

Er liebt seine Bücher  
Genauso wie ich.  
Dann müssen Sie mich auch verhaften  
Genauso wie ihn.

Ich habe ihn in die Arme genommen  
Und er hat geweint.  
Ich habe noch nie gesehen  
Wie sehr ein Mann weinen kann.

Mama, sag'  
Kommst noch die Sonne zu ihm?  
Kann er noch auf den Markt gehen?  
Kann ich mich wieder an ihn schmiegen?

Mama,  
Ich kann nicht ohne Papa leben!  
Mama,  
Wann kommt mein Papa wieder?  
Wann kommt er wieder?  
Du hast gesagt, er sei gleich wieder da.

Ich will kein Spielzeug mehr,  
Will nur meinen Papa.  
Ich sehne mich nach ihm, er soll jetzt kommen!  
Ich verspreche, ich werde ihn nicht mehr ärgern.

Morgen, wenn ich zu den Soldaten gehe,  
Werde ich sagen: Dieser ist mein Vater  
Ohne Vater kann ich nicht leben.  
Dann lassen sie ihn vielleicht frei . . .

Drei Monate lang gab es jetzt keinen HOLZWURM – eine Zeit, die wir für einige wichtige Grundsatzdiskussionen nutzen konnten.

Augenfälligstes Ergebnis: Dieser HOLZWURM ist (nach der Januar-Ausgabe zur Gegenkultur) das zweite Themenheft. Ein wesentlicher Unterschied zur Gegenkultur-Ausgabe liegt jedoch darin, daß wir diesmal etwa 90 Prozent aller Artikel vor dem Erscheinen diskutiert haben.

Warum nun das Thema "Ausländer in der BRD"?

Es ist ein soziales und kulturelles Problem, das überregional existiert, und dessen Lokalbezug etwa bei einem kurzen Blick in die regionale Presse sofort sichtbar wird. Behandelt werden dort aber nur einige Aspekte eines Konfliktes und dies oft recht oberflächlich oder auch einfach emotional. Eine umfassende Darstellung schwebte uns vor, Anlaß genug, einfach nur Fakten zu sammeln und auszuwerten, um einige Vorurteile zu widerlegen und Möglichkeiten zu einem neuen Verständnis zu suchen.

Unsere Arbeit fing damit an, daß wir in unserer Gruppe auf Vorschlag von Ulrich und Simone, die sich privat schon länger mit der Situation von Türken in Deutschland beschäftigten, das Thema an- diskutierte und Aspekte heraus- stellten, die unserer Meinung nach zu einer fundierteren Ausein- setzung nötig sind: Schule, Ausbil- dung, Beruf, politische und wirt- schaftliche Situation in den Heimat- ländern und in der Bundesrepublik, Grund des Ausländerzuzuges, recht- liche Situation von Ausländern/ Asylanten in der BRD und und und

"Ich will hierbleiben"	— S. 16
URSACHEN IN DER BRD	— S. 17
ARBEITSAMT ISTANBUL	— S. 20
URSACHEN IN DER TÜRKEI	— S. 22
RUHRKOHLE: "Integration"	— S. 24
DEUT.-TÜRK. VERBÄH	— S. 26
TÜRK. ARBEITERVERBÄH	— S. 27
FRAUEN	— S. 28
KARANSCHULEN	— S. 29
Gedichte/Fotos	— S. 30

Wirschrieben daraufhin alle uns bekannten Institutionen, Verbände, Initiativen, aber auch Einzelpersonen an und holten Informationsmaterial, Ideen, Tips, Daten und Fakten ein.

Durch die Einzelpersonen, die unsere Sitzungen mehr oder weniger kontinuierlich besuchten, kamen immer mehr Ideen und schließlich natürlich auch Artikel zusammen.

Einiges von dem, was wir für wichtig halten oder was an Anregungen kam, konnten wir aus diesem oder jenen Grund nicht bearbeiten. So etwa die oft widersprüchliche Haltung der Gewerkschaften in der "Gastarbeiter"-frage; die Schulsituation von ausländischen Kindern in der BRD wird erst in der nächsten Ausgabe etwas näher vorgestellt; Ausländerprogramme bei der Volkshochschule, die in der letzten Zeit auch von Kürzungen betroffen waren; vorallem aber auch detaillierte Entwicklungen von Perspektiven für die Zukunft.

Anzumerken ist ebenfalls, daß sich die meisten Artikel auf die Gruppe der Türken, der zahlenmäßig größten Ausländergruppe, bezieht, wir andere Ausländergruppen vernachlässigen mußten.

Teilweise geplante Artikel, aber nicht fertig gewordene Artikel bzw. Artikel, die uns nicht für einen Bereich ausreichen, werden wir in der nächsten Ausgabe nachreichen.

Anmerkungen und Kritik zu Aussagen in den Artikeln sind herzlich willkommen und erwünscht.

Ausländerrecht	— S. 32
Sündenbäck	— S. 34
Sinus-Studie	— S. 36
Heidelberger Manifest	— S. 38
Freiwillige Rückkehr?	— S. 39
Asylrecht	— S. 40
Interview Rammhorst	— S. 43
Splitterseiten	— S. 44

## Themenübersicht

In der Bundesrepublik:

### PAPA, LASS MICH BITTE HIER BLEIBEN

Papa,

Laß mich bitte hier bleiben!

Ich möchte nicht mit euch kommen!

Ja, ich weiß: die Türkei ist sonnig und schön!

Sie hat viele Meere,

Plätschernde, rauschende Bäche,

Zahlreiche Früchte duften voll Aroma.

Die Kinder dort sehnen sich wie ich.

Sind herzlich

Aber arm.

Ich weiß, es ist keine Schande, arm zu sein.

Sie spielen Blinde Kuh, Bäumchen wechsele dich,  
Verstecken,

Räuber und Gendarm.

Außerdem reite ich gern auf dem Esel.

Ich weiß nicht, wie ich's erklären soll.

Dort ist alles ein wenig anders als hier.

Ich habe Heimweh nach Deutschland,

Schon, wenn der Urlaub noch nicht zu Ende ist.

Hier sind meine Schule, meine Lehrer,

Lino, Stefanie, Ali und Monika,

Meine besten Freunde,

Meine deutsche Oma und Opa.

Der Garten, in dem ich gespielt habe,

Die Parks, in denen ich spazieren gegangen bin,

Das Schwimmbad, in dem ich geschwommen bin,

Alles ist hier.

Sieh mal,

Meine Heimat ist hier, Papa,

Bitte, versteh' mich doch!

Die Türkei ist mir fremd.

Ich könnte mich dort nicht einmal an die Toiletten gewöhnen  
Außerdem:

Hast du nicht gehört, was sie über mich reden?

Einige haben gesagt: er ist ungläubig geworden in Deutschland,

Andere haben über meine Sprache gelacht.

Eigentlich bin ich ein deutscher Türke.

Papa, laß mich bitte hier bleiben.

Glaub mir, ich fühle mich nicht wohl in der Türkei.

Und sag mir,

Wann kommst du wieder nach Haus?

Dietrich Stahlbaum führte ein kurzes Gespräch mit Mustafa und Ali. Die Aussagen geben einen kurzen Einblick in Mustafas Lebenslauf und in die möglichen Schwierigkeiten ausländischer Mitbürger.

# TÜRKISCHER BERGMANN:

## „ICH WILL HIERBLEIBEN“

Ich komme aus Giresun. Das ist eine Hafenstadt am Schwarzen Meer, eine Provinzhauptstadt mit 55.000 bis 60.000 Einwohner. Da habe ich als ungelerner Bauarbeiter gearbeitet. Aber meistens habe ich keine Arbeit gehabt. Die Arbeitslosigkeit ist in der Türkei sehr groß. Die Lebensbedingungen sind sehr schlecht. Unser Leben war dort sehr schlecht. Ich stamme aus einem Dorf, und da hatte ich damals keine Ahnung von der Politik.

1967 war ich auf dem Arbeitsamt in Istanbul. Dort wurden Türken angewor-

Mit meinen deutschen Hausnachbarn komme ich gut aus. Ich habe viele deutsche Freunde, Arbeitskollegen von der Zeche und andere. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen vor Ort ist gut. Wir sind Kumpel. Aber Ausländerfeindlichkeit gibt es auch in der Zeche, teilweise. Das sind Leute von anderen Abteilungen. Die arbeiten nicht mit Türken zusammen. Wenn wir mit denen bei der Seilfahrt im Korb sind, sagen sie: Hier, Mustafa, 20.000 Mark - zurück Tür-

einen Sohn, der ist 26 Jahre alt. Er kam 1975 aus der Türkei. Es war auf dem Gymnasium in Giresun, ohne Abschluß. Er ist Bergarbeiter bei der Zeche Blumenthal, verheiratet, drei Söhne. Der andere kam mit seiner Schwester 1978. Er ist 24 Jahre alt. Er hat Abitur und will hier weiterstudieren; aber das hat nicht geklappt, weil sein Abitur hier nicht anerkannt wird. Er ist aus politischen Gründen aus der Türkei geflüchtet. Er hat Asyl beantragt und darf zwei Jahre nicht arbeiten.

### STATISTISCHES

Ende September 1981 waren im Arbeitsamtsbezirk Recklinghausen (RE, Castrop-Rauxel, Dorsten, Herten und Marl sowie Datteln) knapp 150.000 Menschen "sozialversicherungspflichtig" beschäftigt. 9.737, also 6,5 Prozent der Beschäftigten waren Ausländer. Während die Frauen in der Gruppe der deutschen Arbeitnehmer/innen 33 Prozent ausmachen, sind es bei den Ausländern nur 15 Prozent.

Die Zahl der deutschen Beschäftigten blieb seit 1974 relativ gleich, die Änderungen der Beschäftigungszahlen machten von Quartal zu Quartal höchstens sechs Prozent aus. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer waren dagegen stärkeren Schwankungen unterworfen. Von Quartal zu Quartal bis zu 15 Prozent. (Leider lassen sich die Statistiken wegen Bezirkszusammenlegungen nicht genau vergleichen.)

Insgesamt nahm die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von Mitte 1974 bis Ende 1976 um 12 Prozent ab, und stieg danach wieder an.

Über ein Drittel der ausländischen Beschäftigten, gleich 3.699, sind im Bergbau beschäftigt. Das sind 21 Prozent der in diesem Bereich insgesamt Tätigen. An der nächsten Stelle der Berufsreihe rangiert das Baugewerbe, mit aber nur 9 Prozent Anteil. Es folgen die Ernährungsberufe und die Chemische und Kunststoffverarbeitende Industrie, sowie Schlosser und Mechaniker. Nur 2% der Ausbildungsplätze wurden 1981 an Ausländer vergeben, von den insgesamt 301 Ausbildungsplätzen für ausländische Jugendliche waren 126 im Bergbau angesiedelt.

Über 13.000 Arbeitslose zählte das Arbeitsamt Ende September 1981, davon waren 9,2% Ausländer (=1.241), gegenüber September 1980 eine Zunahme von 70,2 Prozent.

ben. Ich habe mich gemeldet. Ich wurde zwanzig Tage lang von einem deutschen Arzt untersucht. Dann kam ich nach Marl, in ein Bergmannsheim: drei Monate über Tage, also vier Stunden arbeiten, vier Stunden Schule. Danach Untertagearbeit. Vor Ort, als Hauer. Kohle machen!

Die ersten drei bis sechs Monate in der Bundesrepublik waren schwer, dann ging es besser - bis vor drei Jahren. Da hieß es schon: Türken raus!

Wir Ausländer machen Schwerarbeit, aber viele Deutsche sagen: Türken raus! Schon im Kindergarten sagen kleine deutsche Kinder zu den türkischen Kindern: Du Türke, Ausländer raus!

kei!

Das ist wie ein Trinkgeld. Man kann mit 20.000 Mark, 30.000, 36.000 Mark in der Türkei keine Existenz gründen. Davon kann man nicht einmal ein kleines Haus bauen. Das kostet wenigstens 50.000 Mark. Ich bin Bergmann. Ich habe keinen anderen Beruf gelernt. In der Türkei gibt es keinen Arbeitsplatz für mich. Meine türkischen Kollegen hier haben dasselbe Problem. Viele würden auch politische Probleme haben, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren würden.

Ich will hierbleiben mit meiner Familie. Wir haben uns hier gut eingelebt. Meine Frau ist 1980 in die Bundesrepublik gekommen. Wir haben drei Kinder:

Meine Tochter war 17 Jahre alt, als sie hierherkam. Deshalb konnte sie Arbeit bekommen. Sie arbeitet in einem Lohnsteuerbüro und will auch weiterstudieren. Ein großes Problem sind die türkischen Kinder, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind. Die meisten sprechen besser deutsch als türkisch. Sie haben zu Hause immer Krach. Viele verlassen die Familie, hauen einfach ab. Wir wollen Türken bleiben, aber gut mit den Deutschen zusammenleben.

*Soweit die Aussagen von Mustafa. Sein Freund Ali ergänzte:*

Die Wohnungen sind für unsere großen Familien meistens zu klein. Ich habe eine größere Wohnung gesucht. In der Zeitung war eine Anzeige: 4 Zimmer frei. Ich gehe ganz früh morgens hin. Da sagte der Hausmeister: Nein, schon weg!

Als ich zurück komme, sage ich das meinen deutschen Kollegen. Er ruft an, nennt aber nicht meinen Namen: "Ja, die Wohnung kannst du kriegen, komm!"

Die Begegnung mit einer anderen Kultur hat stets zu einer Bereicherung der eigenen Kultur geführt, nicht zu ihrer Zerstörung.

Die europäische Kultur - und darin die deutsche - wäre ohne jüdische, arabische, asiatische Einflüsse verkümmert.

Dietrich Stahlbaum

Übrigens hatten die Araber, als wir noch auf Bäumen hockten, bereits mathematische Probleme gelöst und die Ägypter Pyramiden konstruiert und die Chinesen haben damals das Rezept für die Herstellung von Schießpulver vernichtet.



Mit den beiden folgenden Artikeln wird versucht, die sozio-ökonomischen Sachverhalte aufzuschlüsseln, die in der Bundesrepublik und in den Herkunftsländern der "Gastarbeiter" (speziell in der Türkei) vorlagen, und die zu Anwerbungen von Arbeitskräften führten und führen konnten.

In der Redaktionsgruppe fanden die Analyseversuche nicht uneingeschränkten Beifall. Das Fehlen der Rolle der Gewerkschaften bei den Anwerbungen wurde ebenso kritisiert wie der nicht erwähnte Zusammenhang zwischen Ausbeutung der Dritten Welt und Massenproduktion und Wohlstand in den Industriestaaten. Die Diskussion um den Punkt "Errichtung von Industrie" und "Technisierung der Landwirtschaft" in 'unterentwickelten' Ländern, ist noch nicht abgeschlossen. Problempunkt dabei war das Hinterfragen von industrieller Produktion nach der Qualität der Arbeit (z.B. Fließband, Zerstückelung des Arbeitsprozesses).

# Soziale und wirtschaftliche Ursachen

## In der Bundesrepublik

Um die Gründe zu benennen, die Anfang der 60er Jahre die deutsche Bundesregierung veranlaßt haben, mit den meisten der südeuropäischen Länder sogenannte Anwerbevereinbarungen (zu dem Vorgehen bei den Anwerbungen und deren Folgen gibt's an andere Stelle nähere Informationen) abzuschließen, die den eigentlichen Ausgangspunkt der Ar-

beitskräftewanderung aus dem Mittelmeerraum in die BRD markieren, so kommen wir nicht umhin, in groben Zügen eine Wirtschaftsgeschichte der BRD zu beschreiben. Für unsere Zwecke reicht es jedoch aus, schwerpunktmäßig die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu betrachten.

Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre und ihre Krisenbewältigung für das Deutsche Reich durch den Faschismus brachte für das deutsche Kapital am Ende des Zweiten Weltkrieges drei wichtige Ergebnisse.

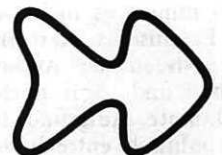
### DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE UND IHRE FOLGEN

1. Die faktische Zerschlagung der deutschen Arbeiterklasse: ihre Organisationen waren während des Faschismus unterdrückt worden; die Arbeiterschaft selbst – soweit nicht im Krieg getötet – war vollends geschwächt. Ihre innere Struktur war durch "Fronterlebnis" und "Heimbild" während des Krieges und durch die regionalen Verschiebungen durch Flüchtlingsstrom, Kriegszerstörungen, Kriegsgefangenschaft usw. zerstört

2. Die faschistische Krisenlösung der Weltwirtschaftskrise hatte durch Lohnstopp und Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse das Lohnniveau auf ein sehr niedriges Niveau gesenkt.

3. Dem deutschen Kapital hatte der Faschismus durch die extreme Ausbeutung der Arbeiterklasse entsprechende Profite gebracht. Außerdem zwang der Zweite Weltkrieg dazu, den kriegsbedingten Arbeitskräfteschwund schon früh durch technologische Verbesserungen der Produktion zu ersetzen. So wurden so wichtige Produktionsverfahren wie die Fließbandfertigung und die Großserienproduktion bei verstärkter Typisierung

und Spezialisierung eingeführt. Diese Produktionsverfahren hatten den durch die konstante Nachfrage des faschisti-



schen Staates vor allem nach Rüstungsgütern beschleunigten Konzentrationsprozeß noch verstärkt. So kam es, daß die westdeutschen Kapitalisten bis zum Kriegsende Kapital anhäufen und ihre gesellschaftliche Machtstellung ausbauen konnten. Daran änderten auch die Kriegszerstörungen nichts Wesentliches.

So setzte auf Basis der im Faschismus angewachsenen Produktionsmittel (die – wie oben beschrieben – nur wenig zerstört waren) und des hohen technologischen Niveaus (das gegebenenfalls durch Reparaturinvestitionen relativ schnell wieder erreicht werden konnte) bereits früh nach dem militärischen Zusammenbruch

der Währungsreform bleibt der Lohnstopp bis Ende des Jahres 1948 bestehen, während der Preisstopp sofort aufgehoben wird. Und die niedrigen Löhne blieben bis weit in die Phase der Bundesrepublik erhalten. Dafür sorgte u.a. der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen und Umsiedlern aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der DDR. Allein vom Jahre 1945 bis zum Jahr 1950 stömten 7,9 Millionen Flüchtlinge in die BRD, die 1950 knapp 50 Millionen Einwohner hatte. Bis 1961 waren es weiter pro Jahr zwischen maximal 330.000 (1953) und minimal 150.000 (1959). Diese Fülle von verfügbaren Arbeitskräften und die niedrigen Löhne er-

ne großen Kapitaleinsatz wird mit vielen Arbeitskräften produziert. Eine höhere Produktion konnte mit mehr Arbeitskräften billiger als mit einer anderen Technologie (geringe Kapitalintensivität) erreicht werden, da die Löhne noch sehr gering waren. Die Composer.) In der Verknappung der verfügbaren inländischen Arbeitskräfte in der zweiten Hälfte der 50er Jahre findet die Möglichkeit der Profitproduktion durch bloße Ausweitung der Arbeitskräftezahl ohne umfassende produktionstechnologische Veränderungen seine Grenzen auf dem Arbeitsmarkt.

### DIE LÖSUNG – ANWERBUNG VON ARBEITSKRÄFTEN

Das heißt nicht, daß bisher überhaupt keine neuen Technologien in den Produktionsprozeß durch Neu- und Ersatzinvestitionen eingeführt worden wären. So waren infolge des technischen Wandels insgesamt rund 2 Millionen Arbeitskräfte 'freigesetzt' worden, die für neue Arbeitsplätze zur Verfügung standen, aber dennoch machte sich die relative Verknappung von Arbeitskräften angesichts der hohen Akkumulationsraten bemerkbar. Da auch die Wochenarbeitszeit aufgrund von tarifvertraglich durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen seit 1955/56 abnahm, gab es für das Kapital – wollte es die hohen Profite und die hohe Akkumulationsraten, ohne kapitalintensiver produzieren zu müssen, beibehalten – nur die Möglichkeit, neue Arbeitskräfte herbeizuschaffen. Da der Flüchtlingsstrom aus dem Osten durch Mauerbau und andere Maßnahmen stark zurückgegangen war, forderten die Organisationen des Kapitals – allen voran der Arbeitgeberverband – die Bundesregierung auf, Arbeitskräfte aus südeuropäischen Ländern anzuwerben. Im Jahre

über die "Anwerbung" informiert der folgende Artikel.

1955 kam dann auch die erste Anwerbevereinbarung mit Italien zustande, es folgten Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).

Die Eingliederung ausländischer Arbeiter in den Produktionsprozeß zögerte so noch einmal die Wirkung der "Beschäftigungsschranke" der Kapitalakkumulation hinaus, aufheben konnte sie diese aber nicht. (Wenn weniger Arbeitskräfte vorhanden sind, Löhne steigen, wird es irgendwann günstiger, kapitalintensiv zu produzieren.) Die ausländi-

KRITIK, TIPS UND HINWEISE SOLLEN VON UNSEREN LESERN GEÄUSSERT WERDEN KÖNNEN. DIE BESTE FORM SIND LESERBRIEFE. UNSERE

ADRESSE: HOLZWURM

AUF DEM GRABEN 2

4350 RECKLINGHALLEN

1945 ein schneller Wiederaufschwung der industriellen Produktion ein, die bereits 1946 40% des Niveaus der Vorkriegsproduktion erreichte.

Die Währungsreform und die US-Marshal-Plan-Hilfe förderten dann diesen Aufschwung, in dem die Basis der Geldzirkulation wiederhergestellt und Engpässe in der Rohstoffversorgung beseitigt wurden. Zugleich zementierte die Währungsreform mit der Entschuldung und der Begünstigung der Besitzer von Sachvermögen die mit Hilfe der Besatzungsbehörden vom Kapital wieder übernommene Herrschaft im unmittelbaren Produktionsprozeß.

So nimmt es nicht wunder, daß das im Faschismus terroristisch erpreßte hohe Niveau der Ausbeutung zunächst erhalten und sogar noch gesteigert werden konnte. Aufgrund der geschwächten und politisch entrechteten Arbeiterklasse sowie infolge der hohen Zahl von Arbeitslosen konnte das Kapital zu niedrigen Lohnkosten produzieren. Nach

möglichten aufgrund der hohen Profite eine hohe und steigende Kapitalakkumulation (Ansammlung von Produktionsmitteln), ohne daß die Kapitalintensivität (eine Produktion ist kapitalintensiv, wenn, bevor überhaupt produziert werden kann, große Geldmengen benötigt werden, z.B. für Maschinen) sich wesentlich vergrößerte.

### DER ARBEITSKRÄFTE"MARKT"

Hohe Kapitalakkumulationsraten führen jedoch bei einer nur geringen Veränderung der Kapitalintensivität zu einer steigenden Aufnahme von Arbeitskräften in den Produktionsprozeß und damit seit Anfang der 50er Jahre zu einer Stärkung der Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften. (Trotz aller Notwendigkeiten der Auseinandersetzung mit W... .., geschieht dies kaum. Das... .. des "Wirtschafts-Chinesisch" ... .. ständlich. Wir haben's so verstanden. Oh-

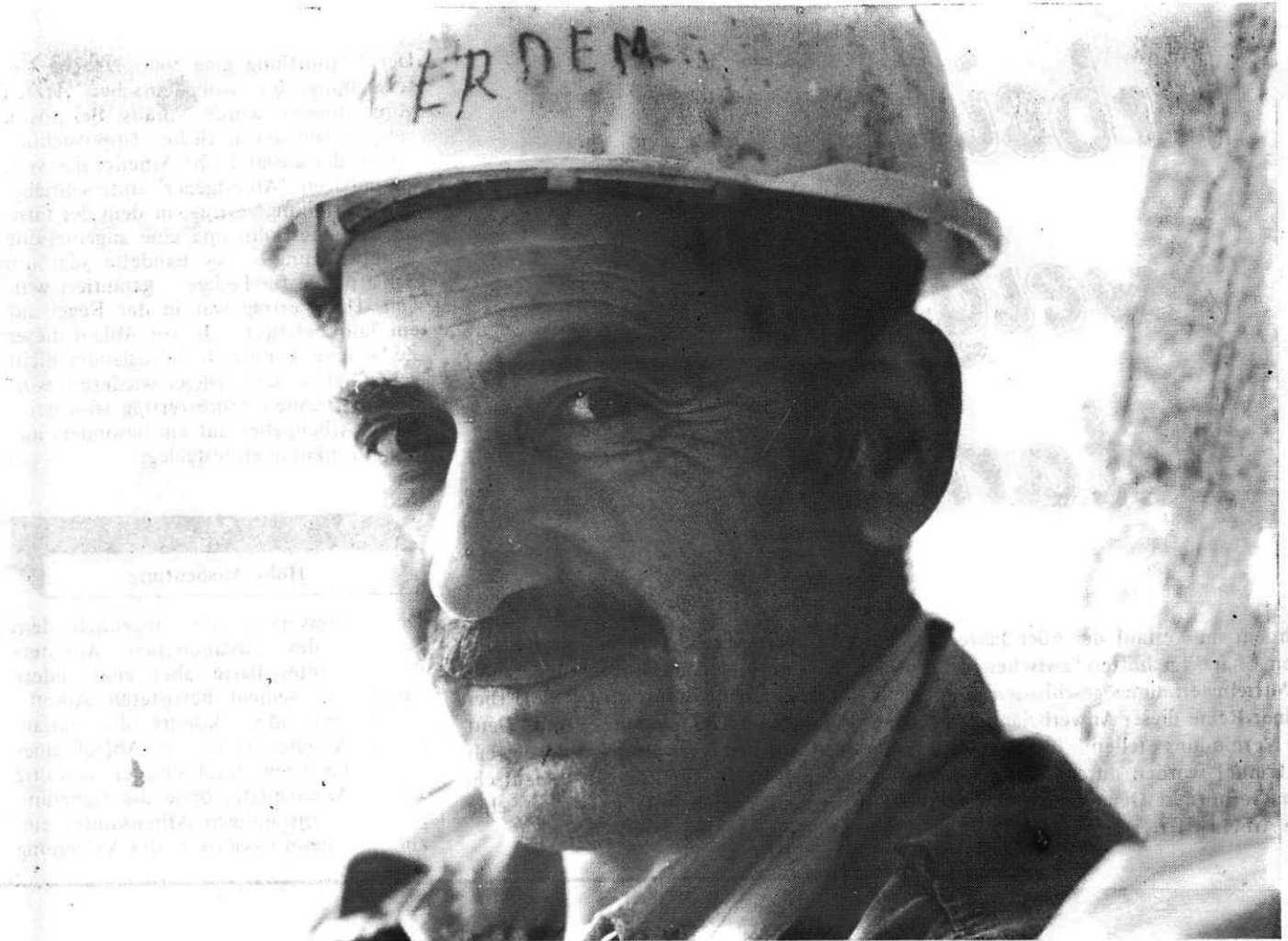


Foto: Michael Meyer

schen Arbeiter ermöglichten so dem deutschen Kapital noch einmal eine zeitlang hohe Profite. So war dessen Interesse, möglichst schnell, möglichst viele "Gastarbeiter" zu beschäftigen, nicht verwunderlich, da ausländische Arbeiter die Höhe der Löhne drückten.

#### DENNOCH KAPPE ARBEITSKRAFT

Da jedoch der Zustrom der ausländischen Arbeiter sich für das Kapital nicht schnell genug vollzog, begann die "Beschäftigungsschranke" schon schnell wieder wirksam zu werden. So verschärfte sich die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten um die knappe Ware Arbeitskraft und ermöglichte Lohnsteigerungen für die Arbeiter. Der Anstieg von Löhnen führt aber bei gleichbleibender Arbeitsproduktivität (Verhältnis von Produktionsergebnis zu eingesetzten Arbeitskräften) zu einer Schmälerung des Profits, senkt die Rentabilität des eingesetzten Kapitals und verringert die Akkumulation. In dieser Situation ergibt

sich verschärft die Notwendigkeit, den kapitalistischen Produktionsprozeß durch Steigerung des Maschineneinsatzes, durch neue Produktionsverfahren, veränderte Arbeitsorganisation, Automatisierung, Chemisierung, durch Einbeziehen der Elektronik usw. technologisch umzuwälzen. Dies führt zu einer kapitalintensiveren Produktion, d.h. der Anteil der Aufwendungen für Produktionsanlagen am Produktionsergebnis steigt. Dies führt dann zwangsläufig zu einem Absinken des Profits und zu einer Verringerung der Kapitalakkumulation.

#### ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Zustand ist für das BRD-Kapital ab Ende der 60er Jahre zu beobachten. An dieser Stelle wollen wir nun auch die Beschreibung der Entwicklung der BRD-Wirtschaft verlassen und noch einmal ihr Ergebnis zusammenfassen:

1. Die ausländischen Arbeiter wurden vom BRD-Kapital zu einem Zeitpunkt ins Land geholt, an dem der inländi-

sche Arbeitskräftemarkt erschöpft war.

2. Mit Hilfe der ausländischen Arbeiter erhoffte sich das BRD-Kapital eine Verlängerung ihrer Profitproduktion durch bloße Ausweitung des Arbeitskräftanteils ohne umfassende produktions-technologische Veränderungen, was auch kurzfristig verwirklicht werden konnte.
3. Ausländische Arbeiter üben, da sie wie Arbeitslose als Reservearmee dienen, einen negativen Druck auf die Höhe der Löhne aus. Da jedoch in den 60er Jahren in der Sichtweise des Kapitals nicht schnell genug und in nichtausreichendem Umfang ausländische Arbeiter in die BRD geholt werden konnten, war dieser Druck nicht sehr ausgeprägt.
4. Die Zahl der ausländischen Arbeiter reichte so nicht aus, um mittel- und langfristig eine technologische Umwälzung der Produktion und damit eine kapitalintensivere Produktion aufzuhalten.

*Literaturhinweise des Verfassers:*

*Altwater, Hoffmann, Semmler: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Olle & Wolter 1980.*

# Arbeitsamt: Zweigstelle Istanbul

Nachdem im Verlauf der 60er Jahre sogenannte Anwerbevereinbarungen, die rein formalen Charakter hatten, zwischen der Bundesregierung und dem Großteil der Länder des Mittelmeerraumes geschlossen worden waren, errichtete die Bundesanstalt für Arbeit in einer Reihe dieser Anwerbeländer sogenannte "Deutsche Kommissionen" und "Deutsche Verbindungsstellen". In enger Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der jeweiligen Länder wurden durch diese Kommissionen Arbeitskräfte direkt an eine deutsche Firma vermittelt. Den ausländischen Arbeitern wurden, je nach Auftragslage, verschiedene Arbeitsplätze angeboten, unter denen sie auswählen konnten.

Der Vermittlung ging eine ärztliche Untersuchung, die von deutschen Ärzten vorgenommen wurde, voraus. Bei positivem Verlauf der ärztlichen Untersuchung erhielt der ausländische Arbeiter den vom zukünftigen "Arbeitgeber" unterschriebenen Anstellungsvertrag, in dem der tarifliche Mindestlohn und eine angemessene Unterbringung - es handelte sich um Schlafplätze für Ledige - garantiert wurden. Der Vertrag war in der Regel auf ein Jahr befristet, d.h. vor Ablauf dieser Zeitspanne konnte dem Ausländer nicht gekündigt werden. Dieser wiederum wurde durch seinen Jahresvertrag vom deutschen Arbeitgeber auf ein besonders niedriges Einkommen festgelegt.

## Hohe Ausbeutung

Der Jahresvertrag, der angeblich dem Schutze des ausländischen Arbeiters dienen sollte, hatte aber eine andere Folge. An seinem befristeten Arbeitsvertrag gebunden, konnte der ausländische Arbeiter nicht vor Ablauf eines Jahres kündigen; wechselte er vorzeitig seinen Arbeitsplatz, ohne die Genehmigung des zuständigen Arbeitsamtes einzuholen, dann riskierte er die Ablehnung

## Ausländische Bewohner +

Jahr	Wohnbevölkerung gesamt (WB)	ausländische Bewohner (WB)	abhängig Beschäftigte gesamt (B)	ausländische Beschäftigte (B)
1955	52.382	485 (0,9)	17.160	80 (0,4)
1967	59.286	1.807 (3,0)	21.054	991 (4,7)
1973	61.976	3.966 (6,4)	22.564	2.352 (11,6)
1975	61.832	4.090 (6,6)	21.386	2.039 (10,1)
1978	61.327	3.981 (6,5)	21.584	1.849 (9,2)
1979	61.337	4.144 (6,8)	-	1.934 (-)
1980	-	4.453	-	2.072 (-)
1981	61.733	4.630 (7,5)	20.970	1.930 (9,2)

Zahlen in Tausend; in ( ) prozentualer Anteil von Gesamten aus technischen Gründen heraus - sie lassen sich bei Quellen: Statistisches Bundesamt, BMWI, ZEIT, Bundesmin

einer neuen Arbeitserlaubnis. Dieses Verfahren ermöglichte eine hohe Ausbeutung der ausländischen Arbeiter, die bei Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen nur die "Alternative" der Rückkehr in ihre Heimat hatten. Ansonsten waren sie dem BRD-Kapital ausgeliefert.

**Illegale Einreise**

Es muß also nicht verwundern, daß das deutsche Kapital riesigen Bedarf nach solch billigen Arbeitskräften hatte. Da die Bundesregierung diesen Bedarf zunächst nicht "aus Rücksicht auf die Lohninteressen der deutschen Arbeitnehmer" decken wollte, griff das BRD-Kapital zur Selbsthilfe. Es ließ Freunde oder Verwandte der schon bei ihnen beschäftigten Ausländer als Touristen in die BRD einreisen. Dieser illegale Einreiseweg wurde nachträglich legalisiert, nachdem er längere Zeit von den deutschen Behörden geduldet worden war.

Die Vorteile dieser Methode für das deutsche Kapital liegen auf der Hand: Durch die Konzentration von "Landsmannschaften" im Betrieb wird die kostspielige Anlernzeit der neu eingestellten Ausländer verkürzt und ihre betriebliche Anpassung

erleichtert. Außerdem können diese illegalen Arbeiter zu noch niedrigeren Löhnen beschäftigt werden, da sie woanders keine Anstellung finden können.

Neben dieser legalen und der illegalen Anwerbung von ausländischen Arbeitern gab es noch einen dritten Weg, auf dem ausländische Arbeiter in die BRD kamen. Dieser betraf bis vor kurzem nur ausländische Arbeiter italienischer Staatsangehörigkeit (seit 1981 auch Arbeiter griechischer Staatsangehörigkeit), die – weil Angehörige eines EG-Mitgliedstaates – arbeitsrechtlich in der BRD wie Inländer behandelt werden müssen. Denn die Freizügigkeitsbestimmungen der EG geben "dem Arbeitnehmer . . . das Recht, eine Beschäftigung seiner Wahl in einem Gebiet der Gemeinschaft seiner Wahl auszuüben".

**Anwerbestop**

Auf diesen drei Wegen kam bis 1973 der Großteil der ausländischen Arbeiter in die BRD. 1973 wurde dann aufgrund der



schweren Wirtschaftskrise ein allgemeiner "Anwerbestop" verkündet, der zumindest den ersten Anwerbeweg verschloß, den zweiten sehr stark erschwerte. Anwerbestop und Krise ließen dann auch die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in der BRD bis 1979 zurückgehen, nicht jedoch deren Anteil an der Wohnbevölkerung. Durch Familienzusammenführung und hohe Geburtenzahlen stieg dieser nämlich weiter an. Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung und der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung der BRD ist am besten aus der folgenden Tabelle abzulesen.

*Beschäftigte in der BRD*

Griechen WB/B	Italien. WB/B	Jugosl. WB/B	Spanier WB/B	Türken WB/B
4/ 1	26/ 8	21/ 2	2/ 1	2/ -
- /140	- /267	- / 96	- /118	- /131
399/250	622/450	673/535	286/190	894/605
391/196	601/292	678/416	247/125	1.077/543
306/147	573/289	610/370	189/ 93	1.165/515
297/140	595/300	621/367	182/ 90	1.268/540
298/133	618/309	632/357	180/ 87	1.462/591
299/124	624/291	637/341	177/ 82	1.500/591

tzahl; die Zahlen für andere Nationalitäten fi-  
i Interesse aus den gegebenen Zahlen errechnen;  
ister für Arbeit

# In der Türkei

Bedenkt man, daß es derzeit in der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit als unzumutbar gilt, bundesdeutsche Arbeitslose zur Annahme von Jobs mehr als 250 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt zu verpflichten, erscheint die kilometerlange Wanderung der Südeuropäer in einem unverständlichen Licht. Im folgenden soll jedoch exemplarisch am Beispiel der Türkei geschildert werden, was bis 1980 fast 1,5 Millionen Türken dazu gebracht hat, diese Mobilität zu entwickeln.

Die Türkei wies Anfang der 60er Jahre, und daran hat sich bis heute nichts geändert, die für "unterentwickelte" Länder typischen Merkmale auf:

(gilt trotz  
Ausweichung)

1. Stagnierende Produktivität im nicht-export-orientierten landwirtschaftlichen Sektor, die dazu führt, daß die wachsende einheimische Bevölkerung nicht ausreichend ernährt werden kann.
2. Das Fehlen bzw. die nur geringe Entwicklung einer Produktion von Massengütern im Unterschied zu der zum Teil florierenden Produktion von Luxus-

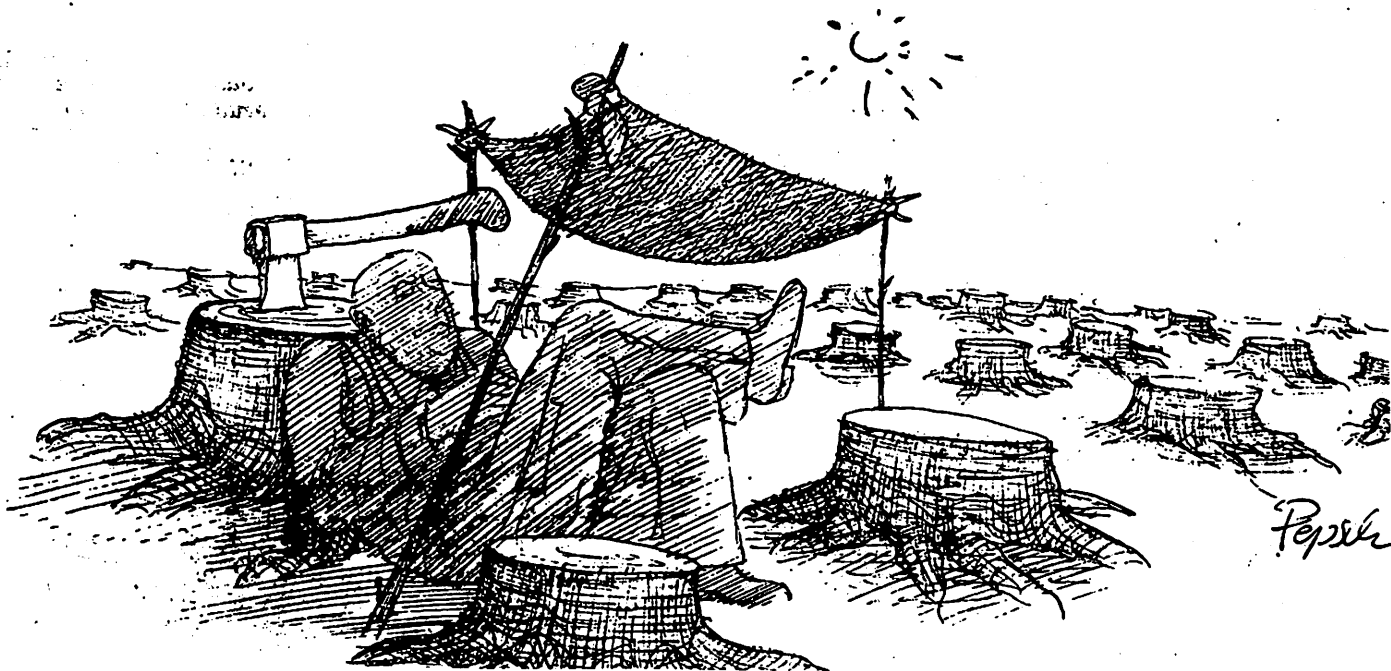
3. Die aus den obigen Merkmalen resultierende mangelnde Rückkopplung ei-
4. Die aus den obigen Merkmalen resultierende mangelnde Rückkopplung ei-

keit zur Produktion von Produktionsmitteln begründet die tiefgreifende technologische Abhängigkeit der "unterentwickelten" Länder von den "entwickelten" kapitalistischen Industrienationen, d.h. ohne "Hilfe" der Industrienationen kann kein Aufbau von Industrien erfolgen.

## LANDWIRTSCHAFT

Aber sehen wir uns die Situation der Türkei konkreter an, wobei wir zuerst auf die Landwirtschaft eingehen wollen.

Der Großteil der türkischen Erwerbstätigen findet seine Beschäftigung in der Landwirtschaft. 1979 waren 77,1% der



gütern. Diese Diskrepanz spiegelt die krassen Einkommensunterschiede in "unterentwickelten" Gesellschaften wieder: Den Massen fehlen die notwendigen finanziellen Mittel, um Konsumgüter erwerben zu können. Eine kleine reiche Oberschicht leistet sich jedoch jeden erdenklichen Luxus, wobei sie die dafür erforderlichen Luxusgüter teilweise selbst produziert.

3. Das Fehlen bzw. die nur geringe Entwicklung eines eigenen Produktionsgütersektors, der die Ausrüstungsgüter für die Produktion von Konsumgütern, von Zwischenprodukten und Produktionsmitteln bereitstellen würden, einschließlich der Ausrüstungsgüter für die Landwirtschaft. Diese mangelnde Fähig-

ner Produktion von Produktionsgütern mit einer Produktion von Massenkonsumgütern unter Eingliederung des landwirtschaftlichen Sektors (als den Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, dem Konsumenten von landwirtschaftlichen Produktionsgütern und von industriellen Konsumgütern).

Anders ausgedrückt: der Türkei fehlten und fehlen die für eine lebensfähige Gesellschaft erforderlichen Produktionssektoren (nicht-export-orientierte Landwirtschaft, Konsumgüter- und Produktionsgüterindustrie), einschließlich ihrer Verma-

Erwerbstätigen, 1979 immerhin noch 61,9% von ihr beschäftigt (Zum Vergleich: in der BRD arbeiteten 1980 noch nicht einmal 1,1% der Erwerbstätigen in

der Landwirtschaft). Nicht nur für die Beschäftigung, sondern auch für den Export der Türkei ist die Landwirtschaft von großer Bedeutung: ihr Anteil an der Gesamtexportsumme des Jahres 1979 in Höhe von 2.261 Millionen US-Dollar belief sich auf 1.344 Millionen US-Dollar. Man trifft also den Nagel auf den Kopf, wenn man die Türkei als einen Agrarstaat definiert.

# Vom Land in die Stadt

deutschen Kapitals ist es nicht gewesen, der Türken, Griechen, Tunesier und andere dazu bewegen hat, alle sozialen und ökonomischen Bindungen in ihren Heimatländern abzubrechen und die zwei- bis dreitausend Kilometer lange und ungewisse Reise in den ihnen völlig fremden Staat Bundesrepublik Deutschland anzutreten.

## UNGLEICHE BODENVERTEILUNG

Trotz dieser hohen Bedeutung der Landwirtschaft ernährt die Türkei ihre Einwohner nicht. Dies hat seine Ursache in der ungleichen Verteilung des Bodenbesitzes. So ergab eine 1970 durchgeführte Untersuchung, daß 3,1% der landwirtschaftlichen Betriebe ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche besitzen. Allein 0,1% der bäuerlichen Betriebe (Großgrundbesitzer) verfügen über 5,6% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dagegen entfallen auf 3/4 der bäuerlichen Betriebe nur rund 30% der Nutzfläche. Nur 636.000 von 4,1 Millionen Bauernfamilien verfügten über soviel Land, daß sie ihren Lebensunterhalt davon bestreiten können. Für 2,2 Millionen Kleinbauern ist ihr Landbesitz (2 ha im Durchschnitt) so klein, daß sie davon nicht leben können. 1,26 Millionen Bauern besitzen überhaupt kein Land.

Gerade die Situation der Kleinbauern und der landlosen Bauern sollten wir näher betrachten, um der Ursache der Arbeitskräftewanderung auf die Spur zu kommen.

## KLEINBAUERN

Zuerst zu den Kleinbauern. Ihre Betriebe werden ausschließlich durch einen Pflug mit Ochsen oder Pferden, ohne Mechanisierung und moderne Maschinen bewirtschaftet. Ihr Landbesitz ist meist zerstückelt, nur ein kleiner Teil kann bewässert werden, und wird daher völlig unproduktiv bewirtschaftet. Die Familie der kleinen Bauern kann sich nicht vom Ertrag des Landes ernähren und ist gezwungen, sich zusätzlich als Landarbeiter, saisonale Industriearbeiter oder aber als Pächter ihr Existenzminimum zu sichern. Meist jedoch sind sie wegen der sehr unproduktiven Bewirtschaftungsmöglichkeiten irgendwann genötigt, ihr Land den

reichen Bauern oder Wucherern zu verkaufen. So setzt sich die Verarmung und Verproletarisierung dieser Bauern fort.

## LANDARBEITER

Unter noch schlechteren Bedingungen als die Kleinbauern leben die kleinen Pächter und Landarbeiter. Die Zahl der landlosen Bauernfamilien ist von 137.000 in 1950 auf 1,2 Millionen in 1970 gestiegen. Über 90% der landlosen Bauern sind Landarbeiter. Der Anteil der Pächter, Halbpächter und Teilhaber unter den landlosen Bauernfamilien ist von den mechanisierenden und rationalisierenden Großbauern von rund 50% (1950) auf 7% (1977) drastisch vermindert worden. Wer noch als Pächter ein kleines und unfruchtbares Feld mit einfachsten Methoden bearbeiten darf und je nach Pacht- oder Teilhabeform den größten Teil des jährlichen Ertrages dem Landbesitzer abtreten muß, könnte nicht das Existenzminimum sichern, wenn nicht einige Familienangehörige als Saisonarbeiter oder wenn möglich als Industriearbeiter finanzielle Unterstützung leisten würden.

Den einfachen Landarbeitern bleibt nur die Saisonarbeit; für den Rest des Jahres sind sie arbeitslos. Obwohl es gesetzliche Bestimmungen über Arbeitsalter, Mindestlöhne und Arbeitszeit sowie Pausen- und Ruhetage gibt, werden diese von den Großbauern und Feudalherren nicht beachtet. Bei einer Massenarbeitslosigkeit auf dem Lande von im Sommer 30% und im Winter 60% und der daraus resultierenden übermächtigen Position der besitzenden Klasse auf dem Arbeitsmarkt ist dies nicht verwunderlich. Entsprechend fällt auch ihre Entlohnung aus. Ihre finanzielle Lage ist mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 485 türkischen Lira unvergleich schlechter als die des durchschnittlichen Industriearbeiters.

## LANDFLUCHT

Angesichts dieser katastrophalen ökonomisch-sozialen Lage wandert der Großteil der Kleinbauern und Landarbeiter vom Land in die Städte, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. So kommen jedes Jahr ca. eine Viertel Million Landflüchtlinge allein nach Istanbul.

Das Wohnproblem lösen sie durch über Nacht gebaute Hütten, sogenannte "gecekondu", die den Slumhütten der anderen 3. Welt-Länder entsprechen. Schon 1970 lebten bereits 2/3 der Bevölkerung Ankaras und fast die Hälfte der Bevölkerung Istanbuls in diesem Slumvierteln. Ihre Hoffnung, eine Arbeit in der türkischen Industrie zu finden, erfüllt sich jedoch zumeist nie.

## INDUSTRIE

Die türkische Industrie ist äußerst schwach entwickelt und beschäftigt auch nur 13% der Erwerbstätigen. Sie ist größtenteils in der Hand von US-, französischen und BRD-Konzernen und stellt zumeist nur reine Montagefabriken dar. Daher muß die Türkei riesige Summen für den Import von Halbfertigprodukten aufwenden, damit überhaupt produziert werden kann. Diese hohen Importe führen zu einer wahnwitzigen Verschuldung der Türkei gegenüber dem Ausland. 1980 war die Summe der Auslandsschulden schon auf 18 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Leider würde es jetzt den Rahmen dieses Artikels sprengen, die Ursachen für diese miserable Situation der türkischen Industrie aufzuzeigen. Wir müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß die Industrienationen an dieser "Unterentwicklung" entscheidenden Beitrag haben.

Die einseitige Besitzstruktur in der Landwirtschaft und die Fehlentwicklung der Industrie beschert der Türkei eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von fast 30%.

## ZUSAMMENFASSUNG

Die fehlenden Ernährungsmöglichkeiten treiben die Menschen vom Land in die Städte und aus den Städten dann als "Castarbeiter" z.B. in die BRD. Wer die Situation der Türkei näher betrachtet, weiß, warum der in der BRD lebende Türken trotz der Heimatverbundenheit nicht in die Türkei zurückgeht. Ihr Los und das ihrer Kinder wäre die Arbeitslosigkeit.

Im Arbeitsamtsbezirk Recklinghausen sind 3.699 ausländische Arbeitnehmer im Bergbau beschäftigt; das sind 38 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer des gesamten Bezirkes und 21 Prozent der gesamten Belegschaft im Bergbau. Der Bergbau rangiert unter den Ausländer beschäftigenden Unternehmen an erster Stelle. Als nächstes folgt mit großem Abstand das Baugewerbe; hier arbeiten 9 Prozent der ausländischen Beschäftigten.

Nach Aussagen verschiedener Personen, die wir nicht überprüfen konnten, erhielten beim letzten Anstellungstermin auf der Zeche Blumenthal der Ruhrkohle AG (RAG) nur eine Handvoll ausländische Jugendliche einen Ausbildungsvertrag. Dies widerspricht dem bisherigen Vorgehen.

Da unsere Informationen für den Recklinghäuser Bergbau noch spärlich sind, übernehmen wir an dieser Stelle zum erneuten Male einen Artikel, mit dem wir einen ersten Einblick in die Politik der Ruhrkohle geben wollen. – Der Artikel stammt aus der Duisburger Zeitschrift "Revier" und erschien unter dem Titel "Was für die Ruhrkohle AG "Integration" bedeutet: Anpassung um jeden Preis" von Hermann Schäfer im Dezember 1981.

Vom Juni 1980 bis Mai 1981 führte die Ruhrkohle AG zusammen mit Soziologen von der Uni Bochum, Vertretern der IG Bergbau u.a. ein Forschungsprojekt durch. Die Wohnverhältnisse der ausländischen "Mitarbeiter" sollten untersucht, bestimmte Empfehlungen erarbeitet werden.

Motiv dieses Projekts war die Prognose einer langfristigen, wahrscheinlich zunehmenden Beschäftigung der ausländischen Kollegen. Die größte Gruppe stellen dabei mit etwa 80 % die Türken. Ihre Arbeitslosigkeit liegt im Bundesdurchschnitt bei 10 %; ihre Beschäftigung bei der RAG nimmt noch zu – was natürlich ein Indiz für die geringe Attraktivität der Arbeitsplätze unter Tage ist. Die RAG kann die Wohnverhältnisse unmittelbar beeinflussen, da die meisten Kollegen in RAG-eigenen Siedlungen wohnen.

# AN- PASSUNG



Ergebnis der Untersuchung ist, daß ein hoher Grad von "Segregation" besteht. Das bedeutet Konzentration bis hin zur Ghettobildung. Dies wird verurteilt: "Segregation macht die Wohnstandorte der Ausländer sichtbar und erkennbar und fördert unter Umständen Vorurteile und Konflikte."

Konflikte ergeben sich dann, wenn ausländische Familien zusammenwohnen, und zwar weil sie ihre Lebensgewohnheiten entfalten. Deswegen wollen ja auch so viele ausländische Familien zusammenwohnen. Die Konsequenz:

"Zieht lediglich eine einzige türkische Familie in ein Mehrfamilienhaus ein, in dem sonst nur deutsche Mieter leben, so kommt es nach einer Einwohnungsphase auch bei anfänglichen Widerstand der deutschen Bewohner meist zu einem konfliktfreien Zusammenleben mit einer gewissen Annäherung im Wohnverhalten, weil dann die deutschen Nachbarn bereit sind, die türkische Familie über die Anforderungen der Hausordnung und hierzulande üblichen Wohnverhalten aufzuklären. ...

Zieht dagegen noch eine weitere ausländische Familie zu, ist in der Regel die kritische Schwelle überschritten, es kommt zum Rückzug der deutschen und weiterem Nachzug ausländischer Mieter, weil sich die deutschen Bewohner durch die Lebensgewohnheiten der ausländischen Nachbarn (z.B. spätes Zubettgehen, häufige Besuche, andere Kochgewohnheiten) gestört fühlen, Stauseinbußen durch Ausländer im selben Haus und Zuzug weiterer ausländischer Familien befürchten."



# UM JEDEN PREIS

## ZWANGSGERMANISIERUNG

Zwangsgermanisierung – so kann man mit Fug und Recht diese Empfehlung nennen. Das wird schon daran deutlich, daß die Betroffenen gar nicht gefragt werden – *„aufgrund der Anlage der Untersuchung und der zur Verfügung stehenden Zeit.“* Und damit sie sich auch nicht wehren können, wird vorgeschlagen, den *„Wohnungsbeauftragten“* durch einen *„Wohnungsausschuß“* zu ersetzen. Begründung: Der Wohnungsbeauftragte des Betriebsrates ist *„von den unmittelbar vorgetragenen Wünschen etwa der Ausländer, mit Landsleuten zusammenzuwohnen oder der Deutschen, keine ausländischen Nachbarn zu erhalten, über die Wählerstimmen in stärkerem Maße abhängig als ein Wohnungsausschuß.“*

Wenn sich diese Empfehlungen durchsetzen, dann werden die ausländischen Familien der letzten Bastion beraubt werden, die sie vor der industriellen Entfremdung schützt. Selbst ihre Freizeit würde ihnen genommen. Wohin das führt, zeigt die enorme Zahl von psychosomatischen Krankheiten (also seelisch bedingten Krankheiten, die sich körperlich bemerkbar machen) bei Ausländern.

Aber um die ausländischen *„Mitarbeiter“* geht es der RAG ja gar nicht in erster Linie. Das Problem ist die Feindlichkeit der Deutschen, die den eigenen ökonomischen Interessen widerspricht. Die Wohnungsvorschläge sollen diese Ausländerfeindlichkeit abmildern, indem sie die Ausländer zwingen, sich den deutschen Gewohnheiten unterzuordnen.

## GIBT ES ALTERNATIVEN?

Natürlich spricht die RAG ein Problem an: den mangelnden Kontakt zwischen Deutschen und Ausländern, der Spannungen und Vorurteile fördert. Und sicherlich tragen die ausländischen Familien mit dazu bei, wenn sie sich abschotten.

Aber im Lösungsvorschlag der RAG wird die Last der Konfliktlösung voll auf die ausländischen Familien abgeschoben. Dabei ist zunächst

fraglich, ob die Betroffenen überhaupt mitmachen oder nicht lieber schlechtere Wohnungen in Kauf nehmen, um so leben zu können, wie sie es wollen.

Soll das nicht passieren, dann müßte die RAG ihre zahlreichen Möglichkeiten auch dafür nut-



Die Häuser an der Ruhr-/Lippestr. gehören zu einem Wohnungsschwerpunkt der Türken in Rcklinghausen. Nunmehr besteht die Gefahr, daß ein Großteil von ihnen sich neue Wohnungen suchen werden muß.

Nach den bisher bekannt gewordenen Überlegungen des neuen Eigentümers Paul Sahle, Schuhfabrikant aus Greven, sollen einige Häuser abgerissen und die alten Wohnungen modernisiert werden.

Ob diese Pläne allerdings Realität werden, hängt davon ab, inwieweit Zuschüsse für Alten- und Sozialwohnungen in diesem und in nächstem Jahr erwartet werden können. Sie sollen an den Stellen gebaut werden, wo die alten Häuser abgerissen werden.

Insgesamt hat Sahle 35 Häuser mit 170

Wohnungseinheiten von der Salzgitter AG erworben, bewirtschaftet werden sie vorläufig noch von der Ruhrkohle AG. Nach den Modernisierungsmaßnahmen werden sich die Mieten ungefähr verdoppeln, so daß sich wohl ein Großteil der Mieter die neuen Mietpreise nicht mehr erlauben werden können.

Der Wohnungsbeauftragte des Betriebsrates spielt hier eine wichtige Rolle. Er kennt die Sorgen und Nöte der deutschen und der ausländischen Familien. Er kennt die Vorurteile und kann glaubwürdig gegen sie argumentieren. Er kann auch die ausländischen Familien auf vieles hinweisen, was bei den Deutschen Anstoß erregt und sich oft leicht beseitigen läßt. Statt (wie von der RAG vorgeschlagen) diesen persönlichen Kontakt zu kappen, sollte man ihn vielmehr ausbauen, durch noch stärkeren Einbezug der betroffenen deutschen und ausländischen Familien.

(Die Zitate stammen aus der Broschüre *„Wohnsituation der ausländischen Mitarbeiter der RAG“*)

Für die Türken wird das Problem noch verstärkt durch ein Gutachten von Prof. Korte (Bochum), das (im Auftrag der Ruhrkohle) zu der Erkenntnis gelangt, pro türkische Familie vier deutsche Familien in einem Haus anzusiedeln. (siehe dazu auch *„Revier“*-Artikel).

Selbst wenn durch die Neubaumaßnahmen einige Wohneinheiten neu geschaffen werden, wird nach den bisherigen Überlegungen ein Großteil der Türken sich eine neue Wohnung suchen müssen.

Selbst wenn durch die Neubaumaßnahmen einige Wohneinheiten neu geschaffen werden, wird nach den bisherigen Überlegungen ein Großteil der Türken sich eine neue Wohnung suchen müssen.

Mit sorgenvollen Reden ist der wachsenden Ausländerfeindlichkeit nicht beizukommen. Schlimm genug, daß die Probleme jahrelang verdrängt wurden – wenn wir die Entwicklung, die sich für die Zukunft abzeichnet, überhaupt noch beeinflussen können, dann ist es höchste Zeit. Ob es uns paßt oder nicht, wir müssen mit den Ausländern in der Bundesrepublik leben. Und das kann Spaß machen: diese Erfahrung haben wir, Deutsche und Türken, im Deutsch-Türkischen Verein Recklinghausen e.V. schon gemacht.

Im Januar dieses Jahres haben wir den Verein aufgrund der privaten Initiative eines deutsch-türkischen Freundeskreises gegründet. Inzwischen sind wir über 150 Leute – Akademiker und Bergarbeiter, Kommunalpolitiker und Hausfrauen, Lehrer und Schüler. Ein ordentlicher "deutscher" Verein sollte es übrigens deshalb werden, weil wir nur über regelmäßige monatliche Beiträge ein geregelteres Einkommen aufbringen können, das unser Ziel, ein deutsch-türkisches Begegnungszentrum einzurichten, ermöglicht.

Diesem Ziel sind wir jetzt, nach gut zwei Monaten, schon sehr nahe gekommen. Unser Vereinshaus, dessen Renovierung und Ausstattung noch viel gemeinsame Arbeit erfordern wird, soll Familientreffpunkt werden und Informationsbörse, Schulhaus und Tagungsstätte, Veranstaltungsort und Beratungsstelle. Deutsch-türkische Frauen-, Kinder- und Jugendgruppen werden hier ein Domizil finden, hier können wir planen und diskutieren, Tee trinken und Feste feiern.

An Arbeitsmöglichkeiten für einen deutsch-türkischen Verein mangelt es gewiß nicht – in verschiedenen Arbeitsgruppen gehen wir zur Zeit daran, konkrete Projekte zu entwickeln. Die schwierigste Aufgabe hat sicherlich unsere "Vor-Ort"-Gruppe. Ihre Mitglieder bemühen sich, Probleme dort zu lösen, wo sie besonders akut sind: in den Straßen und Häusern, in denen Türken und Deutsche miteinander auskommen müssen und in denen die Spannungen am größten sind.

Wir wollen versuchen, hier zu informieren, zu vermitteln, Kontakte zu ermöglichen. Ohne unsere türkischen Vereinsmitglieder wäre das ein aussichtsloses Unternehmen. Nur in gemeinsamer Anstrengung läßt sich so etwas wie Integration verwirklichen – ein Patentrezept dafür haben wir nicht.

Um den Aufbau einer Hausaufgabenhilfe kümmert sich unsere Schulgruppe, genauso wie um die Information von deutschen Lehrern und Eltern in Sachen Benachteiligung von ausländischen Kindern, Koranschulen oder muttersprachlichen Unterricht. Ergänzend dazu will die Kindergartengruppe erreichen, daß möglichst viele türkische Kinder möglichst früh eingegliedert werden können. Die zweite Generation der Ausländer wird mit Sicherheit hierbleiben – und



Karikatur:  
Candea/  
Rheinische Post

je früher das Zusammensein mit Deutschen beginnt, desto leichter werden Jugendliche und Erwachsene miteinander auskommen.

Die Jugendgruppe des Vereins hat bereits ein wöchentliches Freizeittreffen organisiert. Immer wieder haben wir erfahren, wie mangelnde Sprachkenntnisse und das Bewußtsein, unerwünscht zu sein, zu Mißverständnissen und Abkapselung führen. Die Türken aber, die aufgeschlossen für Kontakte sind, suchen oft vergeblich nach deutschen Freunden. Junge Deutsche dagegen, die ohne Vorurteile sind,

beschäftigen sich oft nur theoretisch mit der Sache: sie möchten wir auffordern, im Verein oder anderen Jugendzentren, sich persönlich mit den gleichaltrigen Tür-

ken auseinanderzusetzen.

Die Mitglieder der Info-Gruppe sehen ihre Aufgabe darin, über die Lage der ausländischen Arbeitnehmerfamilien zu informieren, über die Türkei und die Bundesrepublik. Wir wollen konkrete Mißstände ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken, politische Entscheidungen bewirken, strittige Fragen in Veranstaltungen diskutieren und ein Archiv zum Thema aufbauen. Praktische Hilfe in Einzelfällen leistet die Behördengruppe, ohne die Dinge, die zu mehr oder weniger typischen Schwierigkeiten geführt hatten, gleich an die große Glocke zu hängen.

Und schließlich die Gruppe Kultur und Veranstaltungen: ihre Mitglieder können sich nicht beklagen über Mangel an Ideen und Projekten. Filme und Theater, Musik und Lesungen, Ausstellungen und Strassenfeste – die "Gastarbeiterkultur" in der Bundesrepublik ist mittlerweile so umfangreich, daß kulturelle Kontakte äußerst vielseitig, anregend und unterhaltsam sein werden.

Wir alle sind nicht bereit, die Unvernunft und Unmenschlichkeit im Verhält-

**DEUTSCH - TÜRKISCHER VEREIN**

einen wird durch die Selbstdarstellungen nicht deutlich. Das Wirken beider Vereine ist eingeschränkt. Die schweigende Masse in beiden Nationalitäten sieht sich von den beiden Gruppierungen nicht vertreten. Diese Einschätzung ist nicht als eine Feststellung zu verstehen, die die Arbeit der beiden Gruppen abwerten soll. Sie dient dazu, die Wirkungskraft nicht zu überschätzen.

nis zwischen Türken und Deutschen hinzunehmen. Wir tun etwas – wer dabei sein möchte, aktiv oder als förderndes Mitglied (monatlicher Mindestbeitrag DM 5, Schüler zahlen nichts, wende sich bitte an unsere Vorsitzenden:

Nezihi Özer  
Robert-Koch-Str. 30  
Tel. 2 87 76                      und  
Gabriele Karbe  
Beisinger Weg 65  
Tel. 1 22 87



»He, Kümmeltürk, da liegt noch Dreck!«

Als Türkischer Arbeiterverein betrachten wir es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, über die Probleme der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien hier in der Bundesrepublik zu informieren (z.B. Wohnungs-, Schul- und Arbeitsplatzprobleme oder Ausländerfeindlichkeit) und bei der Bewältigung aktiv mitzuarbeiten; ebenso sehen wir es als wichtige Aufgabe an, Gelegenheiten zur Darstellung unserer Kultur zu schaffen.

Wir erleben gegenwärtig, daß die Probleme der ausländischen Arbeiter eher größer werden (z.B. der geplante Abbau der Familienzusammenführung), wir erleben auch, daß der zunehmende Problemdruck genutzt wird, um in Teilen der deutschen Bevölkerung ausländerfeindliche Tendenzen zu schüren. Deutsche und türkische Bevölkerung laufen Gefahr, sich zunehmend voneinander zu entfremden; Vorurteile – bei beiden Nationalitäten – prägen das gegenseitige Verhältnis.

Wir meinen, die Probleme können nur gelöst werden, wenn deutsche und türkische Kollegen gemeinsam und solidarisch daran arbeiten. Das betrifft nicht nur die Zusammenarbeit, das Zusammenhalten am Arbeitsplatz, genauso wichtig ist es unserer Meinung nach, wenn sich Vereine, Parteien, Jugendorganisationen, Gewerkschaftsgruppen usw. für die Lösung der Probleme im Wohnbe-

reich, im Schul- und Ausbildungsbereich einsetzen.

Das Wohnungsproblem ist kein türkisches Problem. Von Sanierungsmaßnahmen, Mieterhöhungen und ähnlichem sind alle Mieter betroffen. Das Ausbildungsproblem ist auch kein nationalitätsspezifisches Problem. Es trifft deutsch und türkische Jugendli-

che gleichermaßen, wenn Ausbildungsplätze fehlen. Solche Beispiele lassen sich sicherlich fortsetzen.

Solidarische Arbeit deutscher und ausländischer Kollegen – so wollen wir unseren Brief zusammenfassen.

Laßt uns zusammen die Probleme diskutieren. Wir laden Euch ein, kommt zu uns, besucht das Türkische Zentrum an der Marienstr. in R'hausen-Süd.

# RTID

Um einen Einstieg in die besondere Problematik der ausländischen, insbesondere der großen Gruppe türkischer Frauen bei uns zu geben, veröffentlichen wir an dieser Stelle einen gekürzten Erfahrungsbericht einer Kurdin, die seit 10 Jahren in der BRD lebt. Der Bericht erschien im "Kölner Volksblatt" im April diesen Jahres. In unserer nächsten Ausgabe wird ein Bericht über deutsch-türkische Frauengruppen hier im Kreis folgen.

# FRAUEN

## -erfahrungsbericht einer kurdin

Sie sprechen kaum deutsch – ihre kleinen Söhne dolmetschen für sie, sie gehen eingehüllt in ihre Kopftücher, auch wenn es brütend heiß ist; sie lieben die bunten Farben und billigen Stoffe, die es auf dem Markt gibt – Türkinnen, sie gehören zu unserem Alltag. Dennoch kommen wir kaum mit ihnen in Berührung.

### Die Auswanderung

Mit 400 Menschen sind wir mit dem Flugzeug nach München geflogen. Wir sind hingekommen, das fremde Land, andere Sprache, andere Haare, andere Gesichter. Viele Frauen haben sich schlecht gefühlt, viele haben ihre Kinder, ihre Männer, Verlobte in der Türkei gelassen. Wir haben in einem Saale Essen bekommen, die meisten konnten gar nichts essen. Dann mußten alle in verschiedene Richtungen. Ich mit vier Frauen nach Juist an der Nordsee. Die ganze Nacht im Zug, fremde Leute. Wir kannten nicht ihre Art, zum Beispiel bei uns, im Zug oder Bus, wenn du isst, fragst du die anderen, ob sie auch wollen. Die Deutschen haben gegessen und uns nicht gefragt. Wie haben gedacht, vielleicht sind wir schlecht, daß sie uns nichts geben. Da habe ich mich noch schlechter gefühlt. Jetzt kenne ich die deutsche Mentalität, jetzt weiß ich, daß sie nichts geben. Das wußte ich aber damals nicht.

Ich habe in Juist in einem Hotel in der Küche gearbeitet. Über 10 Stunden Arbeit, ohne freien Tag, ohne Samstag, ohne Sonntag. Ich habe 400 DM im Monat verdient. 5 Monate war ich da, dann war der Vertrag abgelaufen. Er galt nur für die Touristensaison. Ich bin nach Köln zu Verwandten. Gearbeitet habe ich in Gaststätten – im Krankenhaus geputzt, 3 Jahre lang. Jetzt bin ich in einer Fabrik.

### Die Fabrik

Die Arbeit jetzt ist nicht gut. 100 Frauen arbeiten Akkord. Über 90 % Ausländer, 50 % Türken, 30 % Griechen und 20 % Portugiesen. Der Akkord ist immer schwerer zu schaffen. Viele Frauen haben die Nerven kaputt, sie bekommen ihre Tage unregelmäßig. Für die Frauen ist das sehr schwer hier, sie verstehen die Sprache nicht. Aber zwischen uns gibt's keinen Krach, trotz Akkord. Das ist das Schönste. Wie halten zusammen, deshalb sind auch 80 % von den Frauen in der Gewerkschaft. Beim Warnstreik letzten Jahres kam der größte Teil von Frauen von uns. Die

sind nicht so, daß sie sagen: "Nein, wir machen nicht mit!" Die wissen, daß es hilft, zusammenzuhalten, man muß eine Einheit sein.

Aber bei der Arbeit ist es schwer, zusam-

men Kontakt zu kriegen. Wir fangen um 7 Uhr an, eine halbe Stunde Pause zum Mittagessen und 3 mal am Tag 10 Minuten Pause. Die 10-Minuten-Pause macht fast keine, wir arbeiten weiter, sonst schaffen wir den Akkord nicht. Die Firma hat soviel Akkord gegeben und sie geben immer mehr. Der Krankenstand ist hoch. Die Frauen schaffen es oft nicht mehr. Wenn sie nach der Arbeit nach Hause kommen, kümmern sie sich um die Kinder,



»Was heißt denn überbelegt. Wissen Sie, mit wieviel Mann wir in Gefangenschaft auf einer Bude gehaust haben?«

Haushalt, alles. Bei vielen arbeiten die Männer Schicht bei Ford, wenn die Männer Spät- oder Nachtschicht haben, sehen die Frauen ihre Männer fast gar nicht mehr. Die Männer helfen nicht zu Hause, die Frauen müssen alles alleine machen. Die meisten Frauen denken auch, die Männer gehören nicht in die Küche, die gehören ins Wohnzimmer, ins Lokal, in die Wirtschaft.

#### In Deutschland

Viele schicken auch hier in Deutschland ihre Kinder in die Koranschule von 6 bis 14 Jahren.

Die Kinder lernen da nichts Gutes, keine Menschlichkeit. Den Kindern wird Kopf vergiftet. Sie sehen dann auch deutsche Kinder mit den Augen 'die sind schlecht und kommen in die Hölle'.

Sie können nur schwer Freunde werden. Die Ausländerfeindlichkeit wird hier immer schlimmer. Sie ist sowieso immer schlimmer geworden. Ich werde oft beim Einkaufen und in der Straßenbahn angerempelt und beschimpft. Die Leute denken, wir nehmen ihnen den Arbeitsplatz weg. Aber die Arbeitslosigkeit kommt nicht von uns. Die Konzerne wollen noch mehr

Geld haben, dann nehmen sie statt Leute Computer, rationalisieren. Aber auf der einen Seite gibt es Akkord, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit ist genug Arbeit für alle da. Die Konzerne haben uns eingekauft, sie haben uns arbeiten lassen, sie haben unsere Kraft genommen. Jetzt sind wir fertig. Uns geht's genau wie deutschen Arbeitern, wie deutschen Frauen. Deutsche Frauen haben auch keine Freiheit.

Jetzt lebe ich seit 10 Jahren hier. Vor sechs Jahren ist unsere Tochter geboren. Morgens stehe ich früh auf, arbeite schwer. Abends habe ich oft Gewerkschaftstermine, oder Treffen mit einer türkischen Frauengruppe. Aber mir geht es besser als wenn ich im Dorf geblieben wäre. Ich habe so viel gelernt. Ich weiß jetzt, daß die Menschen ausgebeutet werden, daß die Probleme gleich sind, auch wenn die Sprache anders ist. Ich habe gelernt, mit anderen zusammenzuhalten, Solidarität. Deshalb lebe ich jetzt gern.

Wenn mitten in der Nacht ein Anruf kommt von Freunden, kann ich gern aufstehen und das machen, was notwendig ist. Wenn man unbewußt ist, kann man nicht zusammenhalten, ob hier oder im Dorf. Dann geht alles nur mit Zank und Streit. Die Kraft, Energie ist da, aber sie hat keine Richtung, keine Ausdauer.

Jetzt denke ich nicht mehr nur an mich. Ich weiß, daß mein Glück und meine Zukunft nicht losgelöst von anderen Menschen ist. Allein kann ich nicht mein Leben, meine Zukunft ändern. Ich muß mit anderen Arbeitern zusammen kämpfen, türkischen und deutschen, eine Einheit sein.

Wenn wir jetzt in die Türkei zurückgingen, wäre ich arbeitslos. Wir wollen auch nicht unter der Militärdiktatur leben. Wir wollen Demokratie.

In der Türkei wird nach amerikanischem Rezept regiert. Was für eine Demokratie haben wir von Amerika zu erwarten, das nur für die Konzerne handelt? In der Türkei gibt es über 100 amerikanische Stützpunkte.

Nächstes Jahr muß mein Mann zum Militärdienst in die Türkei, wenn er sein Ingenieurstudium fertig hat. Mit 22.000 DM könnte er sich freikaufen. Dieses Geld geht direkt in die Nato, davon werden Waffen gekauft. Ich habe jahrelang für sein Studium gearbeitet, ich will nicht für dieses Lösegeld arbeiten. Wir wissen nicht, was wir machen sollen. Ich kenne arme Leute, die hier jahrelang dafür gearbeitet haben, damit einer nicht zum Militär gehen mußte. Das ist Demokratie.

Mein Mann hat den Staat nichts gekostet, seine Mutter hat ihn im Dorf geboren; bis er hier in Deutschland war, hat ihn nie ein Arzt untersucht. Ich habe für sein Studium gearbeitet, der Staat hat nichts für ihn gegeben. Und jetzt wollen sie 22.000 DM!

Das ist Demokratie ...

# Koranschulen

Die Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Türken nur mit der Ausländerfeindlichkeit eines großen Teils der deutschen Bevölkerung zu beschreiben, heißt die Medaille nur von einer Seite betrachten. Das Akzeptieren nur der eigenen Kultur, die Zentriertheit auf die eigene ethnische Gruppe, Angst vor Fremden, rassistisches und faschistisches Gedankengut gibt es hier wie dort.

Türkische, rechtsextreme militante Gruppen wie die "Grauen Wölfe" treten in Recklinghausen bisher nicht offen auf. Doch in den sogenannten Koranschulen wird ein bestimmtes Gedankengut, versteckt hinter religiösem und nationalen Fanatismus, vermittelt. Eine Auswahl aus dem "Lehrplan" der Recklinghäuser Koranschule an der Dortmunder Str. 170, die eine Zweigstelle des Islamischen Kulturvereins ist, dem Mitglieder der "Grauen Wölfe" angehören, soll dies verdeutlichen.

sind für Mädchen absolut verboten.

Erstauslich ist die Zahl der Koranschulen in der Bundesrepublik: sie ist größer als in der Türkei. Und: Die große Anzahl von Koranlehrern mit dem oben genannten "Lehrplan" sind auch unter dem jetzigen Militärregime nicht zugelassen. Daraus erklärt sich auch, daß in der Türkei das Straßenbild keineswegs von kopftuchtragenden mit Rock und Hose bekleideten Frauen geprägt wird.

Die Ursprünge der Kulturvereine liegen in der Türkei. Die Partei MHP mit ihrem "Führer" (selbstgewählte Bezeichnung) Alparslan Türkeş, wurde 1976 verboten. Ihre Anhänger in Deutschland organisierten sich in den Kulturvereinen. Der Hitler-Verehrer Türkeş sieht sich als "Eroberer Europas", in dem unter seiner Herrschaft der Islam verwirklicht wird.

Die Kulturvereine veranstalten auch Großveranstaltungen, auf denen ihre Vertreter geschickt religiöse und politische Themen verbinden, und versuchen den nationalen und religiösen Fanatismus anzuheizen. Dies geschah zum Beispiel in Recklinghausen 1979 in der Vestlandhalle.

Von der Verwirklichung der Aufforderungen Türkeş gegen die Feinde "bis zum letzten Blutstropfen" zu kämpfen und "Bringt die um, die die Mitgliedschaft in der MHP aufkündigen" (1977) wurden wir in Recklinghausen (hoffentlich auch weiterhin) verschont. Doch neben den Greueln in der Türkei gehen auch in der Bundesrepublik Gewalttaten wie das Zusammenschlagen von Gewerkschaftlern und sogar ein Mord auf das Konto der "Grauen Wölfe", deren Mitglieder- und Anhängerzahl in der BRD auf 40-50.000 geschätzt werden.

- \* Der islamische Glaube wird die gesamte Welt erobern
- \* Das türkische Volk ist heldenhaft und allen anderen Völkern überlegen
- \* Türkische Kinder dürfen nicht mit deutschen Kindern Freundschaft schließen, da diese Christen sind, Schweinefleisch essen, tanzen gehen und keine Kopftücher tragen
- \* Man darf kein Fleisch beim deutschen Metzger kaufen, da dort Rind- und Hammelfleisch mit dem gleichen Messer wie das verbotene Schweinefleisch geschnitten wird
- \* Frauen dürfen dem Mann nicht widersprechen
- \* Frauen müssen auf der Straße hinter dem Mann gehen, da sie ihm gegenüber minderwertig sind
- \* Frauen dürfen sich nicht am gleichen Ort aufhalten wie Männer, Mädchen und Jungen dürfen nicht zusammen auf einer Bank sitzen. Für Mädchen ist der Schulbesuch sowie das Lernen der türkischen und deutschen Schrift nicht angebracht
- \* Mädchen und Frauen müssen Kopftücher und zum Rock zusätzlich lange Hosen tragen
- \* Schwimmen, Sport, Ballspiele und Tanzen



.. ..

Kapansın el kapıları, bir daha açılmasın,  
yok edin insanın insana kulluğunu!

Bu davet bizim.

Yaşamak: Bir ağaç gibi tek ve hür  
ve bir orman gibi kardeşesine,  
bu hasret bizim!"

Nazım Hikmet

.. ..

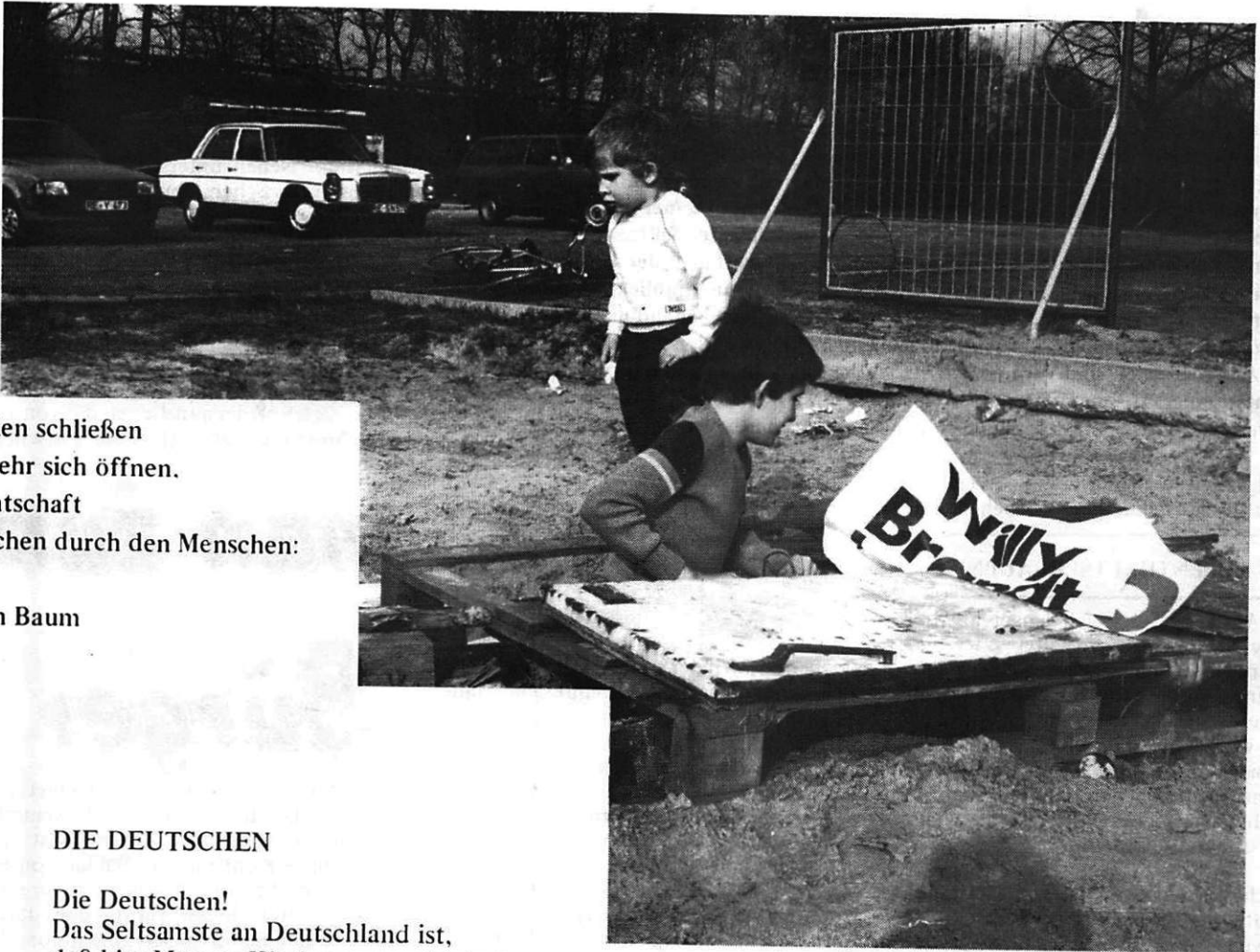
Die Werktoere der Fremden  
und  
mithin abzuschaffen die

des

das ist unsere Einladung.

Leben! Einzeln und frei wie  
und brüderlich wie ein Wald,  
ist unsere Sehnsucht."





sollen schließen  
nie mehr sich öffnen.

Knechtschaft  
Menschen durch den Menschen:

ein Baum

## DIE DEUTSCHEN

Die Deutschen!

Das Seltsamste an Deutschland ist,  
daß hier Männer Kinderwagen schieben,  
daß Radios so billig und Teppiche so  
teuer sind  
und daß den ganzen Tag Kirchenglocken  
bimmeln.

In Deutschland dachte ich zu Anfang,  
hier würden den Leuten Hunde geboren  
anstatt Kinder.

Denn sie haben viele Hunde  
und tragen sie auf dem Arm.

Hunde und Katzen

leben wie Könige in Deutschland.

In Deutschland gibt es Leute, die  
haben Geld und sehen trotzdem traurig  
auf die Erde.

Sollen sie doch den Kummer denen  
überlassen,

die kein Geld haben.

Die Deutschen sind pünktlich wie die  
Eisenbahn.

Das kommt daher,

daß sie nur ein Gleis kennen,  
nie vom Weg abgehen,

kein Unkraut, keine Blumen  
in den Seitenwegen pflücken.

Sie fahren immer geradeaus,  
sind pünktlich wie die Eisenbahn  
und nehmen nichts wahr.

Mustapha el Hajaj

.....  
Dayan kitap ile,

Dayan iş ile.

Tırnak ile, diş ile,

Umut ile, sevdâ ile, düş ile

Dayan rüsva etme beni."

Ahmed Arif

.....  
Leiste Widerstand mit Buch,

leiste Widerstand mit Arbeit,

mit Nagel, mit Zahn,

mit Hoffnung, mit Liebe, mit Traum.

Leiste Widerstand,

nur – stelle mich nicht bloß."

# Ausländerrecht

Das am 28.4.65 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Ausländergesetz (AusG) löste die bis dahin gültige Ausländerpolizeiverordnung ab, die aus der NS-Zeit stammte und nicht mehr mit den Grundsätzen der BRD-Verfassung übereinstimmte.

Charakteristisch für das Ausländergesetz, das sich aufgrund seiner unklaren Rechtsbegriffe praktisch für jegliche Form der Ausländerpolitik einsetzen läßt, sind die großen Ermessungsspielräume der Ausländerbehörden, die die Betroffenen der Willkür oder Verständnislosigkeit einzelner Verwaltungsbeamte ausliefern. In Hinblick auf deren rechtliche und soziale Diskriminierung ist der Grundsatz der Gleichbehandlung nach Artikel 3 des Grundgesetzes im Falle der Ausländer nicht mehr gewährleistet; dort heißt es nämlich: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", und "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden".

Im folgenden wollen wir einige zentrale Punkte des Ausländergesetzes behandeln.

## 1. DIE AUFENTHALTSERLAUBNIS

Jeder Ausländer, der sich länger als drei Monate in der BRD aufhalten oder hier eine Erwerbstätigkeit ausüben will, benötigt eine Aufenthaltserlaubnis, die von den deutschen Konsulaten im Ausland erteilt wird. Hierauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch; die Erteilung des Visums steht im Ermessen der Behörden und ist ausschließlich an der "Interessenlage der BRD" orientiert.

Nach § 2 Absatz 1 des AusG "darf die Aufenthaltserlaubnis . . . erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt". Welche die "Belange" der BRD sind und unter welchen Umständen eine solche Beeinträchtigung anzunehmen ist, wird im Gesetz allerdings nicht gesagt. In der Ausführungsvorschrift zum AusG heißt es dazu: Die Entscheidung für oder gegen die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung soll unter Berücksichtigung aller "einschlägigen Gesichtspunkte" erfolgen. Hierbei sind "außer Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, . . . insbesondere auch Gründe politischer und wirtschaftlicher Art sowie die Belange des Arbeitsmarktes zu beachten". Selbst wenn die Belange der BRD nicht berührt werden, aber durch die Anwesenheit des Ausländers als "gefährdet" erscheinen, muß die Aufenthaltserlaubnis versagt werden. In der Vergangenheit konnte – wie Fälle aus der Praxis beweisen – schon allein der Antrag auf Einbürgerung, weil dieser auf die Absicht zur Niederlassung schließen läßt, staatliche Belange ("Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland") beeinträchtigen und zur Ablehnung einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis führen.

Die restriktive Handhabung der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis wird besonders in der Regelung des Familiennachzuges deutlich: Zwar können Familienangehörige von Ausländern, *gemeint* sind

Ehepartner und Kinder unter 16 Jahren, ohne Sichtvermerk in die BRD einreisen – falls sie nicht beabsichtigen zu arbeiten – sie erhalten aber erst dann eine Aufenthaltserlaubnis, wenn der Nachweis einer "angemessenen" Wohnung und gesicherter wirtschaftlicher Verhältnisse erbracht worden ist. Obwohl diese Regelung an sich plausibel erscheint, so erweist sich gerade der Wohnungsnachweis (die Wohnung muß den durchschnittlichen Anforderungen vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer entsprechen) angesichts der schlechten, für Ausländer noch ver-



scharften Lage auf dem Wohnungsmarkt als äußerst problematisch. Damit wird der Nachweis einer, gemessen an deutschen Normen "ausreichenden" Wohnung, gekoppelt mit dem vorläufigen Arbeitsverbot für die Ehefrau, zum administrativen Mittel für die Beschränkung des Familiennachzuges. (Nach Familienzusammenführung schreit der bundesdeutsche Politiker eh nur, wenns um Familien in den ehemaligen "deutschen Ostgebieten" geht).

Bei der Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung sind, wie

schon aus den wenigen oben zitierten Textbeispielen hervorgeht, dem Ermessen der Behörden keinerlei Grenzen gesetzt; dies führt, was den Ausländer betrifft, zu einer kaum tragbaren Rechtsunsicherheit. Neben unterschiedlichen Ausfassungen zwischen den einzelnen Bundesländern (die restriktivste Auslegung dürfte derzeit Berlin unter Innensenator Lummer praktizieren), ja sogar zwischen den Ausländerbehörden innerhalb eines Bundeslandes, was die Auslegung so unbestimmter Begriffe wie "erhebliche Belange" angeht, ist auch die Praxis der lokalen Behörden keineswegs einheitlich. Trotz dieser Widersprüche ist die von einem Ausländeramt getroffene Entschei-

## Wie man zum Bürger

dung für das gesamte Bundesgebiet verbindlich. Da der § 2 des AusG keinerlei "Tatbestandsmerkmale" enthält, ist eine gerichtliche Kontrolle der Willkür von Behördenentscheidungen kaum zu verwirklichen. Unter diesen Umständen dürfte die Feststellung eines Kommentators des Ausländergesetzes wohl zutreffen, daß die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis in der

BRD "dicht an den Rand eines Gnadenaktes" gerückt sei.

## 2. AUFLAGEN UND BESCHRÄNKUNGEN DER AUFENTHALTSERLAUBNIS

Im krassen Widerspruch zur Liberalisierung des Fremdenrechts steht auch folgender Passus im Ausländergesetz: "Die Aufenthaltserlaubnis kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden" und "Die Aufenthaltserlaubnis kann nachträglich räumlich und zeitlich beschränkt so-



wie mit Bedingungen und Auflagen versehen werden". (§ 7, Abs. 3 und 4 des AuslG).

Wiederum ist über Art und Voraussetzungen für solche "Vorsichtsmaßnahmen" nichts ausgesagt; es bleibt den Behörden überlassen, über deren Notwendigkeit zu entscheiden. In der Ausführungsvorschrift heißt es dazu lediglich: "Auflagen oder Bedingungen zur Aufenthaltserlaubnis können verfügt werden, wenn dies zur Wahrung öffentlicher Interessen geboten erscheint". Zulässige Auflagen oder Bedingungen sind u.a.: Das Verbot einer Erwerbstätigkeit (dies soll in der Regel bei Studenten verfügt werden); das Verbot einer bestimmten Erwerbstätigkeit (z.B. Ausübung eines Gewerbes); die Bindung der Aufenthaltserlaubnis an den Bestand eines individuellen Arbeitsvertrages (dies betrifft speziell angeworbene Arbeitskräfte); das Gebot, eine Kaution für die Kosten der Heimreise be-

aufenthaltsrechtlichen Nebenbestimmung gilt unter Juristen (nach Art 2 I des GG) als verfassungswidrig, weil nur die Arbeitsämter, nicht aber die Ausländerbehörden zur Steuerung des Arbeitsmarktes befugt sind.

### 3. DIE POLITISCHE BETÄTIGUNG VON AUSLÄNDERN

Auch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, das vom Grundgesetz her auch Ausländern zugestanden wird, ist durch das Ausländergesetz aufgehoben worden. Im Gesetz heißt es: "Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche

Belange, am politischen Entscheidungsprozeß mitzuwirken. Ihre Interessenvertretung (Ausländerbeiräte, Ausländerparlamente etc) sind – beschränkt auf lediglich beratenden Status – politisch machtlos und dürften eher eine Ventil- und Alibi-funktion erfüllen.

### 4. DIE AUSWEISUNG

Besonders aktuell wird die Frage nach dem Rechtsschutz des Ausländers in der BRD angesichts der Tatsache, daß nach § 10 des AuslG praktisch unter jeder Voraussetzung eine Ausweisung verfügt werden kann. Folgende Ausweisungsgründe sind in § 10 aufgeführt: Gefährdung der Grundordnung oder Sicherheit der BRD; Straffälligkeit; Anstaltsunterbringung oder Fürsorgeerziehung; Verstöße gegen das Steuerrecht, Arbeitserlaubnis- und Aufenthaltsrecht; Täuschung einer Behörde; Betteln; Prostitution und Landstreichertum; Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder Sittlichkeit; Inanspruchnahme der Sozialhilfe und wenn die Anwesenheit des Ausländers "erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt".

Die Möglichkeiten, gegen § 10 AuslG zu verstoßen, sind täglich gegeben. Selbst Bagatelldelikte, wie die Verletzung der Meldevorschriften oder kleinste Verkehrsdelikte, aber auch die nicht nur vorübergehende Inanspruchnahme von Sozialhilfe können schon zur Ausweisung führen. Der Grundsatz von der "Verhältnismäßigkeit der Mittel", d.h. ein so schwerwiegender Eingriff wie die Ausweisung muß zu ihrem Anlaß in angemessenem Verhältnis stehen, findet in der Praxis vielfach kaum Beachtung.

## 2. Klasse wird!

ziehungsweise "einer etwa erforderlichen Abschiebung" zu hinterlegen und die vorübergehende räumliche Beschränkung des Aufenthaltsgebietes.

Rechtliche Bedenken werden vor allem dagegen erhoben, daß jede Aufenthaltserlaubnis "mit Bedingungen und Auflagen versehen werden kann", ohne daß im Gesetz Näheres über Art und Voraussetzungen solcher Maßregelungen ausgesagt ist. Auch die Bestimmung, nach welcher die Behörde ermächtigt ist, eine schon (uneingeschränkt) erteilte Aufenthaltserlaubnis nachträglich räumlich oder zeitlich einzuschränken, läßt sich kaum mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit vereinbaren.

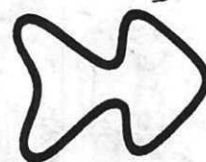
Besonders nachteilig für ausländische Arbeiter in der BRD ist die Ermächtigung der Behörden, die Aufenthaltserlaubnis mit dem Arbeitsvertrag zu verbinden. Diese Regelung, die dazu führt, daß der Ausländer bei einem Wechsel seines Arbeitsplatzes oder bei Kündigung seine Aufenthaltserlaubnis verliert, liefert ihn der Willkür und der uneingeschränkten Ausbeutung durch das BRD-Kapital aus. Diese

Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern" (§ 6 Abs. 2).

Was die politische Betätigung betrifft, so gelten – laut Verwaltungsvorschrift – für Ausländer und Deutsche verschiedene Maßstäbe: "Aus dem auch für Ausländer geltenden Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 GG) kann kein Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung hergeleitet werden, da sich die Begriffe der freien Meinungsäußerung und der politischen Tätigkeit nicht decken". So einfach ist das.

Wiederum erscheint die Generalklausel "erhebliche Belange", die hier in erster Linie die guten Beziehungen der BRD zu anderen Staaten betreffen. Kritik zum Beispiel an der terroristischen Militärjunta in der Türkei kann schon die "erheblichen Belange" der BRD gefährden und zu repressiven Maßnahmen von Seiten der Ausländerbehörden gegenüber den Ausländern führen.

Ausländer besitzen übrigens auch kein Wahlrecht, sie haben damit keine Mög-



Fortsetzung nächste Seite

Selbst die des öfteren erhobene Forderung nach einer gründlichen Information der Ausländer im Bezug auf ihre Einspruchsmöglichkeiten gegen ausländerbehördliche Entscheidungen nutzt hier wenig, solange die zwangsweise Abschiebung sofort vollzogen werden kann. Denn nach § 13 AuslG soll die Abschiebung zwar "schriftlich angedroht" und "eine Frist bestimmt" werden, aber: "Von der Androhung und Fristsetzung . . . kann abgesehen werden, wenn dies durch besondere Gründe gerechtfertigt ist."

Von dieser Maßnahme betroffen sind u.a. jene illegalen ausländischen Arbeiter, die im Zuge polizeilicher Razzien bei sogenannten "Nacht- und Nebelaktionen" in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Besonders problematisch ist jedoch die Abschiebung jener Ausländer, die bei der Rückkehr in ihre Heimat schwere bzw. schwerste Strafen zu erwarten haben. Zu den auf solche Weise geahndeten "Verbrechen" zählt die Verweigerung des Wehrdienstes ebenso wie die Beteiligung an politischen Aktivitäten, die gegen das dort herrschende Regime gerichtet sind (So muß derzeit die gesamte türkische Linke in der BRD damit rechnen, bei der Ausweisung in die Türkei zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt zu werden). Obwohl § 14 AuslG die Abschiebung in einen Staat, in dem "das Leben" oder die "Freiheit" des Ausländers "wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist", untersagt, ist die Einhaltung dieser Bestimmung – wie auch neuere Fälle beweisen – von seiten der Behörden nicht immer garantiert. Vor allem kann nicht jeder Beamtenhäuptling begreifen, daß gerade im Nato-Land Türkei die "Freiheit" bedroht wird, wo wir doch alle gegen die "rote Gefahr" kämpfen.

# Biologistische Suche nach de

Verschiedene Gruppen, wie in Recklinghausen die "Aktion Ausländerstopp" der NPD und die Nationalrevolutionäre "Sache des Volkes" sowie Einzelpersonen, traten in den letzten Monaten verstärkt mit rassistischen Parolen auf. Die Zeitungen berichten über Bombenanschläge auf Wohnheime von Asylanten.

Der Zeitpunkt für Ausländerhetze ist den rechtsextremen Gruppen günstig. Dies hat mehrere Ursachen. Scheinbar wissenschaftliche Belege für bewertbare Rassenunterschiede haben in bestimmten politischen Situationen immer wieder größere Verbreitung ge-

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchte GALTON nachzuweisen, daß es zwischen Rassen angeborene Intelligenzunterschiede gibt. Genau wie bei späteren Versuchen anderer, schloß auch er von den feststellbaren Unterschieden in den Testergebnissen auf eine genetische Anlage dieser Unterschiede – ohne sie belegen zu können.

In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts entwickelte sich in Deutschland eine eigene Rassenpsychologie. Dieser "Wissenschaft" ging es nicht um meßbare Unterschiede zwischen verschiedenen Rassen, vielmehr um den prinzipiellen Nachweis der rassistischen und erblichen Bedingtheit des Seelischen. Sie hatte daher einen starken Zusammenhang mit der Erbpsychologie. Von der genetischen Festgelegtheit des Seelischen gehen beide aus.

Mit dem Ende der Nazi-Herrschaft endete in Deutschland wie auch in den USA

die Beschäftigung mit Rassenfragen aus der psychologischen Sicht. Ein Weitertragen der Gedanken der Rassenpsychologie erfolgte jedoch z.B. durch die "Deutsche Gesellschaft für Anthropologie" bis heute.

Mit JENSEN und EYSENCK Ende der 60er Jahre lebte der Rassismus in der Psychologie erneut auf. Die Auseinandersetzung "Intelligenz – erworben oder ererbt?" wurde auch in Publikumsmedien aufgegriffen. – JENSEN will den 60 - 80%igen Erbanteil an der Intelligenz nachgewiesen haben. Er geht davon aus, daß in der Industriegesellschaft die genetisch besser Geeigneten überleben – die Auslese ist für ihn daher der entscheidende Faktor für die menschliche Evolution. Seine Untersuchung ist sowohl theoretisch als auch datenmäßig stark kritisiert worden. Auch bei Jensen ist, wie bei den Rassepsychologen, ein Zusammenhang zur politischen Situation zu sehen: Seine Thesen kamen gerade in dem Moment in die Öffentlichkeit, als in den USA die kompensatorischen Erziehungsprogramme als gescheitert betrachtet wurden. Im richtigen Moment waren die "wissenschaftlichen Belege" zur Hand.

Eine große Öffentlichkeit hat in Deutschland auch LORENZ gefunden. Der "Gänsevater" hat in seinen Schriften eine ausgeprägte Kontinuität bewiesen: Seine Theorien über den "genetischen Verfall" trägt er seit 45 Jahren vor. 1936 in seiner Doktorarbeit: "Nur ein rassistisch wertvoller Mensch hat innerhalb der Gemeinschaft eine Daseinsberechtigung. Ein wegen seiner Minderwertigkeit nutzloser, ja schädlicher Mensch ist dagegen auszuscheiden. . . . Ob das Volk für eine Ausscheidung des Minderwertigen durch Tötung bereits Verständnis aufbringen vermag, mag dahingestellt bleiben." 1973 in "Die acht Todsünden der Menschheit": "Zweifelloso droht uns durch den Verfall genetisch verankerten sozialen Verhaltens die Apokalypse, und zwar in einer



»Jetzt stehe ich zwei Stunden hier und schaue diesen faulen Säcken von Gastarbeitern zu.«

# Des Denken und die im Sündenbock



besonders gräßlichen Form." Aus seinen Erläuterungen anhand jugendlicher Verhaltensweisen zieht er zwar keine Schlußfolgerung, aber sie ist zwingend: Minderwertige müssen an der Fortpflanzung gehindert werden.

Verschiedene Teile des biologistischen, rassistischen Denkens finden sich bei den verschiedensten Gruppen (siehe Kasten). Hier findet ein Brückenschlag in viele gesellschaftliche Bereiche hinein statt.

Nach der neuesten Untersuchung des Infas-Institutes (Dezember 1981) zur Einstellung der Bundesbürger zu Ausländern wurden 49 Prozent der Bundesbürger als mehr oder weniger ausländerfeindlich eingestuft, 22 Prozent als distanziert und 29 Prozent als ausländerfreundlich. Das Meinungsbild ist sehr viel stärker gefühlsmäßig als von wirklicher Sachkenntnis geprägt.

Da die Meinung von Vorurteilen getragen wird, muß es ein dahinter stehendes Motiv für die Feindlichkeit geben. Daher können mehr Sachinformationen diese Meinung nur schwer beeinflussen.

Die wirtschaftliche Situation ist für

funden. Aus diesem pseudowissenschaftlichen Fundus schöpfen Rechtsextreme ihre "Argumente". Doch auch außerhalb dieser Gruppe haben die Thesen "Die Abwehr von Fremden ist naturbedingt" und "Es ist ein genetischer Verfall zu beobachten" ihre Anhänger und Vertreter aus verschiedensten sozialen und politischen Ecken und bestätigen und verstärken Vorurteile. Hinzu kommt die wirtschaftliche und politische Situation. In dem davon ausgehenden Druck steckt die Gefahr, den Ursprung bestehender Schwierigkeiten Minderheiten zuzuweisen.

einen großen Teil der Bevölkerung durch steigende Preise, jedoch stagnierende Löhne, erheblichen Einschränkungen im sozialen Bereich (Kindergeld, BaföG, Arbeitslosengeld etc.) und durch unsicher gemachte Arbeitsplätze gekennzeichnet. Dadurch entsteht ein ökonomischer Druck. Eine Einstellung mit dem Motto "Da kann man ja doch nichts dran ändern", macht eine wirtschaftliche und po-

sinus-Studie läßt sich vermuten, daß etwa bei der Hälfte der 49 Prozent der als ausländerfeindlich in der Infas-Untersuchung eingestuften Personen ihre Ausländerfeindlichkeit ein Teil eines rechtsextremen Weltbildes (z.B. Führerprinzip) ist. Um eine Meinungsänderung bei den überhaupt erreichbaren verschiedenen Gruppen zu erreichen, ist neben Sachinformation zur Situation der aus-

*Auf dem Bundeskongreß der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im Oktober 1981 wird ein familienpolitisches Papier verabschiedet, in dem die Frau erst dann als vollwertig anerkannt wird, wenn sie ihre Mutterpflichten erfüllt hat und in dem die "neue Zeit der Mütterlichkeit" propagiert wird. Dieter E. Zimmer räsonniert in der ZEIT über den "Mythos der Gleichheit" und beschwört uns, "die Ungleichen", am Beispiel der Intelligenz-, Geschlechter- und Rassenunterschiede. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Jürgen Schilling, sieht es als ein "Gebot des Grundgesetzes, den gefährlichen Tendenzen einer Verschmelzung extrem fremder Minderheiten entgegenzuwirken, die das Profil der deutschen Nation nachhaltig verändern, und zu verhindern, daß beide deutschen Staaten schon deswegen nicht mehr zueinander finden, weil sich die Bundesrepublik in eine andere Nation verwandelt" (FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 24.10.1981). Die Zeitschrift ELTERN macht sich Sorgen um unsere Berufswahl: "Aber die Natur prägt mit den Geschlechtshormonen auch das Gehirn. Darum wird es immer Berufe geben, die für das eine oder andere Geschlecht weniger geeignet sind" (Heft 10/81). Anlässlich der Jahrestagung der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." im Oktober 1981 fordern verschiedene Redner die Sterilisation von "Asozialen und Schwachsinnigen", die Abschiebung von Ausländern aus der Bundesrepublik und ein verschärftes Asylrecht, andernfalls das deutsche Volk einem genetischen Chaos entgegen-*

aus: Psychologie heute, Heft März 1982, Seite 56; Mario Damolin

litische Ursachenfindung unmöglich. Äußerer Druck und Unzufriedenheit müssen aber auch begründet werden, und dies geschieht dann über Vorurteile, Sündenböcke für die mißliebige Situation werden gesucht und auch gefunden.

Dieses so erklärbare Meinungspotential darf nicht zu einem großen faschistischen Brei aufgerührt werden. Nach der

ländischen Mitbürger anderes notwendig: Kontakt zu Ausländern, Verlagerung der Diskussion auf wirtschaftliche und politische Zusammenhänge der momentanen Situation, Erarbeitung von Lösungswegen zum Zusammenleben, Versuche neuer Umgangsformen, die es ermöglichen, Ursachen – auch bei sich selbst – zu suchen, ohne Sündenböcke aufzubauen.

Als im August letzten Jahres die Sinus-Studie mit dem Ergebnis erschien, 13 Prozent der Wahlbevölkerung hat ein abgeschlossenes rechtsextrêmes Weltbild, wurde erst heftige Kritik laut. Dies legte sich schnell, und die Untersuchung, die im Auftrag des Bundeskanzleramtes durchgeführt wurde, verschwand in der Versenkung. Dies erklärt sich daraus, daß die Parteien und ihre Politiker, von deren Seite die Kritik kam, kein Interesse haben, daß die Ergebnisse der Sinus-Studie weiter verbreitet werden: Denn diese 13 Prozent der Wahlbevölkerung gaben 1976 ihre Stimmen den Parteien CDU/CSU, SPD und FDP. Die CDU/CSU erhielt bei dieser Wahl 38 Prozent der Stimmen. Rund die Hälfte der Wähler, die nach der Untersuchung ein rechtsextrêmes Weltbild haben (etwa 2,7 Millionen), gaben der CDU/CSU ihre Stimme.

Auf der Grundlage von Intensiv-Interviews und Inhaltsanalysen rechtsextrémer Schriften wurden Fragebögen erstellt. Die Untersucher unterscheiden danach vier Gruppen:

1. Nicht-extremes autoritäres Potential (37% der Wähler)
2. Rechtsextrêmes Einstellungspotential (13 %)
3. Rechtsextrêmes Protest-Potential (6 %)
4. Öko-Rechte (2 %)

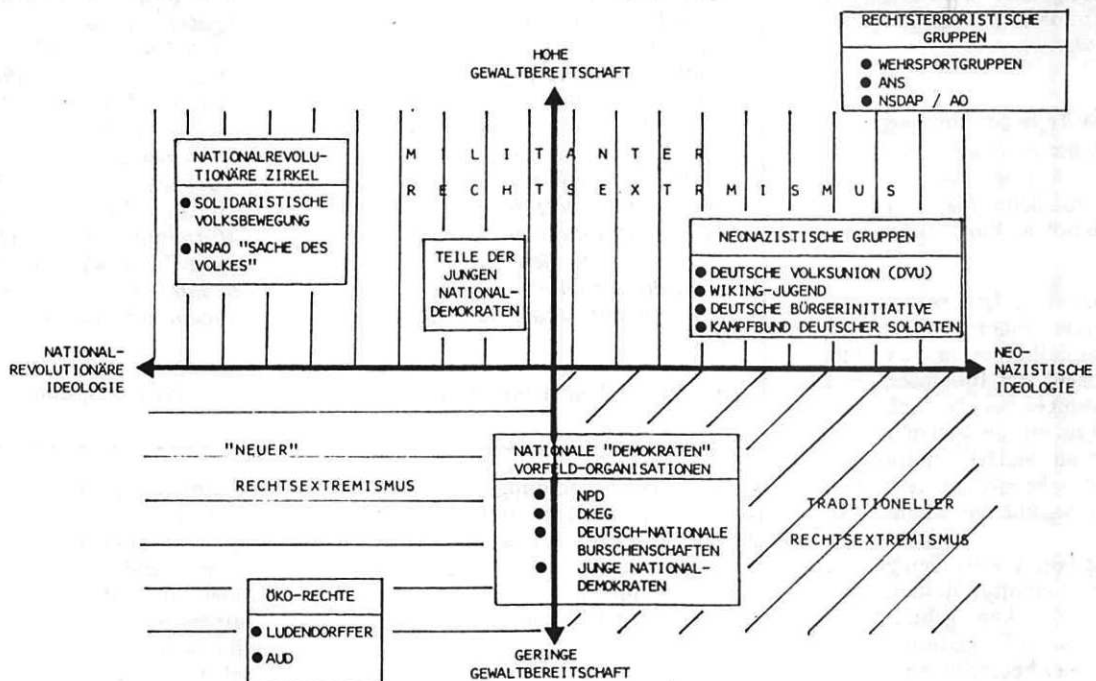
Aus den Interviews und Inhaltsanalysen ergaben sich sieben Hauptthemenbereiche des rechtsextrémen Weltbildes, aus denen hier zwei herausgegriffen sind.

#### “Volk, Vaterland und Heimat”

Dieser Themenbereich hat bei rechtsextrémen Gruppen einen hohen Stellenwert und wird von starken Gefühlen getragen. Bei den Öko-Braunen steht die Bewahrung der Natur im Vordergrund, denn sie gehen von einem naturbestimmten Überlebenskampf der Völker aus. So wird eine “Volksgesundheit” gefordert, die bei den meisten Gruppen auch die “Reinerhaltung von Volk und Rasse” beinhaltet.

**Wir  
sollten  
wieder  
einen  
Führer  
haben...**

RECHTSEXTRÉME POLITISCHE EINSTELLUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
IDEOLOGISCHES SPEKTRUM DES ORGANISIERTEN RECHTSEXTRÉMISMUS



	Bevölkerung	nicht-extremes autoritäres Potential	se st te	nes as	rechtsextrêmes Protest Potential	Öko-Rechte
Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben	v 30 t 43 <u>73</u>	v 38 t 47 <u>85</u>	v 51 t 38 <u>89</u>		v 58 t 31 <u>89</u>	v 51 t 39 <u>90</u>
Wir sollten streng darauf achten, daß wir das Deutschtum rein erhalten und Völkervermischung unterbinden	v 11 t 25 <u>36</u>	v 9 t 27 <u>36</u>	v 37 t 48 <u>85</u>		v 42 t 46 <u>88</u>	v 32 t 42 <u>74</u>
Der Einfluß von Juden und Freimaurern auf unser Land ist auch heute groß	v 6 t 19 <u>25</u>	v 4 t 19 <u>23</u>	v 19 t 42 <u>61</u>		v 22 t 46 <u>68</u>	v 10 t 26 <u>36</u>
Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere Rasse muß rein erhalten werden	v 12 t 27 <u>39</u>	v 11 t 28 <u>39</u>	v 38 t 46 <u>84</u>		v 46 t 42 <u>88</u>	v 40 t 60 <u>100</u>
Es ist für die Volksgesundheit und das Volksganze besser, wenn degeneriertes Leben beseitigt wird	v 5 t 16 <u>21</u>	v 4 t 17 <u>21</u>	v 17 t 38 <u>55</u>		v 21 t 38 <u>59</u>	v 76 t 24 <u>100</u>

v = völlige Zustimmung, t = teilweise Zustimmung in Prozent

### Ethnozentrismus und Rassismus

Die große Bedeutung von "Volk" führt bei den Mitgliedern rechtsextremer Gruppen mit dazu, daß sie stolz sind, Deutsche zu sein, und sie weisen dem Deutschen herausragende Eigenschaften wie Fleiß, Treue, Ordnung, Pflichtbewußtsein zu, die sie anderen Völkern absprechen. Diese Auffassung teilen drei Viertel der Wahlbevölkerung, davon völlig 30 Prozent und teilweise 43 Prozent. Als Kontrast zu diesem "Deutschtum", werden die "Fremdarbeiter" angeführt. Jegliche Integrationsversuche von ausländischen Arbeitnehmern werden abgelehnt. Vielmehr werden Wirtschaftsförderungen der Herkunftsländer gefordert. "Die kulturelle Entwurzelung der Gastarbeiter führt nach Ansicht der Gesprächspartner aus den Öko-Gruppen dazu, daß diese sozial schädliche Verhaltensweisen entwickeln, zu Gewalt, Kriminalität und Abnormitäten neigen und besonders auffällig für Sexualdelikte sind". (S. 45)

Eine höhere Kriminalitätsrate bei Ausländern in der BRD ist eine Tatsachenbehauptung, die manches Mal auch in Überschriften in der lokalen Presse zum Ausdruck kommt. Belegt werden kann diese Behauptung nicht: in Recklinghausen sieht der Türkische Arbeiterverein eine hohe Kriminalitätsrate bei türkischen Jugendlichen. In der Stadt Duisburg liegt diese Rate bei ausländischen Jugendlichen niedriger als bei deutschen.

Von NPD-Anhängern wird die Furcht vor "Übertremdung"

angestachelt durch den Hinweis auf die hohe Geburtenrate bei Ausländern. Sie fordern schärfere gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen.

Gegen ausländische Arbeitnehmer wird polemisiert: 'kommen an's große Geld', 'kriegen Kindergeld auf Kosten deutscher Steuerzahler', 'nehmen Deutschen Arbeitsplätze weg'. Andererseits gibt es von Seiten der Jungen Nationaldemokraten eine "Solidarität der Nationalisten": sie loben die Türken, weil sie sich nicht anpassen wollen. Die Befürwortung von Koranschulen und Kulturzentren sowie Kontakte zu den 'Grauen Wölfen' sind die logische Fortsetzung dieser Einstellung.

Antisemitismus ist bei allen rechtsextremen Gruppen untergründig vorhanden. Von NPD-Mitgliedern und Militanten wird der wieder große Einfluß von Juden in Wirtschaft und Politik bedauert.

Rassistische Vorurteile, die fast zu jeder rechtsextremen Einstellung gehören, werden von einigen Gruppen zwecks größerer Anerkennung vorsichtiger formuliert: festgestellte Rassenunterschiede seien wertfrei ("Neger sind musikalischer"). Zumeist wird auf die Vererbungslehre zurückgegriffen. Unterschiede werden genetisch erklärt. Die Überlegung Darwins "der Stärkere setzt sich durch", wird auf die menschliche Gesellschaft übertragen (hier findet die Wertung als "minderwertig" doch statt).

5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben"; *rororo* aktuell 4929, 139 Seiten, DM 5,80

— Sinus-Studie —

Das „Heidelberger Manifest“

# Von Professoren, Politikern und Neo-Nazis

Folgt man der Logik in der Argumentation der Politiker, die den derzeitigen Abbau der rechtlichen Sicherheit der Ausländer verantworten oder wenigstens befürworten, so müßten die „hier lebenden Ausländer“ dankbar sein für diesen Abbau, da man die Maßnahmen vor allem ergreift, um die drohende Gefahr von Ausländerfeindlichkeit zu bannen. Besonders in Nordrhein-Westfalen, wo die sogenannte „Bürgerinitiative Ausländerstop“ ein Volksbegehren gegen Ausländer anstrengt, wird der Schluß gezogen: „Je mehr Ausländer, desto größerer Ausländerhaß“, um den Ausländern und den bundesdeutschen Institutionen und Personen, die sich besorgt und empört über die Entwicklung äußern, die Restriktionen im Nachhinein schmackhaft zu machen.

Daß diese Maßnahmen allerdings umgekehrt die Ungleichheit zwischen Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik manifestieren und ausbauen und so den Boden für „das was anders“ ist, und im Gefolge davon für Gedanken des Neonazismus bereiten, wird entweder von den oben erwähnten Politikern verdrängt oder in Kauf genommen auf der Jagd vermeintlicher Wählerstimmen – oder es wird gar beabsichtigt.

## Peinliches Versehen

In der bürgerlichen Presseöffentlichkeit ist der Zusammenhang von Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit erstmals ausführlich durch das „Heidelberger Manifest“ diskutiert worden. Wahrscheinlich aufgrund einer peinlichen Zerstreutheit eines Professors, der sich an dem Pamphlet beteiligte oder beteiligen sollte – es wurde in einer Telefonzelle gefunden – wurde der Wortlaut des Textes viel zu früh bekannt und inzwischen auch von mehreren Tageszeitungen veröffentlicht. Inzwischen haben die „Heidelberger

Professoren“ eine Öffentlichkeitsfassung vorgelegt, die von einigen Journalisten als „vernünftig und akzeptabel“ eingestuft wurde – fünf Unterzeichner der Ur-Fassung tauchen nun nicht mehr als Unterzeichner auf. Allerdings, gerade weil die Urfassung bekannt wurde, zeigt sich ganz deutlich, was hinter den gewandelten Formulierungen steht: „Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der ... dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter in unserem Land leben und arbeiten.“ In der Urfassung: Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien...“

## Achse Heidelberg – Berlin

Trotz zugegebenermaßen einigen solchen sprachlichen Abmilderungen, bleiben genügend Formulierungen und Argumentationsstränge, die den Deutschen bekannt vorkommen müssen. Der Öffentlichkeitsfassung ist im übrigen ein Maßnahmenkatalog beigefügt, der im wesentlichen kaum mehr vorschlägt, als aufgrund der jüngsten Ausländerpolitik entweder diskutiert oder aber schon praktiziert wird.

In diesem Zusammenhang sind aber die Verbindungen des Berliner CDU-Innensenators Lummer und Prof. Schmidt-Kaler, einem federführenden Unterzeichner beider Versionen des Heidelberger Manifests, von Interesse. Der Professor ist Leiter des Bochumer Astronomischen Instituts und „Sachverständiger des Heidelberger Kreises“ vom neofaschistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“. Zu erwähnen sind auch gemeinsame Veranstaltungen des Professors mit dem „Rhein-Ruhr-Club e.V.“, dessen Programm den Schluß nahe legt, daß hier eine Nachfolgeorganisation des Düsseldorfer Industrie-

# Flugb

Natürlich bleibt auch Recklinghausen nicht verschont von der Ausländerhetze. Wandparolen und Leserbriefe (insbesondere abgedruckt in der Recklinghäuser Zeitung) dokumentieren dies deutlich.

Die Veröffentlichungen in der Lokalpresse haben meist den gleichen Tenor: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“.

Die verteilten Flugblätter sprechen da meist schon eine deutlichere Sprache. So kann man unter der Überschrift „Die planmäßige Schrumpfung und Überfremdung der Deutschen“ lesen:

*„Jeder Mensch bedarf zu seiner geistig-seelischen Gesunderhaltung einer artverwandten Menschengruppe, die durch Gemeinsamkeit, Lebensraum und Schicksal zum Volk geworden ist. . . . Eine Mischung verschieden veranlagter Völker führt zur Entwurzelung und Heimatlosigkeit der Menschen und schließlich zum kulturellen Verfall. Die Geschichte zeigt auch, daß die Vermischung nicht das ersehnte friedliche Miteinander bringt, sondern Mißverstehen, Streit, Haß und blutige Auseinandersetzungen.“*

Daß es schon mal eine Zeit in unserem Land

klubs besteht, der sich um Hitler verdient gemacht hatte (UZ, 26. Februar 1982). Dieser Schmidt-Kahler also rühmte auf einer Tagung des „Schutzbundes“ im Januar seine Verbindungen zum Innensenator Berlins und seinen Beitrag zur Veränderung der dortigen Ausländerpolitik – Die Berliner Erlasse sind bekanntlich den Bundesländern gegenüber noch restriktiver gefaßt. Herr Lummer hat sich trotz Anfragen bisher weder zu entsprechenden Kontakten zu dem Bochumer Professor bekannt, noch dessen Äußerung dementiert.

## Nazilob für Ausländerpolitik

Der „Schutzbund für das deutsche Volk“, der auch kürzlich in einem offenen Brief den Bundeskanzler Helmut Schmidt öffentlich zu einem Beitreten aufforderte, soll nach den Erkenntnissen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium Schoeler (FDP) alle noch unkoordinierten Bürgerinitiativen gegen Ausländer zusammenfassen. Besonderes Augenmerk

# Lätter

gegeben hat, in der versucht wurde, diese Vermischung zu verhindern und dies u.a. 6 Millionen Juden den Tod gebracht hat, das bleibt natürlich unerwähnt.

Aber auch eine andere Stelle des Pamphletes läßt die Erinnerung wach werden:

*"Vielmehr ist einsichtig zu machen, daß der und schönste Beruf einer Frau der Mutterberuf ist, ..."*

Naja, das kennt man ja auch noch zur Genüge. Nichtsdestoweniger versuchen die Rechtsradikalen, alles zu vermeiden, um als Ausländerfeinde bezeichnet zu werden.

So heißt es in einem anderen Flugblatt:

*"Nicht die Ausländer sind schuld an den immer unerträglicher werdenden Zuständen, sondern die, die die Ausländer hereingeholt haben und weiter hereinfluten lassen!"*

Wer auch immer nun Schuld hat, die Konsequenzen für die Ausländer sind dieselben: Raus aus der BRD.

verdient hier neben der „Bürgerinitiative Ausländerstop“ die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.). Keine Ausgabe der „Nationalzeitung“ oder deren Wochenversion „Deutscher Anzeiger“ des Dr. Frey, in der nicht neben redaktionellen Hetztiraden in „Sorge um Überfremdung des deutschen Volkes“ für einen Beitritt zu dieser I.f.A. geworben wird. Diese Initiative rühmt sich ebenfalls „richtungsweisend auch für maßgebliche Politiker, wie die Entwicklung in der jüngsten Zeit beweist“, zu wirken. Demokraten und Antifaschisten sollten diese Worte Anlaß geben, weiter darüber nachzuforschen, welche Wirkungskanäle hier angesprochen werden, sie sollten auch darüber nachdenken, warum neofaschistische Kreise in der Bundesrepublik die neue Ausländerpolitik so ausdrücklich loben. ●

Die Artikel "Von Professoren..." + "Freiwillige Rückkehr" stammen aus: Türkei Information, 3-4/82

## Ausländerpolitik im Bundestag diskutiert:

# Freiwillige Rückkehr?

**Sehr häufig passiert es nicht, daß die im Bonner Parlament vertretenen Parteien einer Meinung sind. Um so mehr Aufmerksamkeit verdienen die Übereinstimmungen, die in den Beiträgen zur ausländerpolitischen Debatte am 4. Februar 1982 im Bundestag zum Ausdruck gebracht wurden: Einigkeit herrschte in der Auffassung, daß die Bundesrepublik nun keine weiteren Ausländer mehr verkraften kann, daß die Rückkehr in die Heimatländer gefördert und der Zuzug weiterer Ausländer unterbunden werden müsse – hier war nicht nur die Familienzusammenführung gemeint, sondern auch die „dringende Lösung des Problems Türkei“: Freizügigkeit für Arbeitnehmer muß bei Aufnahme der Türkei in die EG verhindert werden. Die gemeinsame Erkenntnis: Noch mehr Ausländer würden zum Überhandgreifen von Ausländerfeindlichkeit und Überfremdungsangst führen.**

Streitpunkte bzw. Nuancen in den Meinungen zeigten sich während der achtstündigen Debatte vor allem bei der Frage, wie ein Ansteigen der Ausländerzahlen verhindert werden kann bzw. sogar eine Reduzierung ermöglicht wird. Die Hauptsprecher von SPD und FDP, Urbaniak und Hölscher, sowie Bundesinnenminister Baum erklärten, daß Solidarität und Verantwortung für die Ausländer, die zum Aufbau der Wirtschaft beigetragen haben, auch in beschäftigungspolitisch schweren Zeiten gewährt werden müssen. CDU-Sprecher Dregger warf der Regierung vor, daß die berechtigten Interessen der Deutschen zu wenig berücksichtigt werden: Türken, Asiaten und Afrikaner, so Dregger, seien nur in Ausnahmefällen zu integrieren oder gar zu assimilieren. Spranger (CSU) erklärte die „Politik der Integration“ für gescheitert. Folgerichtig legte die CDU/CSU das Schwergewicht ihrer Forderung zur Ausländerpolitik auf die „Förderung der Rückkehr“ und auf die Verschärfung von Asyl- und Ausweisungsverfahren. Die Regierungsparteien hielten – vor allem für die 2. und 3. Generation – am Ziel der „Eingliederung in Gesellschaft und Beruf“ fest; Urbaniak „bescheinigte“ allerdings den Türken, daß deren Integration besonders schwierig sei und daß die „Späteinsteiger“ das

deutsche Bildungssystem vor kaum noch zu überwindende Probleme stellt.

## Integration und Restriktion fördern

Als Fazit der Debatte zog Bundesarbeitsminister Ehrenberg den Schluß, daß die „Zuwanderung in sozial verantwortlicher Weise zu steuern sei“ – unter diesem Titel firmieren die neuen Erlasse zur Einschränkung von Familienzusammenführung – und gleichzeitig die hier lebenden Ausländer voll in unsere Gesellschaft aufzunehmen seien. Hier scheint sich eine Art „Ausländer-Doppelbeschluß“ den Weg zu bahnen. Zuzug begrenzen, Integration fördern. So etwa läßt sich auch die Erklärung des SPD-Vorstandes zusammenfassen, die der Öffentlichkeit am 16. Februar 1982 vom Geschäftsführer der SPD vorgestellt wurde. Glotz stellte bei dieser Gelegenheit dann aber fest, daß „fortschrittlich klingende Reden zur Ausländerproblematik nichts nützen“ und „setzte sich für eine Trendwende zum Realismus in dieser Frage ein“ (F.R. 17. Februar 1982).

## SPD: Umkehr

Was sich hinter dieser Äußerung an Tendenz schon erahnen läßt, hat der Spiegel Nr. 9/82 recherchiert: „Wie bei der Union ertönt nun auch aus der SPD immer lauter der Ruf nach Zuzugstopp und Rückkehrförderung.“ Anlaß für diese Erkenntnis war das Zurückweisen des SPD-Vorstands von einem Diskussionspapier zur Ausländerpolitik, das auf dem Bundesparteitag als Grundlage dienen sollte. Die Forderungen in diesem Papier: Schrittweise Einführung des kommunalen Wahlrechts, gesichertes Aufenthaltsrecht, Angebot zur Einbürgerung, bessere Wohnraumangebot mit dem Ziel des Abbaus von Gettos, gezieltere Förderung von Schul- und

Fortsetzung S. 45



## Das Asylrecht wird wegreformiert

Ausländer zu sein, ist in der BRD inzwischen zum Negativum par excellence geworden. Als "Geschmeiß" beschimpft, wünscht sie ein Teil des deutschen Volkes dorthin zurück, woher sie gekommen sind. Die Ausländerfeindlichkeit macht dabei nicht vor einem Grundrecht halt, das für viele lebensrettend ist: Das Asylrecht. In Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes der BRD steht es knapp und eindeutig formuliert:

**"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."**

Die BRD hat damit eine auf der Welt einzigartige Regelung in ihrer Verfassung: jeder politische Flüchtling hat ein einklagbares Recht auf Asyl. In anderen Ländern, die auch Asyl gewähren, ist dies ein Recht des Staates und wird als Gnadenakt gegenüber dem Flüchtling gehandhabt.

1974 auf 108.000 in 1980 in den Medien zu einer bedrohlichen Masse geworden: "Asylanstrom überflutet Ämter" (FR 18.4.1980), "Kabinettt will Asylanstrom eindämmen" (RZ 3.12.81) oder "Asylanträge überlasten die Gerichte" (RZ 13.3.1982) sind nur einige Beispiele.

Kernige Sprüche von den "Asylantenschornorrern" (F.J. Strauß), für die es "attraktiv ist, auf Kosten der Sozialhilfe eine Reihe von Jahren . . . zu leben" (hessische CDU-Fraktion) heizen die Anti-Stimmung an. Wen wundert es, daß in diesem Klima die militante Rechte zur Tat gegen Ausländerheime schreitet: In Lörrach wurden zwei Frauen aus Eritrea durch Brandanschläge verletzt, in Hamburg zwei Vietnamesen durch Bombenanschläge getötet.

Offizielle Stellen verurteilen zwar die Anschläge, dem Klima verfallen aber auch sie, wenn sie pauschal 90 % der Asylanten (SPD-

gen eingehen. Wurde der Asylantrag abgelehnt, konnte Widerspruch eingelegt werden, der dann nochmals vom Bundesamt in Zimndorf beschieden werden mußte.

Erst dann konnte man vor dem Verwaltungsgericht klagen. Bei erneuter Ablehnung des Asylantrags konnte man Berufung vor dem Obergericht (auch Verwaltungsgerichtshöfe genannt) einlegen. Am Schluß blieb dann noch die Revision zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Während dieses gesamten Verfahrens, das teilweise bis zu vier Jahren dauerte, hatte der Asylbewerber folgende 'Privilegien': sein Aufenthalt war gesichert, d.h. er durfte nicht abgeschoben werden, er erhielt materielle Hilfe (Sozialhilfe, Kindergeld) und ihm wurde die Erwerbstätigkeit gestattet.

Aber auch nach endgültiger Ablehnung des Asylantrages mußte der Ausländer die BRD nicht verlassen. Er konnte in einem 2. Verfahrensweg einen Antrag auf 'Aufenthaltsgenehmigung' beim Ausländeramt stellen. Wurde der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung vom Aus-

# GRUNDRECHT ODER ARBEITSDI

Die "Väter des Grundgesetzes" wollten dies ausdrücklich nicht, da in unserer Verfassung die Erfahrung des deutschen Faschismus einfließen sollte. Unter dem NS-Regime mußten viele aus Deutschland fliehen, um ihr Leben retten zu können. Ohne die Aufnahmebereitschaft anderer Länder hätte der deutsche Faschismus weit mehr Opfer gefordert. Da viele Länder im Verlauf des 2. Weltkrieges aber auch die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Dritten Reich immer dichter gestalteten — die Schweiz schickte z.B. teilweise Juden zurück —, wollte man für die BRD mit dem Grundgesetz das einklagbare Recht auf Asyl schaffen und damit aus den Versäumnissen der Nachbarstaaten lernen.

## ASYLANT — EINSCHIMPFWORT

Doch von diesem Willen ist heute nichts mehr zu spüren. Bundesinnenminister Baum mußte schon am 22.10.1981 feststellen, daß das Wort "Asylant" im bundesdeutschen Sprachgebrauch zum Schimpfwort geworden ist. Seitdem die Zahl der Asylanträge in der BRD von 5.000 in

Staatssekretär Zander) oder 'etwas bescheiden-der 80 % (Recklinghausens Sozialdezernent Ramhorst) den Status "politischer Flüchtlinge" aberkennen und sie zu Wirtschaftsflüchtlingen abstempeln. Für sie ist die Aufnahmebereitschaft der BRD erschöpft; man will den "Mißbrauch der Inanspruchnahme des Asylrechts" eindämmen. Seit 1978 sind dann auch von Seiten des Deutschen Bundestages einige Maßnahmen verabschiedet worden, die wir im folgenden dokumentieren wollen.

## DIE RECHTLICHE SITUATION BIS 1978

Bis 1978 mußten Ausländer ihren Antrag auf Asyl beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zimndorf/Bayern einreichen. Nach Antragstellung wurden sie zu einem Vorverfahren geladen, in dem sie ihre Fluchtgründe und ihre Lebenssituation darstellen konnten. Danach erfolgte das eigentliche Verfahren vor einem 3-köpfigen Anerkennungsausschuß. Der Asylbewerber konnte nochmals seine Gründe darlegen und auf ergänzende Fra-

länderamt abgelehnt, konnte erneut Widerspruch eingelegt werden. Auch dieses Verfahren konnte bis zu vier Jahren dauern. Während dieser Zeit wurde dem Ausländer eine 'Duldungsbescheinigung' ausgestellt, d.h. er hatte zwar noch keine Aufenthaltsgenehmigung, aber er durfte während des schwebenden Verfahrens auch nicht ausgewiesen und abgeschoben werden.

Gegen diesen Verfahrensweg gab es bis Mitte der 70er Jahre keine Bedenken. Es ist der bei uns übliche Verwaltungsrechtsweg. Erst als die Asylanträge zunahmen, hielt man das Verfahren für zu langwierig.

Dieser bezüglich des Verfahrensweges umfangreiche Rechtsschutz sagt natürlich noch nichts über die inhaltliche Qualität der getroffenen Entscheidungen aus. Asylbewerber aus Ostblockstaaten hatten es immer relativ einfach, anerkannt zu werden, während Verfolgte aus der Dritten Welt — insbesondere aus Ländern wie Argentinien und Chile — häufig erst gar nicht ins Land gelassen werden. So ließ zum Beispiel das Bundesverwaltungsgericht offen, ob



Verfolgungen durch das faschistische Todeschwadron AAA in Argentinien einen Asylgrund darstellen.

### MASSNAHMEN VON 1978 – ERSTE FORMALE EINSCHRÄNKUNGEN DES ASYLRECHTS

Wie bisher entschied über den Asylantrag der 3er-Anerkennungsausschuß. In der Praxis hat er zwar keine Verhandlungen mehr abgehalten, da aufgrund der Arbeitsüberlastung der Behörde nur noch die 'Vorprüfung' stattfand: der Asylbewerber wurde in etwa 20 Minuten abgefertigt, d.h. registriert, erkennungsdienstlich behandelt (3 Fotos, Fingerabdrücke) und nach seiner Asylgründe gefragt. Die anschließende mündliche Verhandlung vor dem Anerkennungsausschuß stand nur noch auf dem Papier. Obwohl gesetzlich vorgesehen, entfiel somit für den Asylbewerber die Möglichkeit, seinen Fall ausführlicher darzustellen und auf Rückfragen weitere Auskünfte geben zu können. Im Umlaufverfahren kamen die 3 notwendigen Unterschriften unter dem Bescheid. Dagegen



# ENST ?

konnte auch kein Widerspruch mehr eingelegt werden. Der Bewerber mußte gleich beim Verwaltungsgericht klagen.

Aber auch der weitere Rechtsweg wurde beschnitten; hatte das Verwaltungsgericht die Klage als 'offensichtlich unbegründet' zurückgewiesen, d.h. hatten die 3 Berufs- und 2 Laienrichter einstimmig die Klage abgewiesen, so war damit der Rechtsweg im Asylverfahren erschöpft. Eine Berufung gegen das Urteil war nicht mehr möglich. Dies traf auf 40 bis 50 Prozent aller Anträge zu.

### WEITERE BESCHRÄNKUNGEN IM JAHR 1980

Um die Praxis wieder 'gesetzmäßig' zu machen, wurde schließlich 1980 das Gesetz der Praxis angepaßt; beim Bundesamt entscheidet nun ein einzelner Beamter über die Anträge. Widerspruch dagegen ist ausgeschlossen. Der Asylbewerber muß gleich vor dem Verwaltungsgericht klagen. Nach der Asylnablehnung durch das "Bundesamt für die Anerkennung ausländischer

Flüchtlinge" schaltet sich aber jetzt auch gleich die Ausländerbehörde ein. Sie weist den Ausländer aus und leitet das Abschiebungsverfahren ein. Gegen beide Bescheide kann der abgewiesene Asylbewerber aber nur noch einmal vor dem Verwaltungsgericht klagen. Ziel dieser 'Verbundentscheidung' ist es, dem Ausländer insgesamt nur noch einmal den Weg zum Gericht zu ermöglichen. Konnte er bisher als Asylbewerber alle Instanzen durchlaufen und –

falls sein Antrag abgelehnt wurde – als 'Normalausländer' mit dem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis den gleichen Verfahrensweg noch einmal beschreiten, soll dies nun nicht mehr gehen. Der Gesetzgeber versprach sich kürzere Verfahren und damit eine schnelle Möglichkeit, den Asylanten wieder in seine Heimat abschieben zu können.

### EINFÜHRUNG DES VISUMZWANGES

Zwar blieb auch 1980 Artikel 16 des Grundgesetzes unverändert, aber all diese Maßnahmen stellen dieses Grundrecht immer mehr in Frage. So hat auch der ab 1.10.80 eingeführte Visumzwang direkte Folgen für Asylbewerber aus Äthiopien, Afghanistan, Bangla Desh, Indien, Sri Lanka und der Türkei. Zwar ist der Visumzwang rechtlich für das Asylverfahren nicht von Bedeutung, weil auch ohne Sichtvermerk ein Ausländer an die Grenze kommen und Asyl beantragen kann. Aber im 'Vorfeld' wird aus-

# ASYL IN DER BRD

sortiert und abgeschreckt; das Visum wird von den deutschen Botschaften erteilt. Diese sind meist in den Städten und gut bewacht. Ein politisch Verfolgter muß sich also bis in die Botschaft durchschlagen, muß dann einige Zeit abwarten, bis das Visum erteilt ist und kann erst danach auf den Flughafen gehen und – wenn er nicht aufgehalten wird – ausreisen. Ohne Visum wird ihn keine Fluggesellschaft mehr befördern, da die Bundesregierung die Betriebsgenehmigungen mit der Auflage ergänzt hat, daß Passagiere nur dann im Bundesgebiet abgesetzt werden dürfen, wenn sie die vorgeschriebenen Einreise-Dokumente besitzen. Die Einführung des Visumzwanges zeigt, wie auch Maßnahmen außerhalb des Asylrechts das Grundgesetz aushöhlen können. All die genannten Faktoren greifen ineinander und sind im Sinne der Abschreckung erfolgreich.

### EINGRIFF IN DAS 'ALLTAGSLEBEN'

Die oben genannten Probleme wirken sich auf das Leben des Asylbewerbers in der BRD nur indirekt aus. Einschneidend treffen ihn aber folgende Neuerungen: In den ersten zwölf Monaten seines Aufenthaltes darf er keine Arbeit mehr aufnehmen. Inzwischen ist diese Frist auf zwei Jahre erweitert worden. Baden-Württemberg geht sogar noch weiter und verbietet während der Gesamtdauer des Asylverfahrens jegliche Arbeitsaufnahme. 80 % der Asylanten, die vor dem Arbeitsverbot ihren Unterhalt selbst verdienten, wurden durch diesen Bundesländer-Erlaß zu Sozialhilfeempfängern gemacht. Dem Vorurteil 'wir füttern die von unseren Steuergeldern durch' wird die 'Wirklichkeit' nachgeliefert. Auch der Wohnungsmarkt ist direkt vom Arbeitsverbot betroffen. Fand vor dem Verbot noch ein Großteil der Asylanten bei ihren Arbeitgebern eine Wohnung, sind sie nun auf behördliche, zumeist Massenunterkünfte angewiesen.

Aber selbst wenn ein normaler Asylbewerber sich zwei Jahre in der BRD aufgehalten hat, ist ihm eine Arbeit nicht sicher. Die Arbeitsämter sollen die Arbeitserlaubnis nur für gewisse Betriebe oder Tätigkeiten ausstellen. Dies dürfen sie aber nur dann, wenn kein Deutscher oder EG-Ausländer für die betreffende Stelle vermittelbar ist.

### ARBEITSVERPFLICHTUNG

Sollte der Asylbewerber allerdings keinen Arbeitsplatz finden, muß er auch nach zwei Jahren noch von Sozialhilfe leben. Als Sozialhilfeempfänger nach dem "Bundessozialhilfegesetz" steht er einer besonderen Ausbeutung zur Verfügung: das Gesetz bietet die Möglichkeit, Sozialhilfeempfänger "regelmäßig zu



# „EIN BISSC ZU BETÄTI

*Zum Thema "Asylanten" führten wir ein Interview mit dem Sozialdezernenten der Stadt Recklinghausen, Theo Ramhorst (CDU).*

Ramhorst: . . . die Polen brauchen keinen Asylantrag zu stellen, sind ähnlich wie die Kontingentflüchtlinge zu behandeln, wobei alle Ostblockstaaten ohnehin einen großen Vorteil haben, ebenso wie die Betroffenen: sie werden nicht abgeschoben, egal, was passiert. auch dann, wenn der Asylantrag abgelehnt werden sollte, wenn sie einen gestellt haben.

*Holwamm: Mit Ausnahme vielleicht nur von Bayern.*

Ramhorst: Ich kann das nur für Nordrhein-Westfalen sagen, ich halte das auch für richtig, daß man das nicht macht. Ebenso bin ich der Auffassung, daß man die türkischen Mitbürger, die einen Asylantrag gestellt haben, der Asylantrag mit Sicherheit ja abgelehnt wird, aus ganz anderen Gründen, nicht wahr, die sagen, die Leute sind Mitglied der Nato, und da herrscht also kein Terror. Ich meine, daß man also zumindest auf diese

Asylanten, auch wenn der Asylantrag abgelehnt wird, nicht nach Hause schicken darf. Denn die Gefahr ist doch zu groß, daß man die am Flughafen empfängt und womöglich in die Kiste tut. Ich halte das Militärregime für eine unglückliche Lösung, und von daher gesehen, brauchen die Militärs da drüben also nur zu begründen und sagen: Ihr seid gegangen, weil wir gekommen sind, beispielsweise, oder: Ihr gehört einer links- oder rechtsextremen Gruppe an, zack, Handschellen, und aus. Ich meine, für die Leute (die illegal hier eingereist sind) sollte generell eine Art von Amnestie erfolgen, daß man sagt, kommt her, ihr gehört zu der Gruppe, die hier eingereist sind, fertig aus. Denn nach meiner Ansicht ist die Gefahr zu groß, daß denen doch was geschieht. Das halte ich nicht für richtig. . . . Da, wo wir ablehnende Bescheide bekommen haben, das sind etwa 40, das sagte ich ja, die müssen wir also auffordern, sich auf die Heimreise zu begeben, sich darauf vorzubereiten. Sie werden aber in jedem Falle durch uns so informiert, daß sie auch noch mal gehört werden, nehmen wir mal an, es würde einer kommen und sagen, bei dem Asylverfahren ist das und

öffentlichen Arbeiten heranzuziehen". Auch in Recklinghausen ist dies nun geplant.

Sozialdezernent Ramhorst (CDU) will Sozialhilfeempfänger 4 bis 6 Stunden am Tag / Arbeiten im Tiefbau- und Gartenbereich einsetzen, damit die "Muskeln nicht erschlaffen" (siehe dazu Interview mit Ramhorst) Der Stundenlohn soll zwischen DM 1 und 1,50 liegen. Drei Asylanten haben inzwischen diese angeblich gemeinnützige Ausbeutung verweigert. Sie sollen künftig keine Sozialhilfe mehr erhalten.

War es bis Ende 1981 noch umstritten (verschiedene Verwaltungsgerichtsurteile lagen vor), ob die Streichung der Sozialhilfe rechtlich überhaupt zulässig sein, hat eine Änderung des Sozialhilfegesetzes zum 1.1.1982 diese Unsicherheit behoben. Gleichwohl bleiben erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken: Zwangsarbeit, laut Grundgesetz nur "bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung", zulässig, steht zwar hier noch nicht zur

Debatte. Von einem Arbeitszwang aber dürfte der aufgenötigte gemeinnützige Dienst kaum noch zu unterscheiden sein. Und auch der ist verfassungsrechtlich, genauso wie die "Pflichtarbeit" nach der hierzulande verbindlichen europäischen Menschenrechtskonvention, verboten – es sei denn, er wäre Bürgerpflicht für alle.

Eine verbindliche Klärung durch das Bundesverfassungsgericht steht leider noch nicht an. Der verfassungswidrigen Einführung eines neuen "Arbeitsdienstes" durch die Hintertür ist damit weiterhin das Tor geöffnet.

Trotz dieser Aushöhlung des Asylrechtes und dem Absinken der Asylantenzahlen bis September 1981 auf 32.600 (neuere Zahlen lagen uns noch nicht vor) ist man in Bonn bestrebt, das Asylrecht noch einmal zu ändern. Die Aushöhlung soll weitergehen. Erste Beratungen der Maßnahmen werden im Deutschen Bundestag für Ende Mai erwartet.

# HEN GEN"

das nicht berücksichtigt worden, oder, ich habe das und das vergessen zu sagen, dann ist also durchaus der sogenannte kurze Verfahrensweg der Klage gegen das Urteil noch möglich. Hören wir also nach vier Wochen nichts, fordern wir den hier wohnenden Asylanten auf, innerhalb von drei Monaten die Bundesrepublik zu verlassen, er hat also noch eine weitere Frist von drei Monaten. Die kann er dazu nutzen, sich auf die Ausreise vorzubereiten, oder in ein anderes Land zu gehen, das ist durchaus möglich. Das ist im Grunde genommen die Situation, die Zahlen habe ich Ihnen genannt, zur Zeit sind vierzig Personen aufgefordert.

*Holzmann:* Zu welchem Zeitpunkt wird denn der Antrag gestellt, bevor die Asylanten nach Recklinghausen kommen, ist er da schon gestellt?

*Ramhorst:* Das ist nicht gesagt, es kann also durchaus sein, daß einer schon, wenn er aus Ostberlin kommt, in Berlin einen Asylantrag stellt, und dann in die Bundesrepublik weiterreist. Es gibt auch sehr viele Asylanten, die wie Brieftauben gezielt hier landen, um bei bekannten Rechtsanwälten Rechtsbeistand zu erbitten, die Gebühr zu bezahlen und den Asylantrag dann uns zu präsentieren.

*Holzmann:* Das Problem liegt ja offensichtlich auch im sprachlichen Bereich, wenn die jetzt zum Rechtsanwalt gehen, wird das wohl gelöst sein, aber einige werden ja sicherlich ohne Rechtsanwalt hier ankommen.

*Ramhorst:* Ja, wenn jemand das Wörtchen "Asylantrag" sagt, ist für uns völlig klar, daß wir den Antrag aufnehmen. . . .

Was geändert worden ist, ist, daß die Leute nicht mehr arbeiten dürfen, die müssen also hier warten, ohne jede Tätigkeit, und das finde ich einfach unmöglich. . . .

In der Tat hat aber diese Maßnahme scheinbar mit – ich will nur vorsicht sagen – mit dazu beigetragen, daß die große Asylantenwelle abgeebbt ist. Wenn wir im vergangenen Jahr z.B. in den Sommermonaten zwanzig oder dreißig Asylanten pro Woche hatten, dann haben wir jetzt einen, vielleicht . . .

Es ist so, das muß ich dazu sagen, die Leute wissen genau, was sie wollen. Die wissen auch genau, was sie zu sagen haben. Wir haben also noch keinen Hilfflosen erlebt. Im übrigen lassen wir den Mann ja auch Zeit. Der braucht also nur zu sagen, daß er einen Asylantrag stellt. Er kann die Begründung für den Antrag nachreichen, so daß er also genügend Zeit hat, sich zu informieren, . . . entweder bei einem Rechtsanwalt als zweitem Schritt, oder aber bei Landsleuten oder ähnlich gelagerten Fällen. Da gibt es eine ganze Reihe von. Der Rechtsanwalt macht ja auch nichts anderes als – ich sag' das mal ein bißchen salopp – zehn Seiten Text zu fotokopieren, weil die Begründung immer dieselbe ist, von der Rechtslage her, und die erste und die letzte Seite mit der speziellen Begründung, und die erste Seite mit Namen, Geburtsdatum, Land, Herkunft, Reiseweg, etc., wird neu geschrieben. Alles an Iere wird uns also hektographiert zur Verfügung gestellt. Nur stört uns das nicht, es ist für uns ein gestellter

Asylantrag, und damit sind vier Gründe genommen unseren Verpflichtungen nachgekommen. Es ist nicht unsere Aufgabe, in die Prüfung einzusteigen. Genausowenig wie Zirndorf oder andere Verwaltungsgerichte uns befragen, ob wir Erkenntnisse über diesen Asylanten . . . haben. . . .

Ich finde das auch richtig, denn es geht ja nicht darum, festzustellen, ob der hier schon mal ein Radiergummi geklaut hat, sondern ob der Mann nachweisen kann, daß er aus politischen oder religiösen Gründen dort drüben verfolgt worden ist. Und einzig und allein das ist die Prüfungsaufgabe und von daher finde ich das also richtig. Das wird oft beklagt, "warum werden die Ausländerbehörden nicht um ihre Erkenntnisse gefragt" . . . , und immer wieder . . . wir' also erklärt, daß es sich ja um den Verfahrensweg handelt, zu klären, ist der Mann in der Tat Betroffener, und nicht . . . hat er schon irgenwo Mist gemacht. . . .



Holzmann: Ein aktueller Punkt ist ja die Verpflichtung von Asylanten für bestimmte Tätigkeiten.

Ramhorst: Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem Sozialhilfegesetz, ... jeder, der seinen Unterhalt nicht selbst bestreiten kann und die Hilfe des Staates in Anspruch nimmt, muß auch bereit sein, eine gemeinnützige Arbeit teilweise zu leisten. Wir sind also wie viele andere Städte dazu gekommen, weil wir meinen, daß es in der Tat sinnvoll ist, sich also ein bißchen zu betätigen; ob wir das im Winter noch machen, vor allen Dingen draußen, wissen wir noch gar nicht, aber jetzt meinen wir, daß wir

Holzmann: Aber es ist ja auch wohl offensichtlich, daß die Betroffenen die Arbeit für dieses Gehalt nicht gerne machen wollen.

Ramhorst: Aber es soll ja kein Gehalt sein, das ist ja praktisch nur eine Anerkennungsgebühr, und es ist auch keine Arbeit in dem Sinne, also mehr eine Beschäftigung; wir wissen auch, daß die den Rücken nicht so weit krumm machen wie einer, der also gegen richtig Pulver entlohnt wird.

Holzmann: Weil Sie das gerade so ausdrücken, daß das quasi für die auch gut ist, daß sie

Ramhorst: Nein, wir haben dabei gar nicht an die Arbeitsplätze gedacht, die wir damit wegnehmen, ... der Personalrat befiehlt sich ja auch mit der Frage, das ist also überhaupt nicht der Fall. Was wir also machen werden, sind Arbeiten beispielsweise in Hohenhorst mal wieder dafür zu sorgen, daß das Unterholz aufgefördert wird, daß wir wieder mal ein paar Singvögel dahin kriegen. ... Sie müssen aber sehen, daß die Sozialhilfe auch DM 338 im Monat ausmacht, dazu kommen die Beträge im Laufe des Jahres an Miete, dann die Kosten für Bekleidung etc. Sie kommen immerhin auf einen Stundenlohn, wenn Sie das so rechnen, von 8 bis 9 DM. ... Ich finde, es gehört auch dazu, daß die bereit sind und sagen, ich bin ja wirklich aus politischen Gründen hierher gekommen und auch dementsprechend aufgenommen worden, warum soll ich also nicht auch gegen ein geringes Entgelt, obwohl es also für Tabak und Zigaretten sicherlich eine kleine Aufbesserung ist, die ja auch netto gezahlt wird, warum soll ich dann nicht diese Arbeit tun, für vier, fünf oder sechs Stunden. Da gibt es also eine ganze Reihe, die ich jedenfalls gehört habe, die mir gesagt haben, warum eigentlich nicht. Ich bin froh, daß ich 'was tun kann. ...

Der andere Aspekt ist der, bitte haben Sie auch dafür Verständnis, wir werden auch sehr oft angegangen wegen der Betreuung von Asylanten, und wir müssen uns immer wieder schützend davor stellen. Wenn ich jetzt eine Chance habe, die Ausländerfeindlichkeit schlechthin, also allgemein, ein bißchen zu drosseln ...

Holzmann: Insgesamt ist das ja trotzdem komisch. Die Leute kommen hier rein, dürfen erst ein Jahr nicht arbeiten, oder bis der Asylantrag durch ist, und hintenherum werden sie doch zu einer Hilfsarbeitertätigkeit verurteilt. Ich könnte mir vorstellen, daß ein Lehrer, der hierher kommt und einen Asylantrag stellt, von Anfang an sinnvoller arbeiten könnte.

Ramhorst: Ich habe doch ziemliche Erfahrungen, gerade mit Personengruppen, die in dem Bereich anzusiedeln sind, von der Sie gerade eine Gruppe genannt haben, nämlich die Lehrer. Das ist wahnsinnig schwer und bis jetzt noch nicht ein einziges Mal gelungen, einen vietnamesischen Lehrer oder einen Pädagogikhochschüler hier als Seiteneinsteiger in die Uni kommen zu lassen, oder in eine Schule gehen zu lassen. Die Sprachschwierigkeiten sind enorm groß, trotz aller Fördermaßnahmen, im übrigen sprechen Sie ja Fördermaßnahmen des Bundes an und nicht Fördermaßnahmen der Kommune, die ich im Grunde genommen hier lenken und ausbaden muß, auch das darf man mal sagen. Wenn man also Fördermaßnahmen im sprachlichen Bereich als eine wichtige Integrationsmaßnahme ansieht, die Sprachförderung aber von zwölf Monaten in der Zwischenzeit auf acht Monate gekürzt hat



das schon können, daß die Leute für einen Stundenlohn von einer Mark zusätzlich vier oder sechs Stunden arbeiten, in kleinen Gruppen, und wenn möglich, landsmannschaftlich zusammen. ...

Es stand auch zur Debatte, daß man nur Asylsuchende nehmen sollte, dagegen habe ich mich sehr gewehrt. Ich habe gesagt, wenn, dann auch Sozialhilfeempfänger, also auch Deutsche, ich sehe also nicht ein, daß der eine schlechter dran sein soll als der andere. Und da wir ja in der Tat eine ganze Menge an Arbeit haben, sah ich darin auch die Möglichkeit, das Bundessozialhilfegesetz auszuschöpfen. Der Kreis macht es übrigens insgesamt auf Empfehlung, alle Sozialdezernenten im Kreis sind dabei, diese Maßnahmen einzuleiten. ...

sich ein bißchen körperlich betätigen. ...

Ramhorst: Ja, das stimmt auch. ...

Holzmann: ... das ist aber eine pädagogische Maßnahme für erwachsene Menschen, das sollten sie selbst entscheiden.

Ramhorst: Das ist sicherlich richtig.

Holzmann: ... das wäre der eine Punkt, und der zweite Punkt ist die Kritik, die Sie wahrscheinlich bestreiten werden, daß damit Tätigkeiten erfüllt werden, die sonst wahrscheinlich "richtige" Arbeitskräfte machen würden, irgendwann und irgendwie, und daß man dadurch Arbeitsplätze wegnimmt.

Fortsetzung von Seite 39

## DET SCHLEIFSTEIN ÜBER GASTARBEITER

Aastreine Kollegen!

Wenn ich dat schon hörn tu: Attas, Kanacken und wat se noch allet so draufhaun, die Doofköpfe.  
Meinse die Türken mit. Vastehse, wennse keine blonde Haare und arische blaue Augen has, kannze gleich Pech ham, und die Doofköpfe pöbeln rum. Mich mit meiner graue Halpplätze kann dat ja nich passiern, aba trotzdem.

Ich stell mia imma vor, ich mit mein Apschlußzeugnis vonne Folksschule komm in'n andret Lant. Ersma vastehste nix, kein Sauakraut und keine Pommes. Wat gez. Ersma bischen die Sprache lern. Auffallen tu ich auch gleich, weil ich ganz anders ausehn tu wie die andern. Kommstich ganz schön blöd vor am Anfang.  
Inne Straßenbahn kannz nich fragen wie teuer, kannz nich sagen wo de hinwills. Kannz dich dat eigentlich vorstellen? Komz dich vor wien doven. Unt da kannz nur hoffen, dat die Leute, wo'e bis, bischen Rücksicht auf deine Situhatihon nehm. Jedenfalls meine Kollegen wo ausse Türkei kommen, sind echt in Ortunk. War ich letztens auffe Hochzeit eingeladen. Wa echt töffte, 400 Gäste, mit Kapelle, Kuchen und Kola frei, kein Schnaps, keine Klopperei. Dat muß ne deutsche Hochzeit ersma vorweisen können. Unt die Braut, die hat Moos gekriegt, da fliegen dir die Ohren weg. Allet am Kleid geklebt, bestimmt 10.000 Mark. Töffte Stimmung. Da lernze die Türken ersma richtig kennen, verstehste, privat. Ganz ohne Vorurteile. Ich find, die wollen wenigstens so behandelt werden, wie du dich dat auch wünschen tus.

also agarasch



Det

aus: FBK, März 1982

Berufsbildung ausländischer Kinder; außerdem soll „nach einer mehrjährigen Übergangsregelung in Zukunft Familiennachzug nur noch bis zum Erreichen des schulpflichtigen Alters der Kinder zugelassen werden.“

Das Papier, unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Arbeitsministerium Buschfort erstellt, wurde vom Vorstand kritisiert: Erstes Ziel der SPD-Politik soll die „wirksame Begrenzung des Zuzugs von Ausländern sein; an zweiter Stelle stehen die Bemühungen um „freiwillige Eingliederung, bei Anerkennung der kulturel-

len Eigenständigkeiten, um eine Rückkehrmöglichkeit offenzuhalten“.

## Der humane Kern der Familien-zusammenführung

So wird aus der Zielvorgabe „Eingliederung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und freiwillige Rückkehr“ die Umkehrung „Rückkehr und freiwillige Eingliederung zur Förderung der Rückkehrmöglichkeit“. Der

Landesvorstand der CSU formulierte diesen Sachverhalt jüngst in einer Erklärung zur Ausländerpolitik weit weniger umständlich: „Eine Integration oder Assimilation aller hier lebenden Ausländer ist unmöglich“ – die Familienzusammenführung muß auf „ihren humanen Kern begrenzt“ werden. Anstelle „scheinheiliger Humanitätsbetuerungen ohne aktives Handeln“ muß eine „totale Umkehr“ zu einer Politik treten, die die „legitimen Interessen“ der deutschen Bevölkerung angemessen berücksichtigt (F.R. 16. Februar 1982).

Inzwischen sind auch die Vorstellungen darüber, was Kapitalisierung sozialer Ansprüche bedeuten soll, konkret genug geworden, um Rechenexempel durchzuspielen: Regierungspräsident Späth, Landesvater von Baden-Württemberg und schon mehrmals Vorreiter von Restriktionen in Ausländerangelegenheiten, legte dem Bundesrat einen Gesetzentwurf diesbezüglich Anfang März vor: Danach sollen die Arbeitslosen Ausländer – zur Zeit etwa 100000 – mit Summen bis zu 20000,- DM ihre Rentenansprüche und ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld verkaufen, gleichzeitig müssen sie dann auch auf alle aufenthaltsrechtlichen Ansprüche verzichten. Voraussetzung soll sein, daß der in Frage kommende Ausländer mindestens von 1974–1981 hier gearbeitet hat.

## Sparpläne

Um Protesten der Rentenversicherungsanstalt und der Bundesanstalt für Arbeit vorzubeugen, führt Späth aus, daß langfristig so Geld eingespart wird. Was er verschweigt, ist, daß auch kurzfristig eine Menge Geld gespart würde, denn wer nachrechnet, muß feststellen, daß die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung gänzlich einbehalten werden. Die Bundesanstalt bezahlt ohnehin nur das, was sie sowieso zahlen müßte, bliebe der Ausländer hier, und spart außerdem noch die Beiträge zur Krankenversicherung für Arbeitslose. Wahrlich ein Angebot, daß den derzeitigen Sparmaßnahmen gerecht wird. Der neueste Ministerpräsidentenschluß, der erneut weitere Restriktionen für Ausländer vorsieht, sieht solche „Rückkehrhilfen“ ebenfalls vor. In Paris übrigens ist die seit 1977 bestehende „Rückwanderungsprämie“ wegen geringer Wirksamkeit wieder abgeschafft worden (Süddeutsche Zeitung vom 27./28. Februar 1982).

WAR 6/14/82

# Einschulung jun

Über 300 ausländische Kinder wer

# Fast 14 000 ausländische Lehrlinge

DIHT-Umfrage ergab: Türken stellen den größten Anteil

Fast 14 000 ausländische In

# Jeder dritte Ausländer ein Türke

Letztes Jahr stieg Anteil erneut um sechs vH - Immer mehr Asiaten

WIESBADEN/

Schließung beantragt: WAR 15/11/82

# Jusos lehnen Koranschule at

Religion unterrichten

Innenministerium: Immer mehr Fälle

# Schein-Ehe schützt die Ausländer nicht vor der Ausweisung

Ehefrauung kann verweigert werden

# Asylanten-Strom in NRW gebremst

Zahl der Bewerber sank um 50 vH

ULRICH HORN waz RUHRGEBIET Die Zahl der Asylbewerber in NRW ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Während 1980 noch 35 354 Ausländer in Städten und Kreisen an Rhein und Ruhr um Asyl nachsuchten, waren es 1981 nur noch 15 234. Das entspricht einer Verringerung von mehr als 57 vH.

gleichzeitig stellten die Bewerber dem jeweiligen Soll. Duisburg liegt dagegen geringfügig über

bei der Demonstration WAR 6/2/82

# Viele Deutsche schließen sich den Türken an

# Kirchen: Besorgnis über wachsenden Anteil im Vest besonders hoch

# Türken sind besonders

Recklinghausen. Mit Besorngnis... (links). Neben In...

Anteil im Vest besonders hoch

# Türken stellen stärkere Gruppe der Ausländer

Mehr als zwei Drittel der im Bereich der Industrie- und Handwerksbetriebe... Der Anteil der türkischen Gastarbeiter im Kammerbereich...

ACHIM MELCHERS: WAR 6/14/82

# Trotz Anwerbestopp

Seit 1973 herrscht Anwerbestopp für Gastarbeiter. Dennoch ist seither die Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik um weitere 600 000 gestiegen. Im wesentlichen ist das eine Folge der Familienzusammenführung. Diese war sowohl politisch gewollt, als auch aus humanitären Gründen notwendig, um die Gastarbeiter, auf deren Tätigkeit die deutsche Wirtschaft nach wie vor nicht verzichten kann, hier seßhaft zu machen.

Integration bleibt aber auch ein Mengenproblem. In manchen Stadtteilen, aber auch in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes, ist der Ausländeranteil höher als die Statistik erkennen läßt. Wohnungs- und Schulprobleme verschärfen sich, auch weil es den Städten zunehmend an Geld fehlt, um die Integration so zu fördern, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Daß als Folge von Arbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen die Probleme sich noch zuspitzen werden, ist inzwischen jedermann klar. Deshalb verstärkt sich auch der Druck auf die Parteien, den weiteren Zuzug bei der Familienzusammenführung zu erschweren, wenn nicht gar ganz zu unterbinden.

Das alles geschah unter der Devise: Die Bundesrepublik ist kein Einwandererland und wird es auch nicht werden. Dennoch wurde so verfahren, als sei sie es. Jeder weiß, daß die Gastarbeiter nicht einfach wieder nach Hause geschickt werden können. Das Ziel, sie und ihre Familien zu integrieren, gilt unverändert. Integration wird aber schwierig bleiben. Sie ist auch nicht in einer Generation zu bewältigen. Die zu integrierende Zielgruppe werden hauptsächlich die Kinder und Kindeskin der Gastarbeiter sein.

In Kürze wird es hier sicher zu entsprechenden neuen Regelungen kommen. Das ist auch nötig zum Schutz derer, die schon hier sind. Ihre Situation würde sich nur verschlechtern, wenn immer noch weiterer Zuzug praktisch unbegrenzt möglich bliebe.

# Ausländerproblematik: Ursachen

Prof. Korte: Sozialpolitik führt zu Leid und Elend/Gespräch Im Fr

Recklinghausen. "Ansätze zur Verständigung" zu erarbeiten, war das Anliegen einer Mitgliederversammlung der einen Seite werde die Meinung vertreten, die Bereitschaft der Türken zur Rückkehr in ihre Heimat...

Schmude: Die Zuzugssperre verstößt gegen Grundgesetz

# er Türken gleicht Puzzle-Spiel

eingeschult / Gesamtschule zwischen Süd und Suderwich?

## ndsleute leben in zwei Welten

ur trübe Aussichten bei Rückkehr in die Heimat

r beendete der türkische Volkskundler D  
nen ist er erneut in Münster und als Stip  
ururteile R2 17/3/82

### betroffen

Wir sind alle Kinder eines Va-

halten muß sich an Jesu  
eren: (Mt. 7,12) „Alles,  
von anderen erwartet.

nen!  
omitee  
hausen  
ranz-  
inde  
R2 6/3/82

## Ohne Scheu

-ru- In der Ausländerpolitik ist  
hierzulande von jeher um den hei-  
ßen Brei herumgeredet worden. Das  
war so, als es keine Gegenstimmen  
zu der Aussage des früheren NRW-  
Ministerpräsidenten Kühn gab, die  
Bundesrepublik sei nun einmal ein  
Einwanderungsland geworden,  
man müsse umdenken. Das war  
auch so, als jedem klar wurde, daß  
das äußerst liberale deutsche Asyl-  
recht von „Wirtschaftsflüchtlings“  
mißbraucht wurde.

Diejenigen, die in der Politik das  
Sagen haben, wohnen ja mehrheit-  
lich auch nicht in den Gegenden mit  
„Altbausubstanz“, in die Türken  
und Asiaten einquartiert werden,  
und erleben darum die Probleme  
nicht so hautnah wie die, die sich  
zum Beispiel um das schulische  
Fortkommen ihrer Kinder in Klassen  
mit extrem hohem Ausländeranteil  
sorgen müssen. Nachdem mittler-  
weile die Gefahr der Bildung von  
Slums und von Rassenkrawallen  
wie in England offenkundig gewor-  
den ist, sinnt man auf Abhilfe.

Was ist zu tun? Die Bestimmun-  
gen der Familienzusammenführung  
(die ja auch immer mißbraucht wor-  
den sind) sind schärfer zu fassen,  
ebenso die Regelungen des Asyl-  
rechts. Zu erproben wäre auch, in-  
wieweit finanzielle Anreize für eine  
Rückkehr in die Heimatländer wirk-  
sam werden können. Auf jeden Fall:  
Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit  
ausländischer Bevölkerungsteile  
sind erreicht.

## n werden verschleie

emann-Haus

Gründe neuerdings in ei- fangreichen Einblick in  
gebrauch des Einwande- praktischen Schwierigkeit  
Asylrecht

### klassen efällen

aben absoluten Vorrang

## „Ausländergettos auflösen“ Cappenberg Gespräch fordert Impulse zur Integration

WAZ 6/3/82  
waz KÖLN  
ndergettos in den Großstädten und verstärkte Anreize für Ausländer,  
die Referenten des 18. Cappenberg Gesprächs der Freiherr-vom-Stein-  
in Köln gefordert. Gleichzeitig verlangten sie wirksame Maßnahmen ge-  
rom von Asylbewerbern und Familienangehörigen.  
ritte leben von deutscher und aus- Die bisherige Integrationspo-  
litischer Bevölkerung ermu- litik-bezogenen Maßnahmen  
stied: Sie seien nur gegen Türken, nicht gegen Deshalb nicht, weil abienneine Argumente sich sehr r

RALF LEHMANN:

## Auch Propaganda

Die Bundesrepublik kann  
nicht die Herberge zur Heimat  
für die ganze Welt sein. Da wir  
das Asylrecht nicht abschaffen  
können (auch nicht abschaf-  
fen wollen), muß auf andere  
Weise versucht werden, den  
Asylantenstrom einzudämmen.

Dazu gehört unter anderem,  
daß der Asylant, solange sein  
Verfahren läuft, kein Beschäfti-  
gungsverhältnis eingehen  
darf. Der vorläufige Charakter  
des Aufenthalts wird dadurch  
unterstrichen. Es fällt auch ein  
Anreiz fort, hierher zu kom-  
men, wenn die Möglichkeit  
fehlt, am hohen Lebensstand-  
ard der Bundesrepublik rasch  
teilzunehmen.

Wie alle solche Maßnahmen  
hat auch diese ihren Pferde-  
fuß. Der Asylant, der nichts  
tut, ist vielen Leuten ein Dorn  
im Auge. Auch den Sozialäm-  
tern mißfiel es, daß deutsche  
Sozialhilfeempfänger zu  
Dienstleistungen verpflichtet  
werden können, Asylbewerber  
aber nicht. Zumindest war die  
Rechtslage nicht eindeutig.  
Das ist inzwischen geklärt. In  
manchen Städte, vor allem  
aber in Berlin, schwingen

Asylbewerber um ein Geringes  
den Besen auf Straßen und  
Friedhöfen - sehr zur Zufrie-  
denheit der Bürger.

Leider ist die Sache zwei-  
schneidig. Schon kommen  
Klagen, diese Straßenfeger  
nähmen anderen die Arbeit  
weg oder machten die Preis-  
kaputt - was nicht stimmt, we-  
sie ja keine Planstellen beset-  
zen. Im Gegenteil: Es gibt bei  
weitem nicht soviel Arbeit wie  
es Asylbewerber gibt.

Es ist nichts dagegen einzu-  
wenden, daß auch Ausländer  
für die Sozialhilfe, die sie be-  
ziehen, etwas tun, wenn sie  
dazu in der Lage sind. Man-  
cherorts geschieht das schon  
lange und niemand redet dar-  
über. Leider wird in Berlin da-  
mit Propaganda gemacht, wie  
viele von den Ausländern der  
Aufforderung zur Arbeit nicht  
nachkommen. Der Senat will  
zeigen, wie man es machen  
muß. Man muß befürchten,  
daß auf diese Weise vor allem  
die Ausländerfeindlichkeit wei-  
ter geschürt wird. Ganz be-  
sonders im überquellenden  
Kessel Berlin.

# „Habe nichts gegen Ausländer, aber...“

Sie kamen als Gastarbeiter  
und nicht als Einwanderer.  
Heute tut man so, als sei es die  
natürlichste Sache der Welt,  
daß sie und ihre Familien  
selbstverständlich Einwande-  
rer wären und es eine Unver-  
schämtheit und ein Verbre-  
chen sei, wenn jemand von ih-

Sämtliche Meinungsumfra-  
gen seit Beginn der Ausländer-  
invasion beweisen: Die Deut-  
schen waren und sind gegen  
das Hereinholen von Millionen  
Ausländern. Als das deutsche  
Volk nach 1945 die Trümmer  
und den Schutt eines furchtbaren  
Weltkrieges wegräumte, an

Eine Spanierin sagte in ei-  
nem deutschen Wochenblatt:  
„Wir sollten den Deutschen  
dankbar sein, daß sie uns an  
ihrem Leben und Wohlstand  
teilnehmen lassen, und ich bin  
froh, in Deutschland zu sein,  
ich war sehr arm in meiner  
Heimat.“ Italiener. Spanier.

Da we  
Sprücher  
länder ra  
ter Türke  
Da erhal  
Ausländ  
Morddro  
„Auslän  
wagen n  
allein zu  
wir mit  
tun hab  
senartig  
der Buni  
wird  
deutlich  
rens ist  
handeln.

inder in den  
rundschule an  
öht werden sol  
origen Grund  
ausländischen

Grundschule an der Koppel-  
straße: Von den 37 türkischen  
Schülern sollen 15 in die Grund-  
schule an der Bochumer Straße  
und zwölf in die Grundschule an  
der Herner Straße übernommen  
werden. In die Eingangsklassen  
der eigenen Schule kommen  
aufgenommen können, sollen  
gendes Bild:  
Grundschule an der  
straße: Hier wird eine Vor-  
lungsklasse 2 mit 16 Sch  
aufgelöst. Da die Regelk  
des zweiten Jahrgangs an  
rellstraße diese Schüler  
aufnehmen können, sollen



Diesen Aufkleber (Schwarz auf weiß mit rotem Rand) gibt es jetzt bei uns:

10 cm 1,-DM ab 10 Ex. o,50 DM  
4 cm o,5 DM ab 10 Ex. o,25 DM  
(Porto müssen wir extra berechnen)

Der Erlös aus dem Verkauf der Aufkleber kommt nicht obskuren Geschäftemachern, sondern den Bürgerinitiativen zugute!!

#### BESTELLUNGEN

bis 50 Ex. gegen Vorkasse in Briefmarken oder Geldscheinen an:  
Arbeitskreis Umwelt Baumberge

Hagenstraße 13  
4405 Nottuln  
Tel. 02507/2616

oder  
Archiv Adebar  
Mathildenstraße 89  
28 Bremen 1  
Tel.: 0421 - 702866

## ⒶRSCHLOCH

— Der Mensch lebt nicht vom Ⓐallein! —

Probleme ohne Lösungen  
und du machst es dir leicht  
malst ein großes Ⓐ

Zwänge weil doch so viele Menschen leben  
und forderst du Gesetzlosigkeit  
malst ein großes Ⓐ

Krupp, Lockheed, Nissan, BP, Nestle und Co  
sie werden wahre Orgien abziehen.

Tag für Tag  
die Ausbeutung wird raffinierter  
du lebst für dich  
wie du immer betonst,  
während die Bonzen gemeinschaftlich  
gegen dich leben.

Gedanken über Umverteilung  
verarbeitest du in ein dickes Ⓐ  
Da sitzt du auf deiner Anarchistenwolke  
und das Einzige was du noch forderst ist  
Legalize Erdbeereis!

Dirk Farwick



# VERHINDERT DIE IDEE GROSSDEMO AM 15.5.

Vom 18. bis 20. Mai soll in Hannover auf dem Messegelände die Militärelektronikmesse IDEE stattfinden. Gezeigt wird alles, was Militär- und Polizeichefs interessiert: Von der Wanze zur Bspitzelung bis zur Rakensteuerung von Massenvernichtungsmitteln. Parallel dazu finden ILA (Luftfahrtschau, 18. - 23.5., Flughafen Langenhagen) mit dem Schwerpunkt "Verteidigung" (über 58% Rüstungsanteil) und das "Bückerburger Hubschrauberforum" (eine internationale Fachtagung von Luftwaffenspezialisten) statt. Damit soll Hannover zu einem der größten Schauplätze des Geschäfts mit dem Massenmord und der Unterdrückung gemacht werden. Dies ist – nach dem Nato-Doppelbeschluß – ein weiterer Schritt, die BRD noch weiter in die Kriegspläne der Nato einzubinden.

Die auf der IDEE gezeigte Elektronik dient zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, zur Perfektionierung der Vernichtung der Bevölkerung. Die multinationalen Konzerne wollen ihren Gewinn absichern – und damit auch das Elend der dortigen Bevölkerung. Stabile Militär- und Folterregime ermöglichen den billigen Bezug von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitskräften. Während Unmengen von Arbeit, Energie und Rohstoffen für die Rüstung verschleudert werden, verhungern in der 3. Welt weiterhin Millionen von Menschen.

Aber auch wir sind vom Ausbau der Militärtechnik betroffen:

Die noch verbliebenen demokratischen Rechte werden durch Überwachungssysteme und Aufrüstung von Geheimdiensten, Militär und Polizei weiter eingeschränkt.

Während Sozialleistungen immer mehr abgebaut werden, steigen die Rüstungsausgaben ständig.

Durch eine derartige "Verteidigungsshow" soll die offene Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden, die Bevölkerung kriegsbereit gemacht werden.

Wir werden nicht zulassen, daß sich die

für die Geschäfte mit Krieg und Unterdrückung Verantwortlichen hier treffen.

**KEINE WAFFENMESSE IN HANNOVER UND AUCH NICHT ANDERSWO!**

**KEIN MILITÄRISCHER TEIL AUF DER LUFTFAHRTSHOW!**

**KEINE RÜSTUNGSEXPORTE!**

**KEINE STATIONIERUNG VON MITTELSTRECKENRAKETEN UND NEUTRONENBOMBE!**

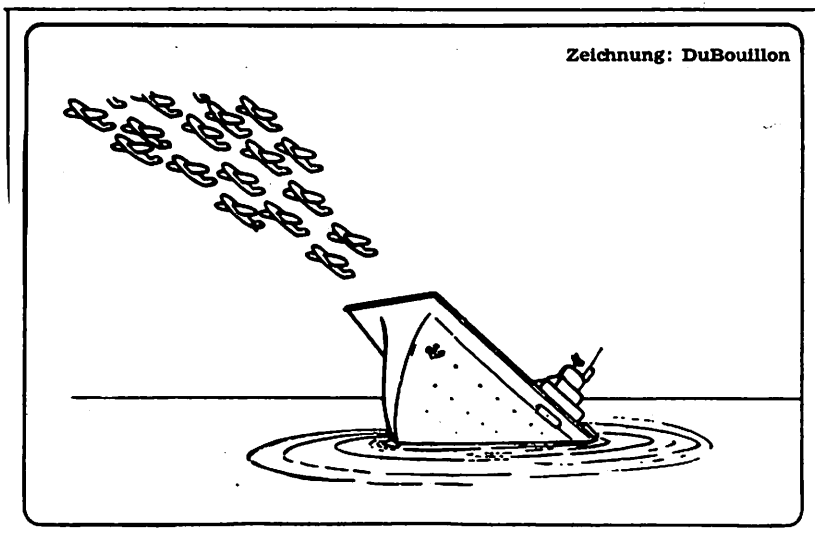
Unser Ziel ist es, unseren entschiedenen Widerstand gegen die Militärelektronikmesse zum Ausdruck zu bringen und aktiv ihre Aufbau zu verhindern oder mindestens zu behindern. Deshalb fordern wir dazu auf

**AM 15.5.1982 ZUM MESSEGELÄNDE ZU DEMONSTRIEREN!**

Wir treffen uns alle um 11 Uhr am Maschseesüdufer in Hannover. Nach einer Anfangskundgebung wollen wir um 11.30 Uhr zum Messegelände gehen. Dort angekommen, werden wir die Demonstration zu einer Kundgebung zusammenfassen, um noch einmal deutlich unseren Widerstand gegen die Militärmesse zu artikulieren. – Anschließend gehen wir zum Karl-Peters-Platz, wo wir die Demonstration beenden.

Kontakte:

Hannoversches Aktionsbündnis gegen die IDEE,  
c/o BIU-Bpro, Tel. 05 11 / 34 30 23, Hinüberstr. 16-18.



Außer dieser großen gemeinsamen Aktion wird es eine Vielzahl von unterschiedlichsten Aktionen geben. Wir rufen deshalb alle, denen es möglich ist, auf, vom 15. - 20.5. in Hannover zu bleiben, und sich an Aktionen, die während der IDEE laufen zu beteiligen:

- 24.4.: Fahrraddemo zur Messe, 11.30 Uhr, Opernplatz
- 15. - 20.5.: Antimilitaristisches Zeltlager für hannoversche und auswärtige IDEE-Gegner
- 14. - 16.5.: Rockfestival
- 17.5.: Eröffnung der ILA durch Bundeskanzler Schmidt, 20.00 Uhr in der Stadthalle
- 18.5.: Eröffnung der IDEE! Zentraler Aktionstag am Messegelände mit massiven Behinderungsaktionen
- 20.5.: Aktionstag gegen den militaristischen Teil der ILA am Flughafengelände

# DEMOKRATISCHE

Nachdem am 20.3.1982 hier in Recklinghausen das "Forum Demokratische Sozialisten" im Saalbau stattgefunden hat (die Tagespresse berichtet darüber: WAZ 22.3. "Im Saalbau gab es am Samstag nur linke Töne"), möchten wir uns an dieser Stelle einmal selber zu Worte melden.

Seit Ende März gibt es uns also, eine Initiative Demokratische Sozialisten Recklinghausen. Das "Forum" vom 20.3. war ein Anlaß hierfür, jedoch nicht der einzige. Wir sind zur Zeit eine Gruppe von ca. 12 - 15 Leuten, die regelmäßig an den Treffen der "DS" teilnehmen und auch aktiv mitarbeiten. Darüberhinaus gibt es eine nicht geringe Zahl von Leuten, die mal 'reinriechen' bzw. noch nicht genau wissen, ob sie bei uns mitarbeiten wollen. Kurz gesagt, alles, was abläuft in einer Gruppe, die erst im Begriff ist zu entstehen, das läuft auch bei uns ab.

Das fängt zunächst einmal damit an, daß man/frau miteinander redet (auch über Gott und die Welt) und endet z.B. bei den "Recklinghäuser Thesen", die z.Z. noch unsere Grundlage und das Minimum unseres politischen Konsenses bilden. Für Leute, die sich schon mit den Thesen befaßt haben, sei hier gesagt, daß wir uns einig sind darüber, daß die Thesen überarbeitungs-/ergänzungswürdig sind.

Neben genannten Thesen beherrscht jedoch noch ein weiteres Thema unsere Diskussion: Parteigründung, ja oder nein bzw. schon bald oder erst später. Verfolgt man die Presse der letzten Zeit, besonders die linke Presse, so stellt man fest, daß auch hier diese Frage alle Artikel um die "DS" beherrscht. Auch wir hierin Recklinghausen sind uns in dieser Frage noch nicht endgültig einig. Klar dagegen ist für uns, daß wir nur in Kooperation mit allen fortschrittlichen Kräften politisch etwas bewirken können.



Wir sehen allerdings den parlamentarischen Bereich nur als einen von vielen an, in dem gearbeitet werden muß.

Darum möchten wir an dieser Stelle das Angebot zu gemeinsamer politischer Arbeit an alle Initiativen, AG's, Gruppen etc. machen, die mit uns zu gemeinsamer Arbeit bereit sind. Die Tatsache, daß wir bisher nur sporadisch solche Angebote persönlich unterbreitet haben, liegt zum Teil daran, daß wir mit den Aufgaben und organisatorischen Problemen innerhalb unserer Gruppe reichlich zu tun haben.

Einen Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit sehen wir hier in Recklinghausen, also in der Kommunalpolitik. Geht man/frau mit einer sozialistischen Perspektive

daran (wie jeder diese für sich auch immer definieren mag), so gibt es in Recklinghausen ja wohl reichlich zu tun.

Für Leute, die sich näher für unsere Arbeit interessieren, stehen wir gerne bei unseren wöchentlichen Treffen für Gespräche zur Verfügung. Da wir noch keinen festen Tagungsraum haben, veröffentlichen wir Ort und Zeit unserer Treffen regelmäßig in der Presse.

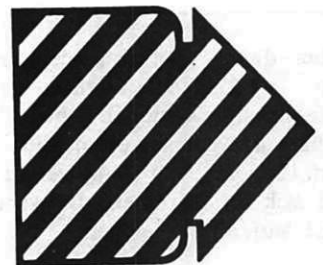
Materialien von uns Demokratischen Sozialisten werden wir in der nächsten Zeit anbieten können, etwa die Neuauflage der Recklinghäuser Thesen oder die Reden vom Recklinghäuser Forum (U. Ranke-Heinemann, A. Schubart, M. Coppik, K. H. Hansen etc.).

Das wichtigste für uns wären natürlich neue Leute, die bei uns mitarbeiten wollen.

Für weitere Fragen stehen zur Verfügung:

Conrad Fink  
0 23 61/ 65 13 07  
Eckart Lindemeyer  
0 23 61/ 4 67 19

und



Grüße an Rudi

Am 20. März dieses Jahres fand in Recklinghausen ein bundesweites Treffen der Demokratischen Sozialisten um Hansen und Coppik statt. Diskussionsgrundlage der rund 1.500 Anwesenden waren die "Recklinghäuser Thesen".  
Über die Initiative in Recklinghausen berichtet Conrad Fink. Mit einem Aspekt der programmatischen Thesen, der in Recklinghausen nicht diskutiert wurde, setzt sich Dietrich Stahlbaum auseinander.

Eigentlich wäre es Sache der Frauen, hier Stellung zu nehmen. Wenn ich dennoch als Mann mich zur Frauenfrage äußere, dann nicht, um den Advokaten der Frauen zu spielen, sondern um eine Brücke zur Frauenbewegung zu schlagen.

Laut Recklinghäuser Thesen "lehnen es" die Demokratischen Sozialisten "ab, die Frauenbefreiung als zweit- oder dritrangiges Anliegen zu behandeln". Die Lösung der Frauenfrage wird hier also nicht an den Rand einer proletarischen Emanzipation gestellt, sondern ist als ein zentrales Problem erkannt worden. Es kann aber nicht der Mann den Freiheitsbegriff der Frau definieren und durchsetzen, sondern (in Abwandlung eines Brecht'schen Gedichtes): Es kann die Befreiung der Frau nur das Werk der Frauen sein.

Fragen wir also diejenigen, deren emanzipatorisches Bewußtsein am weitesten entwickelt ist; diejenigen, die mit der Problematik der Frauenemanzipation vertraut sind; diejenigen, die – ich meine zu Recht – eine nur von Männern definierte und nur von Männern bestimmte Politik ablehnen; diejenigen, die eine radikale Veränderung der (patriarchalischen und kapitalistischen) Gesellschaft anstreben: die Feministinnen!

Ein demokratischer Sozialismus ist – für mich jedenfalls – ohne quantitative und qualitative Parität weder denkbar noch realisierbar. Mehr als 50% der Bevölkerung unseres Landes sind Frauen. Daher kann ein basisdemokratischer Anspruch erst eingelöst werden, wenn mehr als 50% Frauen den Demokratischen Sozialismus entwickeln helfen, nicht als stumme Anhängsel von weniger als 50% Männern, sondern im vollen Bewußtsein ihrer Identität als Frau.

Schon im Begriff "Demokratischer Sozialist\*innen" sind die Frauen ausgeklammert. Wenn es in den Thesen heißt: "Die Demokratischen Sozialist\*innen bekämpfen die Frauenunterdrückung und -be-



nachteiligung . . .", so werden Frauen sicherlich dankbar zur Kenntnis nehmen, daß Männer begonnen haben, die Frauenfrage ernst zu nehmen; sie werden aber auch fragen: "Und wir?" Die Formulierung Demokratische Sozialist\*innen wie die Recklinghäuser Thesen insgesamt lassen eben doch die Handschrift von Männern erkennen. Sozialist\*innen kommen darin nicht vor. Der Grundwiderspruch Kapital/Arbeit ist in den Grundwiderspruch patriarchalischer Abhängigkeit verzahnt. Beide Widersprüche müssen aufgehoben werden.

Daß z.B. mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht zwangsläufig auch die patriarchalischen Strukturen verschwinden, zeigen die Entwicklungen in den Ländern des "real existierenden Sozialismus".

Solange in den kapitalistischen und in den nachkapitalistischen Ländern die patriarchalische Kultur herrscht und von der Meherzahl unserer Geschlechtsgenossinnen so verinnerlicht ist, daß sie es gar nicht bemerken, sind wir fremdbestimmt. Es sind also tiefer greifende Veränderungen, als sie hier in den Thesen angelegt sind, notwendig.

Ein erster Schritt zu unserer Befreiung wäre die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, ein weiterer die Einführung der Möglichkeit paritätischer Arbeitszeitteilung zwischen Frau und Mann, eine andere die Abschaffung der Geschlechterrollendifferenzierung.

Dietrich Stahlbaum



Literaturhinweise des Verfassers: H. Schenk, Die feministische Herausforderung, München 1980, S. 188 ff. und A. Heller, Das Leben ändern, Radikale Bedürfnisse, Frauen, Utopie, VSA 1981.

# SOZIALISTEN

# DIE MEDIZIN IM KRIEG - MACHTLOS!!

Krieg und Medizin: Ohne die Leistungen des Sanitätswesens wären die "Großtaten der Wehrmacht" nicht möglich gewesen, meinte der Arzt Sauerbruch.

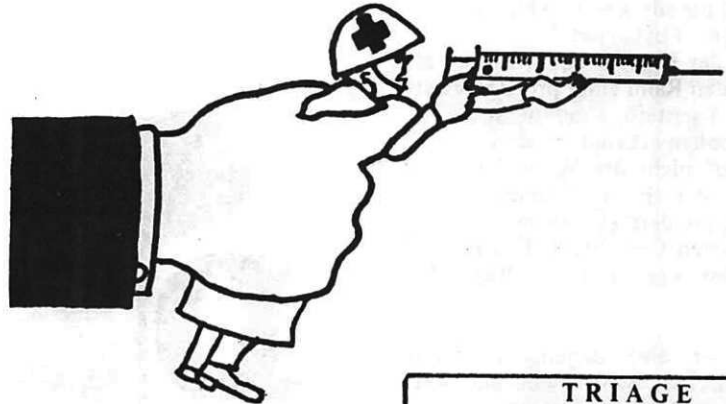
Und heute? Ist es bald wieder "soweit"? Seit gut einem Jahr gibt es den Gesundheitsministerium einen Referentenentwurf für ein "Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles" – das GESUNDHEITSSICHERSTELLUNGSGESETZ (GesSG). Dieses Gesetz soll eine "Lücke" schließen, da bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze das Gesundheitswesen nicht mit berücksichtigt wurde.

Nun kurz zum Inhalt:

- \* Die Registrierungspflicht und Überwachung aller im Gesundheitswesen und den angrenzenden sozialen Berufen Tätigen schon in Friedenszeiten. Erfasst und überwacht werden mehrere Millionen Menschen.
- \* Zwangsausbildung und Zwangsfortbildung in der Kriegsmedizin. Ein Hauptbestandteil dieser Maßnahmen soll die TRIAGE (Sichtungsverfahren) werden, worauf ich noch kommen werde.
- \* Die Einrichtung von "Hilfskrankenhäusern" und den Aufbau von Materialdepots. Im Kriegsfall können Schulen und Hotels zu Bettenhäusern umfunktioniert werden.
- \* Die Zwangsräumung von Alten-, Kinder- und Behinderten einrichtungen sowie vorzeitige Entlassung stationärer Patienten.

Was auch den Wenigsten wohl bekannt sein wird, ist, daß die Ausbildung von mehr als 230.000 28-Tage-Schwesternhelferinnen vom Verteidigungsministerium finanziert wird.

Ein Beitrag zur "Sicherheit" also? Angesichts des Holocaust bei einer Atombombenexplosion wohl kaum. Auch ein völlig intaktes Gesundheitswesen wäre hoffnungslos überfordert. Aber nach der Explosion gibt es keine intakte medizinische Infrastruktur mehr. Sämtliche Krankenhäuser sind zerstört. Die wenigsten Ärzte und Schwestern werden überleben. Wo bleibt die Zeit für die Verletzten; zudem gibt es kein unverseuchtes Wasser mehr, Nahrungsmittel und Verbandstoffe werden fehlen. Die Patienten sind größtenteils mehrfach geschädigt: Mechanisch durch herumfliegende Trümmer, was Knochenbrüche und innere Verletzungen zur Folge haben wird. Durch Hitze und Feuersturm entstehen hochgradige Verbrennungen. Dazu kommt noch die Strahlenkrankheit, die nicht therapierbar



ist. Ein kleiner Teil der Verletzten wäre vielleicht heilbar, wenn eine funktionierende Hochleistungsmedizin zur Verfügung stünde. Doch das ist nicht der Fall. Also werden die meisten Verletzten und Verstrahlten nach tage- bis monatelangem Sichtung sterben.

Ein wichtiger Bestandteil der Katastrophenmedizin oder auch Kriegsmedizin ist die Sichtung, auch "Triage" genannt. Für den nächsten Krieg sollen Zivilärzte und andere im Gesundheitswesen diese "Kunst" erlernen. Doch wie sieht diese Kunst aus?

Für den Massenansturm von Verletzten ist die Triage vorgesehen. Das bedeutet: vor jeglicher Behandlung werden die Patienten sortiert, in Kategorien eingestuft. Je nach Kategorie bestimmt sich die Dringlichkeit der Behandlung – oder Nicht-Behandlung. Das Entscheidende der Triage ist also der potentielle Gebrauchswert der Patienten für die Kriegsführung: seine Tauglichkeit als Soldat oder seine Arbeitsfähigkeit in der Kriegsproduktion.

## TRIAGE

Triage kommt aus dem Französischen, von le triage: Verteilung, Sichtung, Selektion. Die T. beinhaltet die Kriterien, wem im Kriegsfall welches Ausmaß an ärztlicher Hilfe zuteil wird. Verwundete Soldaten werden hierbei in drei Gruppen eingeteilt: Leicht-, Mittelschwer- und Schwerverletzte. Der Zweck dieses Systems besteht darin, diejenigen zu 'reparieren', die im Kriegsgeschehen wieder einsetzbar, d.h. noch potentiell "kriegstauglich" sind (Zugehörige der beiden ersten Gruppen). So geschehen im 1. Weltkrieg. – Die T. ist bis heute gültig und Teil der 'Zentralen Dienstvorschrift' der Bundeswehr.

letzte meldung ... mitte  
mai wurde der entwurf für  
das gesg vom bundesminister-  
ium zurückgezogen...  
der kampf geht weiter ...



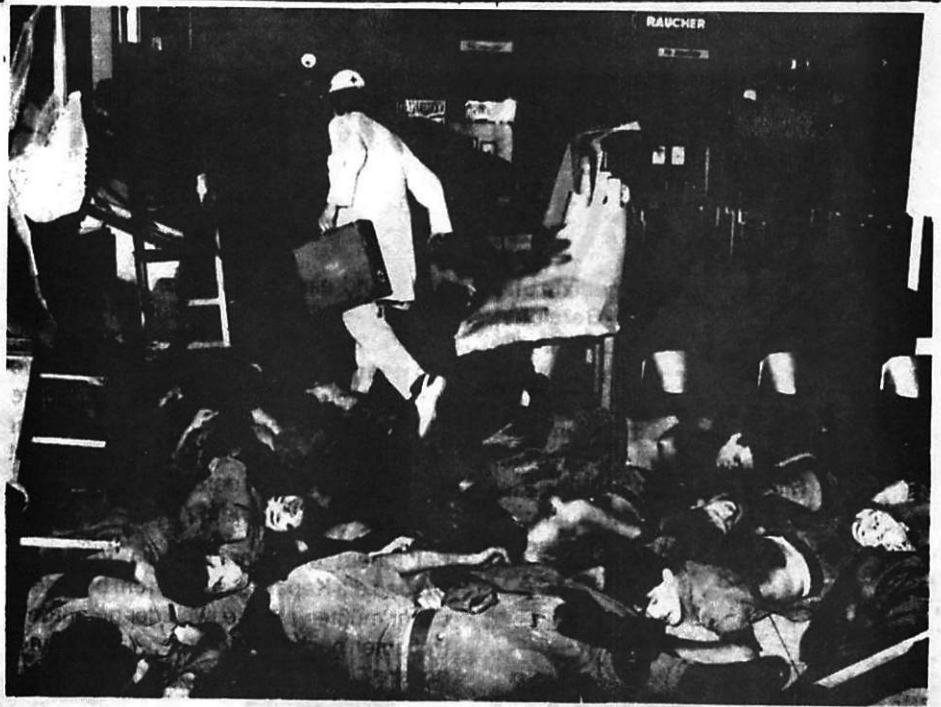
glaube kaum. Unter dem Deckmantel der zivilen Katastrophenmedizin läßt sich für den Ernstfall prächtig planen. Ganz harmlos wird militärisches Denken in die Zivilmedizin hineingebracht. Ein kleiner Unterschied ist dort aber: Beim Militär steht nicht die individuelle Hilfe für den Verletzten vorne, sondern reibungsloses Funktionieren der Truppe. Kriegstaktische Ziele haben Vorrang – Zweckdenken geht vor Humanität. Zudem soll es der Bevölkerung und den Angehörigen des Gesundheitswesens glaubhaft machen, der Atomkrieg sei medizinisch in den Griff zu bekommen – vorausgesetzt man/frau übt kräftig und schafft die gesetzlichen Grundlagen hierfür. Somit ist das GesSG also mehr oder weniger ein Stück praktischer und psychologischer Kriegsvorbereitung!

Es ist eine wichtige Aufgabe des Gesundheitswesens, die Lüge von der medizinischen Beherrschbarkeit des Atomkrieges zu entlarven. Es wird keine Medizin im Krieg mehr geben, und weil das so ist, liegt die einzig sinnvolle Medizin in der Verhinderung des Holocaust. Das heißt konkret: Die Verhinderung der "Nachrüstung" darf nur ein erster Schritt sein. Mensch sollte sich auch jetzt schon über den aggressiven Charakter der beiden Militärblöcke Gedanken machen, wobei kein anderer Schluß aufkommen darf, als daß sich die Nato und der Warschauer Pakt auflösen! Auch sollten wir uns nicht auf die Herren Politiker in Ost und West verlassen – nur weil Verhandlungen stattfinden. Worauf man sich bisher verständigt hat, war bestenfalls, daß das Tempo der Aufrüstung auf beiden Seiten begrenzt wurde – auferüstet wurde aber immer! Wir müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen – die Zeit drängt!



*übrigens: es gibt eine AG in der ÖTV, die zum GesSG arbeitet.*

*Arno Appelhoff, RE auf dem Graben 3  
Tel: 28692*



TRIAGEÜbung bei "Verletzten"



# VON KABUL NACH BOCHUM



Bis zur sowjetischen Invasion in Afghanistan (24. - 27. Dezember 1979) hatten bereits rund 450.000 Menschen dieses Land – ihre Heimat – verlassen. Heute sind es fast vier Millionen, unter ihnen Azim Choram Nima, seine Frau Angila und ihre Tochter Chorsheid, sechs Wochen alt, als sie Ende des Jahres 1981 aufbrachen. Sie trafen am 28. März 1982 in Bochum ein.

Wir haben Azim Choram Nima gebeten, uns die Flucht mit seiner Familie und was sie dazu bewegt hat, zu schildern. Wir wollten auch wissen, weshalb nach seiner Einschätzung die Sowjets in Afghanistan einmarschiert sind, durch welche historisch gewachsenen Strukturen Afghanistan sich von anderen Entwicklungsländern unterscheidet, und welche Bedeutung der Widerstandskampf des afghanischen Volkes hat.

Unser Gespräch fand wenige Tage nach der Ankunft in der Bundesrepublik statt. Dolmetscher war Azims Bruder Amin, ein Diplom-Ökonom, der seit über zehn Jahren in Bochum arbeitet und lebt. So entstand dieser Bericht (eine Tonbandaufzeichnung) als erste Reflexion eigener, schlimmer Erfahrungen, einer Betroffenheit, die betroffen macht, und zugleich als Reflexion der (objektiven) Erfahrungen eines freiheitsliebenden Volkes. Es ist auch der Bericht über ein Land, dessen Charakter wir mit europäischen Maßstäben falsch beurteilen würden. Selbst die Sowjets haben sich da offenbar verschätzt.

Die sowjetische Politik in Afghanistan ist wie ein Angriff auf eine schöne Blume, die man so lange rupft, bis nur noch der Kern und der Stengel übrig bleiben. Man will auch nur den Kern.

Ein 70jähriger, ehemaliger sowjetischer Offizier

Wir wollten in Afghanistan bleiben. Wir wollten unser Land nicht verlassen. Wir haben, wie viele andere auch, bis zuletzt versucht, dort zu überleben. Wir stammen aus Kabul. Da sind wir aufgewachsen. Ich hatte mein kleines Einkommen als Lehrer, 3.500 Afghani, das sind etwa 300 DM, ein Häuschen mit einer Wohnung von zweieinhalb Zimmern, eine Existenz nach zwanzigjährigem Aufbau.

Meine Frau verdiente 1.000 Afghani dazu. Sie hat in der Verwaltung eines Krankenhauses gearbeitet.

Ich war Lehrer an einer Mechanikerschule, einer technischen Schule, die mit bundesdeutscher Entwicklungshilfe aufgebaut worden ist. Die meisten Lehrer dieser Schule sind in der BRD ausgebildet worden. Bis April 1978 waren auch deutsche Lehrer da.

Wir wollten bleiben – bis es einfach nicht mehr ging. Die allgemeine Situation in Afghanistan ist so weit gekommen, daß es den Menschen eines Tages egal wurde, ob sie sterben oder nicht sterben. Man ist mit einer Matratze zum Schlafen zufrieden. Mehr will man nicht. Es gibt kein Vertrauen mehr untereinander. Selbst Verwandte besuchen einander nicht mehr.

Das ist die Situation, wie wir sie in Kabul erlebt haben. Dazu der Lärm der Panzer in den Straßen und die Angst vor Verhaftung oder Vertreibung.

Mir und anderen, die in der BRD gewesen waren, als Studenten oder – wie ich – als Praktikant, wurden Westkontakte zum Vorwurf gemacht, "Zusammenarbeit mit den Imperialisten".

## Keine soziale Revolution

Nach der Machtübernahme durch Taraki, nach dem Putsch vom April 1978 – eine Revolution war das nicht, es war ein Putsch, keine soziale Revolution, nach diesem Putsch wurden zwei Söhne meiner Schwester festgenommen. Wir wissen heute noch nicht, warum und wo sie sind. Einmal hat man davon gesprochen, daß sie nach Sibirien deportiert worden seien, später hieß es, sie seien ermordet worden, im Gefängnis.

In bin in die Provinz gefahren, um die Eltern der beiden Jungen zu besuchen und zu erfahren, was passiert ist. Bei meiner Ankunft wurde ich vor dem Haus meiner Schwester festgenommen und eine Woche lang in einem Gefängnis inhaftiert. Ein sowjetischer Offizier hat mich dann befreit.

Mein Schwager, der Vater der beiden Jungen, besaß ein großes Elektrogeschäft. Der Offizier war einer seiner Kunden. Und da der Russe oft in diesem Geschäft seine Einkäufe gemacht hat, ist mein Schwager mit ihm ins Gespräch gekommen und hat erreicht, daß der Sowjetoffizier sich mit einem Farbfernseher bestechen ließ, selbst zum Gefängnis gefahren ist, die für mich angelegte Akte vernichtete und mich herausgeholt hat. Ich bin also ohne Papier nach Kabul zurückgekommen.

Während der Präsidentschaft von Nur Mohamed Taraki und später von Hafizullah Amin war die Demokratische Volkspartei staatstragende Partei in Afghanistan. Wer Mitglied sein durfte, hatte Privilegien. Jetzt ist die Partscham-Partei an der Macht, und die Demokratische Volkspartei sowohl in der Regierung als auch in der Opposition. Viele Volksparteimitglieder sind in den Untergrund gegangen, und es passiert fast jeden Tag, daß ein Mitglied der Partscham-Partei mitten auf der Straße ermordet wird.



Nach der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 hat sich auch die wirtschaftliche Lage sehr verschlechtert, vor allem die Versorgung mit Lebensmitteln. Es wurde zwar eine Lohnerhöhung bekanntgegeben, gleichzeitig aber stiegen die Preise. Wer bereit war, Mitglied der Partscham-Partei zu werden, bekam ein zweites Gehalt.

Dies hat dazu geführt, daß eine Bevölkerungsgruppe plötzlich zwei Gehälter hatt, statt Nachteile. Dadurch wurde eine Spaltung der Bevölkerung bewirkt. Vor dem Putsch (April 1978) konnte man für 3 Mark ein Kilo Lammfleisch kaufen. Jetzt zum Schluß kostete das Kilo 7,50 DM. Das heißt, man braucht ein ganzes durchschnittliches Monatsgehalt, um 10 Kilo Fleisch zu kaufen. Es gab im letzten Winter weder Holzkohle noch Brennholz. In Kabul sinken die Temperaturen auf -8 Grad.

## Die Situation ist sehr kritisch

Zwei oder drei meiner Kollegen in der Schule waren Parteimitglieder und sehr aktiv. Sie haben in der Schule ein Parteibüro aufgemacht und immer wieder die anderen angesprochen und versucht, sie zum Parteieintritt zu bewegen. Aber die meisten Kollegen zeigten sich politisch uninteressiert. Sie waren dagegen und schwiegen, um zu überleben. Aber sie wurden unter Druck gesetzt, auch die Schüler.

Eines Tages lagen Flugblätter auf meinem Schreibtisch in der Schulklasse. Flugblätter, die zum Widerstand gegen das Regime aufriefen. Das ist von dem Parteibüro in der Schule inszeniert worden, um mich politisch zu belasten. Ich hatte mich geweigert, in die Partei einzutreten. In der Pause erklärte mir einer meiner Schüler, ein Parteimitglied, ich sei entlassen.

Am nächsten Tag – es war der größte islamische und afghanische Feiertag – wollte ich meine Schwester besuchen. Sie war aus Sicherheitsgründen mit den anderen Kindern aus der Provinz nach Kabul gekommen. Vor ihrem Haus standen zwei Jeeps, voll von Soldaten. Zwei Zivilisten mit Maschinenpistolen bewachten die Haustür. Als ich die Wohnung betrat, wurde mir erklärt, ich sei verhaftet. In der Wohnung waren vier bewaffnete Zivilisten, einer saß am Telefon. Sie wollten zwei Kinder meiner Schwester festnehmen, einen Sohn und eine Tochter. Die hatten sich unter dem Dach versteckt. Meine Mutter und meine Schwester versuchten, die Militärs abzulenken und Zeit zu gewinnen.

Mein Schwager lag schwerkrank im Bett und hatte einen Schock erlitten. Ich erkannte unter den bewaffneten Zivilisten einen meiner ehemaligen Schüler. Ich hatte ihn immer gut behandelt. Ich habe mich an ihn angelehnt und leise gesagt: "Lieber Freund, abgesehen von der Vergangenheit: da liegt mein Schwager ohnmächtig. Er ist am Sterben. Sollen wir uns nicht vertragen?! Bitte, lassen Sie uns ein paar Minuten Zeit, damit ich Medikamente holen kann!"

Nach einem langen Gespräch erklärte er sich bereit, mit mir und zwei anderen zur Apotheke zu fahren. Meine Schwester steckte mir noch einen Zettel für einen anderen Bruder zu. Darauf stand: Die Situation ist sehr kritisch. Er soll sich in der Nähe mit seinem Wagen bereit halten, weil man die Kinder

abholen will. Den Zettel habe ich auf dem Tisch der Apotheke liegen gelassen.

Der Apotheker hat meinen Bruder angerufen, und der ist dann sofort mit seinem Wagen gekommen und hat in der Nachbarschaft, ganz in der Nähe des umzingelten Hauses, gewartet. Noch im Auto habe ich versucht, den ehemaligen Schüler, der jetzt in der Partei ist, zu überreden. Er sagte dann: "Gut, lassen wir den kranken Mann in Ruhe."

Er rief auch die anderen Bewacher aus der Wohnung heraus. Sie blieben aber draußen vorm Eingang und warteten auf die Ankunft der beiden Kinder, die sie festnehmen wollten.



WOLTER

„Ständig in Bereitschaft! Und wie wird es einem gedankt?“

Wir warteten bis es dunkel wurde. Dann haben wir auch den Jungen als Mädchen verkleidet und beide durch ein Fenster an der Rückwand des Hauses an einem Seil herabgelassen. Sie sind zum Nachbarn, dann über eine Mauer geklettert. Dann haben sie sich auf einem Baum versteckt. Der Besitzer des Hauses, in dessen Garten der Baum steht, entdeckte sie und wollte sie als Diebe festnehmen lassen. Als sie ihm sagten, sie seien keine Diebe, die Geheimpolizei verfolge sie, hat er den Bruder in seinem Wagen verständigt, und der ist vor das Haus gefahren, hat die Motorhaube geöffnet und so getan, als sein die Batterie nicht in Ordnung. Dabei sind die beiden Kinder ins Auto gesprungen. Die Militärs bemerkten das. Der Bruder fuhr los und die beiden Jeeps hinter ihnen her. Auch ich fuhr ihnen nach, um helfen zu können. Dem Bruder gelang es, Vorsprung zu gewinnen und die beiden Kinder an sicherer Stelle abzusetzen. Der Wagen meines Bruders wurde weiter verfolgt. Als die beiden Jeeps an den Kindern vorbeigefahren waren, kamen sie aus ihrem Versteck heraus. In diesem Moment sah ich sie und nahm sie in meinem Auto mit. Ich fuhr mit ihnen zu meiner Schwägerin; aber als ich sah, daß auch ihr Haus umzingelt war und Panzer auf der Straße standen, drehte ich um und fuhr in die Altstadt und durch die kleinen Gassen, parkte auf einem Innenhof. Hier konnte kein Militärfahrzeug hineinkommen, und nachts wagte sich auch keine Patrouille in die Altstadt.

Wir mußten uns beeilen, denn ab 22 Uhr war Nachtsperre. Wir warteten bis zum nächsten Morgen. Dann haben wir das Auto stehengelassen und Kontakt zu Personen gesucht, die den beiden Kindern zur Flucht verhelfen können. Ich entschloß mich, mit Frau und Kind, die beiden Kinder meiner Schwester nach Pakistan zu begleiten, in der Absicht, nach zwei Monaten nach Kabul zurückzukehren. Ich wollte mich in diesen zwei Monaten aus der Affäre ziehen und gleichzeitig ein altes Ohrenleiden behandeln lassen.

Wir packten eine kleine Tasche mit dem Wichtigsten für unser Baby – es war damals sechs Wochen alt. Ich wickelte einen Turban und zog eine afghanische Mullah-Hose an. Meine Frau trug den (landesüblichen) Schleier. Auch die beiden Kinder meiner Schwester verkleideten sich. Wir nahmen nichts mit, was Verdacht erregen konnte, keinen Rasierapparat, keine Zahnbürste.

Damals war es nur möglich, innerhalb der Provinz, in der man lebte, zu reisen. Die Linienbusse fuhren, aber nicht nach Fahrplan. Mit solch einem Bus fuhren wir von Kabul nach Ghasni. Dort fanden wir jemanden, der uns versprach, für 10.000 Afghani pro Person uns auf Schleichwegen nach Pakistan zu bringen. Der Mann war von einer Fluchthilfeorganisation. Es sind zum Teil Widerstandskämpfer, die einerseits Menschen helfen wollen, andererseits Geld für Waffen brauchen.

*Wegen der Länge des Berichtes haben wir uns entschlossen, an dieser Stelle einen Schnitt zu machen. Die Fortführung des Textes wird in unserer nächsten Ausgabe erfolgen.*

*Die Redaktion*

## ★ Fotografiert euren Alltag! ★

### Aufruf zur Mitarbeit an einem Buch

Fotografiert in der Werkstatt und im Büro, in der Natur, auf der Straße und im Vorort, bei Kundgebungen und Aktionen . . . Fotografiert Eure Kollginnen und Kollegen, Eure Nachbarn, Euch selbst, Bekannte und Unbekannte, Zeitgenossen und Mitstreiter (und ...innen...) Fotografiert bei der Arbeit, beim Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, beim Feiern und beim Feierabend ... Fotografiert die soziale Wirklichkeit in unserem Land: auch Arbeitslosigkeit, das Schicksal Behinderter, das Leben der Arbeitsemigranten gehören dazu ...

Fotografiert Freuden und Leiden, Widerstände und Hoffnungen, Siege und Niederlagen, Alltägliches, Bemerkenswertes und scheinbar nicht Bemerkenswertes ...

### Warum?

Die Entwicklung und Verbreitung einer SOZIALDOKUMENTARISCHEN FOTOGRAFIE, d.h. die Darstellung unserer Lebenswirklichkeit aus einer umfassenden und humanitären Sicht ist notwendig, um die Möglichkeiten des Mediums Fotografie mehr als bisher für die demokratische Gegenöffentlichkeit nutzbar zu machen.

*Zum 1. Mai 1983 wird der dritte Band des Jahrbuches der sozialdokumentarischen Fotografie "Alltag" erscheinen. Amateure und Berufsfotografen sind aufgerufen, an der Gestaltung dieses Buches mitzuwirken.*

Die Konzeption des Bandes wird auf

Redaktionstagen der Autoren gemeinschaftlich erarbeitet.

Das erste Arbeitswochenende findet vom 28. bis 30. Mai (Freitagabend bis Sonntagmittag) 1982 im Sozialistischen Bildungszentrum Oer-Erkenschwick statt. Der Unkostenbeitrag beträgt 35 DM. Anmeldung ist möglich bei Dietrich Stahlbaum, Otto-Hue-Str. 38, Tel. 4 47 11.

Dietrich Stahlbaum



„Junge Türken lernen Deutsch“ Ein VHS-Kurs in R'hausen



# Behauptung: Tod durch äußere Gewaltwirkung erhärtet

Hamburg, 7.4. (taz). Die in der Montagsausgabe (5.4.) der taz behaupteten Thesen, Sigurd Debus sei nicht an den Folgen des Hungerstreiks im vergangenen April gestorben, sondern infolge dumpfer Schläge gegen den Kopf bei der Fixierung zur verordneten Zwangsernährung, erhärten sich. Ein vorgenommener Vergleich mit einem medizinischen Lehrbuch und den bis jetzt bekannt gewordenen und dokumentierten Passagen aus dem von der Staatsanwaltschaft bestellten Gutachten des Neuropathologen Prof. Colmant von der Uniklinik Eppendorf, belegt die These. Die bei dumpfen Schlägen symptomatische „streifenförmigen Blutungen am Hirnstamm“ wurden von Colmant bei der Obduktion der Leiche von Sigurd Debus festgestellt. Noch weist die Hamburger Staatsanwaltschaft diese Behauptung in einer Presseerklärung zurück und ermittelt nicht gegen die Vollzugsbeamten, die Debus morgendlich zur Zwangsernährung niederrangen, hält aber die Behauptung, er sei infolge des Hungerns gestorben, nicht mehr aufrecht.

Wenn die Hamburger Senatspressestelle schreibt: „Wie der Obduktionsbefund ergab, hat bei Debus ein Absterben von Hirngewebe mit Hirnblutung den Tod verursacht“, dann stimmt das nur halb, es war gerade umgekehrt. Ursächlich für das Absterben des Hirngewebes war die Gehirnblutung. Im pathologischen Gutachten des Hamburger Pathologen Prof. Gerhard Seifert heißt es dazu: „Die Hauptveränderung liegt somit in der Hirnblutung (...). Zur Ursache der Hirnblutung lassen sich aus den übrigen Organen keine weiteren Angaben machen.“ Auf gut deutsch: Es gab an den Organen von Sigurd Debus keine krankhaften Veränderungen, aus denen heraus sich die Gehirnblutung gewissermaßen immanant erklären ließe. Die von der Staatsanwaltschaft gestellte Gutachterfrage: „Wodurch wurde das Absterben von Gehirngeweben mit Hirnblutungen und stark erhöhtem Hirndruck verursacht?“, beantwortet der Gutachter Seifert also nur negativ dahingehend, daß keine Kausalkette feststellbar ist. Der Hamburger Neuropathologe Prof. Colmant (Uniklinik Eppendorf) weicht einer Antwort aus: Er schreibt in seinem Gutachten: „Die große Blutung in

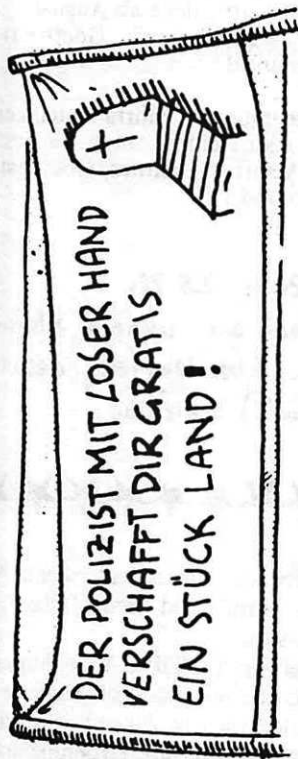
Mittelhirn und Brücke stellt die eigenliche Todesursache des intravitalen Hirntodes dar.“ Alles andere sei sekundär. Alle verstocken sich hinter ihrer angeblich mangelnden Kompetenz. Keiner fragt klipp und klar: „Kann es sein, daß die Gehirnblutung durch die allmorgendliche Überwältigung und Fesselung des Gefangenen verursacht ist?“ Auch der Katalog von 16 fachärztlich durchdachten Einzelfragen des Hamburger Rechtsanwalts Nitschke, Debus hat, führen eher vom Thema weg. Der zentrale Fehler dieses Katalogs ist, daß die naheliegende Frage nach der äußeren Gewalt nicht gestellt wird. Der Anwalt konnte sich bei der Formulierung seiner Fragen offensichtlich nicht vorstellen, daß sein Mandant erschlagen worden ist. Er war ganz darauf fixiert, daß bei der Zwangsernährung medizinische Fehler im engeren Sinne gemacht worden sein könnten: Lungenentzündung, Embolie, falsche Zusammensetzung der Infusion, an alles hat Nitschke gedacht, nur nicht an den stumpfen Schlag auf den Kopf. Die Senatspressestelle behauptet, „daß die Obduktion ausschließe, daß äußere Ge-

waltwirkung ursächlich für die Blutung gewesen sein können.“ Das schließt das Ergebnis der Obduktion gerade nicht aus. Zwar wurden keine äußeren Verletzungen festgestellt, aber das bedeutet nach einem rechtsmedizinischen Standardwerk eben nur, daß es sich um ein „stumpfes Trauma“ handelt: Unter der Überschrift „Gehirnverletzungen und traumatische intracraniale (= innerhalb der Schädelhöhle) Blutungen“, heißt es in diesem Buch: „Bei traumatischen Schädigungen am Gehirn unterscheidet man offene und gedeckte Verletzungen. Offene Hirnverletzungen sind solche, bei denen der knöcherne Schädel eröffnet und die harte Hirnhaut verletzt ist. Gedeckte Hirnverletzungen sind demen-

sprechend Hirnschädigungen bei geschlossener Schädeldecke. Man rechnet dazu die Comotio (Gehirnerschütterung) und die Contusio cerebri (Gehirnprellung). Verletzungen der Kopfhaut können vorhanden sein, doch sollte man nicht nur bei klinischen Diagnosen, sondern auch bei der Leichenschau immer daran denken, daß selbst schwerste traumatische intracraniale Schädigungen ohne jegliche äußerlich sichtbare Veränderung bestehen können.“ Soweit der erste entsprechende Absatz aus dem „Kurzgefaßten Lehrbuch der Rechtsmedizin“ für Mediziner und Juristen“ (Hrsg. W. Schwerd, Deutscher Ärztever-

lag 1979). Und um diese gerichtsmedizinische Binnsenweisheit manövriert man sich derzeit in

Der folgende Artikel stammt aus der TAZ vom 7.4.1982. Wir wollen mit dem Abdruck einer wesentlichen inhaltlichen Forderung genüge tun und Gegenöffentlichkeit sein. Unserer Ansicht nach sind die im Artikel dargestellten Tatsachen bis jetzt einer zu kleinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.



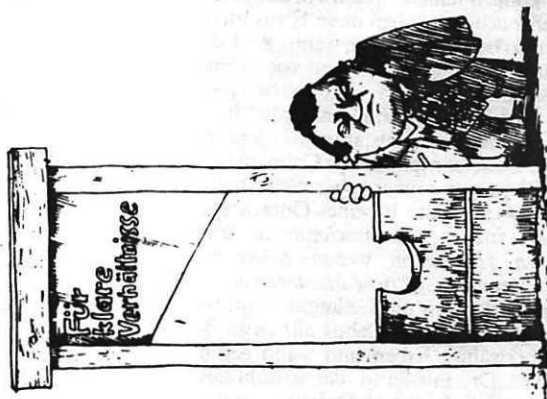
## Staatliche Pressestelle Hamburg Sigurd Debus — weitere Gutachten erforderlich

In einem Pressebericht vom Montag, 5. April, wird über den Tod des am 16. April vergangenen Jahres verstorbenen Sigurd Debus spekuliert. Dazu erklärt die Justizbehörde:

„Wie der Obduktionsbefund ergab, hat bei Debus ein Absterben von Hirngewebe mit Hirnblutung den Tod verursacht. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg, die unmittelbar nach dem Ableben ein Todesermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet hatte, läßt medizinische Gutachten erstellen, um zu klären, worauf die Hirnblutung zurückzuführen ist. Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, hat der zuständige Staatsanwalt ein weiteres Gutachten bei einem anerkannten Gehirnspezialisten in Auftrag gegeben.“

Unrichtig ist die Behauptung: „Es war Mord“. Debus hat einen dumpfen Schlag auf den Kopf bekommen. Richtig ist vielmehr, daß sowohl die Obduktion, der auch der Anwalt des Verstorbenen beigezogen hat, wie ein Gutachten ausschließen, daß äußere Gewaltanwendung — wie etwa Schläge auf den Kopf und andere Organe — ursächlich für die Blutung gewesen sein können. Bei keinem der Organe ließen sich Zeichen eines akuten oder chronischen Traumas nachweisen. Im übrigen trifft die Behauptung nicht zu, Dr. Friedland habe Sigurd Debus nicht optimal versorgt. Die unmittelbare ärztliche Betreuung von Debus während dessen Hungerstreiks hat nicht in den Händen von Dr. Friedland gelegen.

5. April 1982“



Hamburg auf feinste hanseatische Art herum: Der Staatsanwalt ermittelt nicht in der Sache, er gibt den Gutachtern also keine sachlichen Hinweise auf äußere Gewalt; die Gutachter halten mit ihrem gerichtsmmedizinischen Grundwissen hinter dem Berg und starren auf klinische Dokumentation und Laborbefunde. Dazu kommt ein Rechtsanwalt, der sich in die falschen Fragen verrannt hat. Es sind nicht unbedingt weitere Gutachten anzufordern, sondern die bisherigen Gutachter sind damit zu konfrontieren, daß sich bis zum 5. April '81 16 mal die von Debus eindringlich beschriebene Szene der Zwangsernährung abspielte (taz vom 5.4.).

Rechtanwalt Nitschke bestätigt, daß Zwangsüberwältigungen und Fesselungen von Debus täglich bis zum 5. April '81 stattgefunden haben. In dem „Gerichtsmmedizinischen kurzgefaßten Lehrbuch“ heißt es, daß Gehirnprellungen durch „plötzliche Gewalteinwirkungen auf den Schädel“ entstehen. Die Prellungsherde lägen meist entgegengesetzt zur Stoßseite. Und dann: „Bei tödlich verlaufenden Hirntraumen mit langandauernder Bewußtlosigkeit findet man oft als Ausdruck der Hirnschädigung rundliche und streifenförmige Blutaustritte im Hirnstamm. Rindenprellungsherde können fehlen.“ Nach Aussage dieses Lehrbuchs entstehen diese Hirnverletzungen so besonders dann, wenn „die Gewalteinwirkung von oben und von vorne den Schädel trifft“. Ja, und solche typischen „streifenförmigen Blutaustritte“ fanden sich auch im Hirnstamm von Sigurd Debus. Der Neuropathologe Colmant hat diese Blutungen notiert, aber nicht interpretiert — auf Seite 10 seines Gutachtens schreibt er: „Erhaltene Abschnitte aus dem caudalen Hirnstamm weisen zahlreiche streifenförmige (...) frische Blutungen auf“. Wann wird gegen die Gefängnisbeamten ermittelt, die Sigurd Debus allmorgendlich überwältigt haben und wann gegen den Arzt Dr. Friedland, der sowohl aus Überzeugung als auch als Dienstvorgesetzter die Verantwortung für die Zwangsernährung nach dem „Hamburger Modell“ trägt? Er ist der geistige Vater des Modells und nach sicheren Informationen aus dem Zentralen Haftkrankenhaus am Hollstenglacis auch derjenige, der dort „Befehle erteilt“. Er ist die Spitze der medizinischen Hierarchie innerhalb des Hamburger Justizvollzugs.

G.A.

MEIN GUT- DAS WAR DIE ERSONNTERHABSTE  
PUTATIVE NOTIZ, DIE MIR JE PASCHIERTE.



Wir suchen für unsere Tochter (1,5 Jahre) einen lieben Babysitter, der ab und zu nachmittags und abends Zeit hat.  
Tel. 1 52 65 RE

Vier Studenten älteren Semesters suchen dringend große Wohnung in RE-Mitte zur Gründung einer Wohngemeinschaft.  
Tel. 02 01/79 33 11 abends

## Kleinanzeigen

Suche gebrauchte, möglichst noch intakte Schreibmaschine. Eine/r von euch hat doch bestimmt auf dem Speicher (oder vielleicht im Keller?) so ein Gerät 'rum-

stehen und braucht es nicht, weil die neue viel schöner ist.  
Thomas Klonek, Tel. 7 27 67

Ausstellungstermine frei:

1. im Kuckuck ab Mai
  2. in der Quelle ab Juni
  3. im Schaumalrein ab Mai/Juni
  4. im Follhouse ab Mai
  5. in Jazz & art galerie ab August
- Kontakt: "Briefftaube", Goethestr. 69, 46 Dortmund 1

Suche gebrauchte Fahrradanhänger und alte Druckmaschine, auch reparaturbedürftig; Manfred Günther, Goethestr. 69, 46 Dortmund 1

Kleinanzeigen im Holzsaum sind bis zu 5 Zeilen kostenlos. Bis zu 10 weiteren Zeilen

jede Zeile 25 Pf.  
Einfach an unsere Kleinanzeigen-Abteilung (auf dem Graben 2) schicken.



## -KURZES-

### JUGEND FORSCHT

Manfred Günther plant, einige 'Jugend-Forscht-82-Gruppen' aufzumachen, die er fachlich, theoretisch, praktisch und publicitymäßig unterstützen will ("habe einschlägige Erfahrungen in Biologie, Physik, Chemie, Mathe, Technik") Die Leute können sich in seinem Labor und seiner Werkstatt voll austoben. Folgende Aktivitäten sind geplant: Windkraftanlage, Solaranlage, Wärmepumpenbau, Kraftwerksabgasreinigung (SO<sub>2</sub> Bindung), Emserwasseranalyse, Biogasanlage und eigene Ideen.

"Besonders bin ich an Leuten mit handwerklichen Fähigkeiten (oder dem festen Willen, sich solche Fähigkeiten zu erarbeiten) interessiert: Schlosser, Schreiner, Maler, Gärtner, Elektriker, Installateure, Maurer/innen und andere. Laberköpfe können gleich zu Hause bleiben, die laufen unter den Bürokraten, an den Unis und in der "Alternativ"szenen sowie schon genug rum. Ich suche Leute, die handeln . . . Gesponsert wird das ganze vom "stern" (und von mir). Jeder Teilnehmer erhält später einen kleinen Messestand, es winken zahlreiche Preise."

Postkarte an: Manfred Günther, Goethestr. 69, 4600 Dortmund 1.

### 3. BAUMBERGER SONNENTAGE

Der Bund Umwelt und Naturschutz NRW e.V. und der Arbeitskreis Umwelt Baumberge e.V.

veranstalten vom 3. bis 5. September in Nottuln (zwischen Münster und Coesfeld) die 3. Baumberger Sonnentage.

In drei Tagen soll über Ausstellungen, Vorträge, Modelle und Informationsstände aufgezeigt werden, wie eine Zukunft aussehen kann, die in Energieversorgung, Ernährung und Wohnen nicht auf hemmungsloser Ausbeutung und bedenkenloser Zerstörung der menschlichen Lebensbedingungen beruht.

Die Veranstaltung will auf ein Interesse in der Öffentlichkeit an diesen Fragen eingehen, Informationslücken schließen und so die Entwicklung einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Problemen fördern.

Firmen und Institutionen zeigen ein breites Spektrum der Energieeinsparung und Sonnenenergienutzung sowie umweltschonende Techniken und andere umweltfreundliche Produkte.

Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 20 Uhr geöffnet.

Im Veranstaltungszelt werden im Laufe der Ausstellung über 30 Vorträge, Filme und Diskussionen angeboten: Nutzung der Sonnenenergie, Windkraft, Biogas, Energie aus Kohle, Wärme-Kraft-Koppelung, kommunale Energieversorgung, Möglichkeiten zur Verringerung des Energieverbrauchs, Ökologischer Land- und Gartenbau, Gesunde Ernährung, Ökologisch Bauen, Naturheilkunde, Landschafts- und Naturschutz, Ökologie in der Schule und Erwachsenenbildung.

Ausstellungsinteressenten, ob Profis oder Bastler, können sich noch im Projektbüro Münsterland, Papenburgerstr. 10, 44 Münster, Tel. 02 51/66 44 71 melden.

# SOLIDARITÄTS -

# EL SALVADOR



Von Freitag, den 26.3. bis Sonntag, den 28.3.1982, fand im Petrus Gemeindehaus ein strenges Fasten im Zusammenhang mit anderen Aktionen zum Thema El Salvador statt, das trotz der negativen Vorzeichen während der Vorbereitungszeit (nach Ansicht der Teilnehmer) zufriedenstellend verlaufen ist.

Anlaß zu dieser Aktion war die sich bedrohlich zuspitzende Situation in El Salvador, infolge massiver Militär- und Wirtschaftshilfe durch die U.S. amerikanische Regierung und die Äußerungen führender amerikanischer Politiker über eine mögliche U.S. - Intervention in El Salvador.

Das Zustandekommen dieser Aktion muß im Rahmen einer längeren Vorgeschichte verstanden werden. Bereits Anfang Februar hatte Bruder Helmut Flötotto die Mitglieder der drei unabhängigen 3. Welt Kreise (Initiativgruppe 3. Welt, Aktion 3. Welt, Lateinamerika Komitee RE) zur Planung einer gemeinsamen El Salvador Aktion in größerem Rahmen eingeladen. Br. Helmut bezeichnete diesen Schritt damals als notwendige Maßnahme, um die lähmende Apathie innerhalb der Recklinghäuser "3. Welt Scene" und seine eigene Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen in El Salvador zu überwinden.

Während der nun folgenden Diskussionen und Treffen wurde eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der deutschen Sektion von Amnesty international, Bischof Helmut Frenz, ins Auge gefaßt. Helmut Frenz war um die Jahreswende in Flüchtlingslagern an der

Grenze Honduras-El Salvador gewesen und hatte sich dort durch seine eigenen Beobachtungen und durch Gespräche mit Flüchtlingen, einen tieferen Eindruck in die dort herrschenden Verhältnisse verschaffen können.

Helmut Frenz, der von uns angeschrieben wurde, sagte jedoch Ende Februar aus Termenschwierigkeiten ab. Über diese Absage waren wir außerordentlich enttäuscht (wir, das waren die an der Aktion Interessierten aus den drei Gruppen). Hinzu kam, daß wir uns als Temin die Woche ausgesucht hatten, innerhalb derer der 2. Todestag Romeros (des ermordeten Erzbischofs von San Salvador) lag, und dieser Zeitpunkt rückte immer näher.

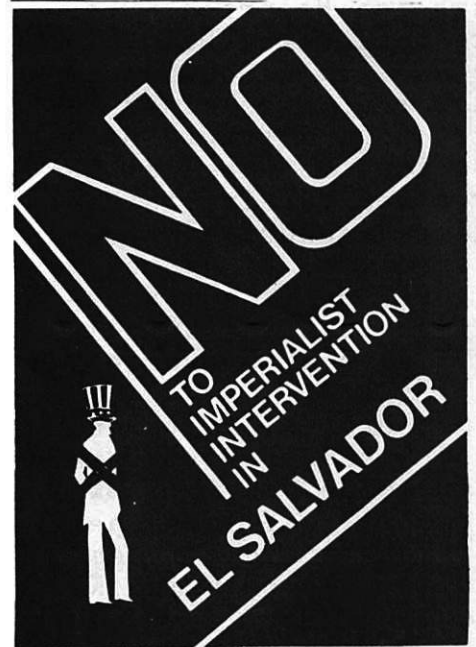
Die Idee zum Fasten kam uns gewissermaßen spontan und wurde einhellig mit Begeisterung aufgenommen. Problematisch und sehr konträr verliefen jedoch die Diskussionen in der Folgezeit. Zu unterschiedlich waren die Ansichten über Wirkung und Erfolg einer solchen Aktion. Dadurch kam die Vorbereitung dieser Aktion ziemlich ins Hintertreffen. Außer Flugblättern und Mundpropaganda wurde wenig über die Aktion bekannt.

Dementsprechend niedrig war auch die Besucherzahl der Interessenten, die zu der von den Fastenden organisierten Filmvorführung und der Ausstellung kamen. Nicht mehr als 50 Personen besuchten das Petrus Gemeindehaus während der Fastentage. Andererseits fanden überaus interessante Gespräche mit den Gekommenen statt.

Innerhalb der Fastengruppe traten die Spannungen, die die Vorgespräche so belastet hatten, nicht wieder auf.

Überaus angetan waren wir von Propst Wiesner, dem Pastor der Petrus-Gemeinde, der durch seine Predigt zu El Salvador im Hochamt am Sonntagmorgen auf uns einen zugänglichen und verständigen Eindruck machte. Auch auf der Filmvorführung zeigte er sich sehr interessiert. Wir erhoffen uns auch für die Zukunft, in diesem Mann einen guten Ansprechpartner, innerhalb der katholischen Kirche auf Recklinghäuser Ebene, gefunden zu haben.

In der Nachbesprechung der Fastenaktion stellten wir fest, daß das Mittel des Fastens mit seiner Wirkung auf die Öffentlichkeit einer intensiveren Vorbereitung bedarf. Den Erfolg dieser spe-



ziellen Aktion befanden wir im Verhältnis zur Vorbereitung als zufriedenstellend, im Verhältnis zu möglichen Erfolgen jedoch als recht gering.

Initiativgruppe 3. Welt  
Michael Streuer



"ICH WILL ES WENIGSTENS DAHIN BRINGEN, DASS ES IN DER ÖFFENTLICHKEIT DISKUTIERT WIRD."

# FREIWIRTSCHAFT

ÜBER 1000 DM HAT HEINRICH KÜPER ALLEIN IN DEN LETZTEN BEIDEN JAHREN VON SEINER RENTE AUFGEBRACHT, UM FÜR SEINE IDEEN ZU WERBEN. DUTZENDE VON LEDERBRIEFEN HAT ER GESCHRIEBEN. EIN GROßTEIL WURDE VON IHNEN SPÄTER NICHT MEHR ABGEDRUCKT.

UND SEIT WANN SETZT ER SICH DAFÜR EIN?  
"SEIT ANFANG DER 20ER JAHRE"!

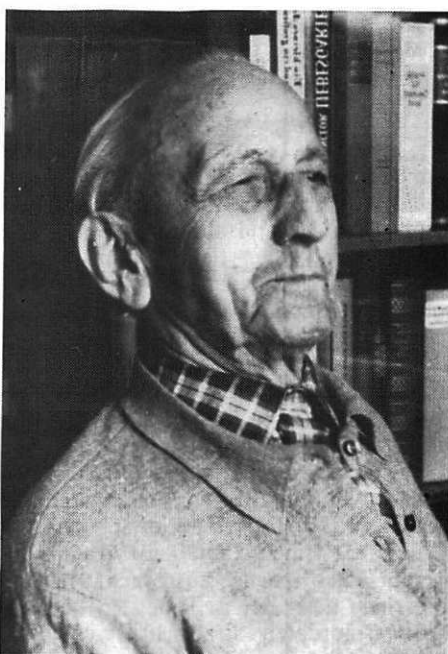
Es war mehr oder weniger der reine Zufall, daß ich Heinrich Küper kennenlernte. Der Vater eines alten Sculfreundes rief mich eines Tages an und fragte mich, ob ich schon mal etwas von der "Freiwirtschaftslehre" gehört hätte. Ich verneinte. Ein Anhänger dieser Lehre aus Recklinghausen sei kürzlich 90 Jahre alt geworden.

Nach ersten, weiteren spärlichen Informationen war meine Neugier soweit geweckt, daß ich einen Gesprächstermin mit dem 90jährigen Heinrich Küper vereinbarte.

In seiner Wohnung auf der Hillerheide saßen wir im Februar diesen Jahres dann zum ersten Mal zusammen. Faszinierend mit welcher Überzeugung er mir die grundlegenden Ideen der "Freiwirtschaftslehre" vortrug und Erlebnisse aus den vergangenen 70 Jahren schilderte.

Was ist nun diese "Freiwirtschaftslehre", von der ich noch nie etwas gehört hatte?

Die "Freiwirtschaftslehre" ist hauptsächlich eine Wirtschaftstheorie. Von



ihrem Selbstverständnis her sucht sie einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Ausgangspunkt ist ein urliberaler Gedanke: "Es ist die Natur des Menschen sich im friedlichen Wettbewerb mit anderen Menschen zu entfalten."

Andererseits richtet sich die Freiwirtschaftslehre strikt gegen jede Form der Ausbeutung. Wie läßt sich das eine mit dem anderem in Einklang bringen?

Die Lösung soll sein: Freigeld und Freiland. Durch ein System der

fortwährenden Geldentwertung (Schwundgeld) soll verhindert werden, daß Kapital in hohen Maßen angehäuft und mit hohen Zinsen ausgeliehen werden können. Um zu verhindern, daß nun alle Grundstücke kaufen, um ihr Geld "sicher" anzulegen, wird dieser in Gemeineigentum überführt und jeweils verpachtet.

Das Geld soll in dieselbe Rangstufe wie die Ware erhoben werden: "Es soll gleich jenen verfaulen, rosten, verälten..."

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen auf weitere Einzelheiten dieser Theorie einzugehen.

Die Redaktion einigte sich mit Heinrich Küper darauf, in einer Gesprächsrunde die Gedanken der Freiwirtschaftslehre zu diskutieren. Jeder Interessierte ist dazu herzlich eingeladen:

DIENSTAG, DEN 1. JUNI  
1982 UM 19.00 UHR IM  
AUTONOMEN ZENTRUM,  
AUF DEM GRABEN 2

Als erste Information haben wir im Folgenden ein paar Ausschnitte aus Schriften, die von "Freiwirten" geschrieben wurden, abgedruckt. Wer sich vor der Veranstaltung eingehender mit dem Thema beschäftigen möchten, kann bei der Redaktion zum Preis von 2 DM Texte beziehen.

### Persönliche Daten und geistiger Standpunkt Gesells

Silvio Jean Gesell wurde 1862 im damaligen westlichen Grenzgebiet des Deutschen Reiches in St. Vith geboren. Er hatte neun Geschwister, sein Vater war preußischer Kreissekretär und die Familie lebte in guten Verhältnissen. Mit 20 Jahren findet Gesell in Spanien seine erste Auslandsstelle, mit 25 Jahren gründet er in Buenos Aires eine Firma in der Medizinbranche, die er, zum großen Teil in Anwendung seiner theoretischen Kenntnisse in der Volkswirtschaftslehre, vor der großen Krise von 1899 veräußert. Von dieser Zeit an widmet er sich seinem geistigen Lebenswerk, der Idee der Freiwirtschaft. In der Schweiz läßt er sich nieder, als Privatgelehrter seine Studien zu vertiefen und sie in praktische Politik umzusetzen. Die Gelegenheit dazu bietet sich, als er nach dem ersten Weltkrieg in die bayrische Hauptstadt gerufen wird und von der dortigen Räterepublik zum Volksbeauftragten für Finanzen ernannt wird. Seine Tätigkeit währte nur kurz, da die politischen Ereignisse sich überschlugen. Nach seinem Freispruch vor dem Standgericht in Müntchen ließ er sich in Berlin nieder und starb dort am 11. März 1930 an einer Lungenentzündung, von der offiziellen Öffentlichkeit wenig betrauert, von der damaligen FRANKFURTER ZEITUNG in einem Nachruf im geringschätzig-spöttischen Sinne als „Apostel“ eingestuft.

der Zensur zum Opfer fiel. 1915 übernahm er wieder sein Bauerngut in Les Hauts Geneveys; im selben Jahre erfolgte die Gründung des Schweizer Freiland-Freigeldbundes (heute Liberal-Sozialistische Partei), und ähnliche Gründungen folgten bald in Deutschland. 1918 gab Gesell seinen geliebten Bauernhof endgültig auf und wohnte zunächst in Redlikon bei Stäfa. 1919 folgte er einem Ruf der Münchener Räteregierung, um als deren Finanzminister das Geldwesen Bayerns zu ordnen. Er wußte, daß er dabei sein Leben aufs Spiel setzte, zögerte aber keinen Augenblick mit der Zusage, sah er doch endlich eine Möglichkeit, seine Reformen zum Heile der Menschheit zu verwirklichen. In zahlreichen Zeitungsartikeln klärte er das Volk über den Sinn seiner Maßnahmen laufend auf, und bereits war das neue Geld der Druckerei in Auftrag gegeben, als die Räteregierung aus Bamberg einrückte, samt seinem Mitarbeiter, dem Schweizer Arzt Dr. Theophil Christen, unter Anklage des Hochverrates ins Gefängnis warfen.

Gesell hatte den Staat aus tiefster Seele. «Abbauen, abbauen den Staat, diesen Greuel», so schrieb er oft. Nun, wenn der Staat nicht mehr Wache hält vor dem Mammonstempel, kann er auch abgebaut werden bis auf bestimmte öffentliche Bauten wie Post, Eisenbahn, öffentliche Be-ten von allem, was das Seelen- und Geistesleben anbetrifft. Er hat ja weder Seele noch einen Geist, also, was überantworten wir ihm Kirche, Schule, Kunst und Wissenschaft? Nein! Auch hier wünschte sich Gesell den freien Wettbewerb freier privater Institutionen und damit eine Höherentwicklung unseres Geisteslebens.

In dem umfangreichen Kapitel «Wie das Freigeld beurteilt wird» hat Gesell in seiner «Natürlichen Wirtschaftsordnung» ein Zukunftsbild entworfen von Handel und Wandel in einem ausbeutungsfreien Staat. Hier aber wollen wir uns einmal überlegen, was eine solche Wende für die Menschheit bedeutet. Gesell hatte wohl recht, wenn er eine vollkommene Änderung der Mentalität der Menschen und ihres Verhaltens erwartete. Bisher galt all unser Streben (vom rein ideellen Schaffen des Künstlers und Wissenschafters sehen wir hier ab) dem Gelderwerb, ja, sogar Kunst und Wissenschaft wurden durch dieses Streben nur allzu oft besudelt. Es galt dem Erwerb eines Geldes, kraft dessen man ein Einkommen ohne Arbeit genießen konnte und das uns Macht gibt über unsere Mitmenschen. Je reicher einer wurde, desto mehr standen ihm alle Güter der Erde ohne eigene Arbeit zur Verfügung. Daher das allgemeine Streben nach Reichtum. Reich werden, Zinsen cinnehmen! Aber «man kann nicht gleichzeitig Gott und dem Mammon dienen». Eine solche Situation mußte zum Fluche der Menschheit werden.

Definiert man Sozialismus als das Bestreben, die Ausbeutung des Menschen zu verhindern, indem die Arbeit nach den Fähigkeiten verrichtet und nach der Arbeitsleistung entlohnt wird, dann gibt es keinen lupenreineren Sozialisten als Gesell. Unglücklicherweise koppelt dieser aber seinen Sozialismus mit dem Begriff des liberalen Individualismus und der Marktwirtschaft, eine begriffliche Ungeheuerlichkeit für alle Sozialisten à la Marx. Somit bieten auch die Sozialisten Gesell keinen Stuhl an.

# TERMINE

ab 19 Uhr amnesty international  
ungerade Woche  
Herner Str. 13 a

20 Uhr Aktionskreis für engagierte  
Kriegsgegner  
Gasthaus, Hl. Geist Str. 7

ab 20 Uhr KDV Beratung  
jed. 1. + 3. Fr. i.M.  
Heinrich-Pardon-Haus

20 Uhr Schwulen- und Lesben-  
Gruppe  
Autonomes Zentrum

## MONTAG

18 bis 19 Uhr Kinderschutzbund  
Beratung  
Dortmunder Str. 11  
Tel. 4 85 65

19 Uhr Fachwerk-Redaktions-  
sitzung, Castroper Str. 219

ab 19.15 DGB-Jugendgruppe  
Dorstener Str. 27 c

19 Uhr Lateinamerika Komitee  
Reinhard Thy  
Dorstener Str. 12 a

## DIENSTAG

ab 20 Uhr Frauenzentrum  
Öffentlichkeits AG

## MITTWOCH

16.30 Uhr Information zur Kriegs-  
dienstverweigerung  
18.30 Uhr Angebot des afek  
Gasthaus, Hl. Geist Str. 7

ab 19 Uhr Frauenzentrum  
Frauenhausgruppe

19 Uhr DFG/VK  
Gruppensitzung  
Heinrich-Pardon-Haus

ab 20 Uhr Frauenzentrum  
jew. 1. Mittwoch d.M.  
Vollversammlung

## DONNERSTAG

19 Uhr Friedenskomitee  
Heinrich-Pardon-Haus

19 Uhr Antifaschistischer Arbeits-  
kreis  
Heinrich-Pardon-Haus

19 Uhr HBV-Jugendgruppe  
jed. 2. + 4. Do. i.M.  
Dorstener Str. 27 c

ab 20 Uhr Frauenzentrum  
offener Abend

## FREITAG

ab 17 Uhr Holzwurm Redaktions-  
sitzung  
Autonomes Zentrum

Aktionskreis für engagierte Kriegsgegner  
Gasthaus, Hl.-Geist-Str. 7

Arbeitskreis Frieden  
c/o Andreas Tack, Josefstr. 120, Herten

Anonyme Drogenberatungsstelle  
Hochlarmark Str. 73  
Tel. 3 60 22

Amnesty international  
c/o Herman Zdarta  
Bockholter Str. 59, RE  
Tel. 2 47 75

Antifaschistischer Arbeitskreis  
c/o Monika u. Klaus Oberschewen  
Lohweg 20, RE  
Tel. 4 86 20

Altstadtschmiede  
Soziokulturelles Zentrum  
Kellerstr. 10, RE  
Tel 2 12 12

Autonomes Zentrum  
Auf dem Graben 2  
Tel. 1 56 98

Begegnungs- u. Beratungszentrum  
Bochumer Str. 17, RE  
Tel. 3 36 83

DGB Jugendheim  
Dorstener Str. 27 c, RE  
Tel. 2 10 49

DFG/VK  
c/o Jürgen Pawlik  
Taubenstr. 42, RE  
TEL. 8 21 67

Fachwerkhaus  
Gemeinwesenarbeit, Stadtteilzeitschr  
Castroper Str. 219, RE  
Tel 4 84 66

Folk Club  
c/o Ulli Müller  
Amandusstr. 47, Datteln  
Tel. 0 23 63/15 83

Flaschenöffner  
Jugendzeitschrift  
c/o Victor-Jara-Zentrum  
Marienstr. 18 a, RE  
Tel 65 13 46

# ADRESSEN

Heinrich-Pardon-Haus  
Jugendzentrum  
Wicherstr. 2, RE  
Tel 4 46 00

Holzwurm  
Stadtzeitschrift  
Auf dem Graben 2, RE  
Tel. 1 56 98

Jungdemokraten  
c/o Chr. Andreas  
Hufschmidtstr. 14, RE  
Tel 8 66 29

Initiativgruppe 3. Welt  
c/o Wolfgang Welp  
Otto-Burmeister-Allee 1 a, RE  
TEL. 2 43 08

Kath. Studierende Jugend  
c/o Klaus Altenburger  
Am Lohtor 12, RE

Kinder- und Jugendtelefon  
Anonymes Sorgentelefon  
Tel. RE 1 23 45

Lateinamerika Komitee  
c/o Reinhard Thy  
Dorstener Str. 12 a, RE  
Tel. 1 49 13

AG Nachträgliche Verweigerung  
c/o W. Weyers  
Alleestr. 15, Dorsten  
Tel. 0 23 62/2 62 47

Radlerinitiative der Recklinghäuser  
Schulen  
c/o Dirk Lischewski  
Dürerstr. 51, RE  
Tel. 2 52 06

Rote Hilfe Deutschland  
c/o Almuth Euler  
Ludwig-Richter-Str. 1, RE

Schulpsychologische Beratungsstelle  
Am Steintor, RE

Schwulen- und Lesben-Gruppe  
Auf dem Graben 2, Autonomes Zentrum  
Tel. freitags ab 20 Uhr: 1 56 98

SDAJ  
c/o Ulrike Abcynski  
Im Reitwinkel 58, RE  
Tel. 65 36 46

SJD-Die Falken  
Alte Grenzstr. 138, RE  
Tel. 3 43 52

Sonnenblume  
Naturkostladen  
vor dem Hauptbahnhof, RE

Victor-Jara-Zentrum  
Bücherstube, Jugendtreff  
Marienstr. 18 a, RE  
Tel. 65 13 46

Volksfront  
Postfach 14 66, RE

# MAI

## fr 21

18.00 Solidaritätsfest der  
DFG/VK  
Zur Unterstützung des  
Gelsenkirchener Kriegs-  
dienstverweigerers Thomas  
Hansen (z.Z. im Knast)  
Pappschachtel, Ge

20.00 Erdbeermilch  
Rockmusik  
Veranst. Kunstfänger e.V.  
im Posthorn, Waltrop

20.00 Würtrio  
Jazz Rock aus Würzburg  
Schmiede

23.30 Abbott und Castello  
treffen Frankenstein  
USA 1948  
mehr so'ne Parodie  
ZDF

## sa 22

20.00 Leakage LA  
Meistertrunk, Herne

20.00 Apocalypse Jau  
Kabarett  
Rotthaus, Bo

20.00 Rose Tattoo  
Vorgruppe: Red Castle  
Pappschachtel, GE

20.15 Our utmost concern is

creativity  
Die Universitäten der USA  
als neue Musikzentren und  
Zentren der neuen Musik  
WDR 3, Rundfunk

23.15 XTC  
WDR TV

## so 23

11.00 Leakage LA  
Matinee  
Meistertrunk, Herne

11.00 Nirüls Reise ins große  
Fabrikland  
Theater d. Jugend Bonn  
Ein Familiengeist folgt seiner  
Patenfamilie aus einem Dorf  
in der Türkei nach Hamburg,  
um nach dem Rechten zu  
sehen  
Gloria Theater, Herten,  
2 DM

14.50 Tarzans geheimer Schatz  
mit Weissmüller  
ZDF

19.15 Ian Dury and the Elock-  
heads  
WDR TV

20.00 Brillo 66/Östro 430  
Zeche, Bo

20.00 Filou Feou  
Schmiede (Theater)

## di 25

20.00 Lude LaFayette's Wolfs-  
mond  
Deut. Rock mit amerika-  
nischer Schulung  
JZ Essen, Papestr.

20.15 Angst vor Mandelauge?  
Auf der Suche nach einer  
Erklärung für Japans tech-  
nologisches Wachstum  
WDR TV

## mi 26

20.00 Alan Vega  
Ex-Suicide  
Zeche, Bo

## do 27

20.00 Gegengewalt  
Satire, Lieder, Gedichte von  
Hartmut Kremer

Rotthaus, Bo

20.00 Fehlfarben  
Der Veranstalter schreibt:  
"Es geht voran mit . . ."  
und meint offensichtlich  
die Preise. Vorverkauf 8 DM  
Abendkasse 10 DM!  
Pappschachtel, Ge

22.05 Hysterie  
Eine Theater/Musik Auffüh-  
rung der Gruppe Accion In-  
strumental  
Buenos Aires  
ZDF

## fr 28

19.00 Easy Rider  
Roxy, Do

20.00 Partout  
Jazz-Rock aus Münster  
Schmiede

20.00 Headless  
Rock  
Meistertrunk, Herne

20.00 Prima Klima Rockband  
Bunker, Herne

20.00 Geyer Sturzflug  
Sonderangebote  
Tollwut  
im JZ Essen. Papestr.

20.00 Pekka Pokjola  
Rockjazz aus Rinmland  
6 DM/8 DM  
Pappschachtel, Ge

22.50 Atelier-Besuche  
Junge Künstler der 80er  
WDR TV

## sa 29

17.00 Solidarität mit Solidarnosc  
Polenveranstaltung mit dem  
Film: Der Mann aus Marmor  
Disk. & Kultur  
Pappschachtel, GE

20.00 Narajan Gorande  
Meister auf

20.00 Narajan Gorande  
Meister auf der Sitag  
Schmiede

22.50 Ton Steine Scherben  
WDR TV

so 30		14.45	"Internationale Ruhrfestspielregatta" Rhein-Herne-Kanal		Chöre, desweiteren Diskussionen und Arbeitsgruppen
19.15	Greg Kihn WDR TV				
20.00	Urfaust frei nach Goethe vom Mobilien Einsatztheater Schmiede	<u>6.6.</u> 9-12 14-17	"Internationale Ruhrfestspielregatta" Rhein-Herne-Kanal	20.00	Sonderkonzert mit Maria Farnaturi, Zülfi Livanelli Ruhrfestspielhaus
<b>JUNI</b>					
<u>1.6.</u> 19.30	Humphry Bogard: "Spur des Falken" "Tote schlafen fest" 3,- DM Schmiede				
22.20	"Lebensangst" TV: WDR III Türkei 1974	<u>8.6.</u> 19.30	Von einem der auszog den Frieden zu finden. Eigeninszenierung der Ruhrfestspiele	18.00	Friedensmarkt Ruhrfestspielhaus siehe 12.6.
<u>4.6.</u> 19.30	"Noch sind wir nicht tot" Ruhrfestspiele Kabarett mit Helmut Ruge, Dietmar Schönherr, Ernst H. Hilbich u und anderen	<u>9.6.</u> 19.30	Katie Webster (Piano) 5,- Schmiede	8.00	Volkswandertag Mollbeck
20.00	Rock 33 Für alle 33jährigen Schmiede	19.30	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspiele	20.00	Martin Müller Trio Sonne, Herne
<u>5.6.</u> 20.00	Adonis/Prisma (Rock) 5,- Schmiede	<u>10.6.</u> 11.00	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspiele	19.15	Rockpalast TV WDR III mit Robert Gordon und Link Ray
10.00	"Leben und Arbeit im Aachener Steinkohlenrevier (Ausstellung) Haus König Ludwig (bis 15.6.)	20.30	Lydie Auvray und Band Sonne, Herne	<u>14.6.</u> 19.00	Energie im Überfluß? TV WDR III
18.00		19.30	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspiele	22.00	Ohne Datenschutz TV WDR III
19.30	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspielhaus	<u>11.6.</u> 19.30	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspiele	19.00	"Noch sind wir nicht tot" Kabarett Ruhrfestspiele
ab 15.00	FamilienSPORTtag (Stadion Hohenhorst)	<u>12.6.</u> 11.00 - 23.00	Friedensmarkt am und im Ruhrfestspielhaus u.a. mit Degenhardt, Friedman,	<u>15.6.</u> 20.00	Ruhrfestspieltag der VHS Diskussion mit dem neuen Ensemble Ruhrfestspielhaus